

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
von 1871-1889**

**NWO-Sonderheft Nr. 58**



# 2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von 1871-1889

## NWO-Sonderheft Nr. 58

### Terror der Antichristen von 1871-1889


#### Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von 1871-1889

Man vergißt vielleicht, wo man die Friedenspfeife vergraben hat, aber man vergißt niemals, wo das Beil liegt.

*Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)*

#### 1871

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gelang es den Deutschen (Preußen mit seinen Verbündeten), Frankreich militärisch zu besiegen.

Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtete später (im März 2021) über den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 (x1.032/...): >>>Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71

Von *Dag Krienen*

Nach einem Gefecht, in dem 1870 bayerische und preußische Truppen Schulter an Schulter einen Sieg über die Franzosen errungen hatten, wandte sich der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm an einen bayerischen Soldaten:

"Brav habt ihr Bayern euch gehalten. Ich bin stolz darauf, euer Oberbefehlshaber zu sein." Der Angesprochene stand stramm und antwortete: "Ja, Hoheit, Königliche. Hätten Sie uns g'führt anno Sechasechse, da hätten S' g'schaut, wie mer die Malefizpreiß'n außa g'stampert hätt'n!"

1870/71 zogen auf deutscher Seite Armeen miteinander in den Kampf, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander gefochten hatten. Die alten Ressentiments waren noch nicht verschwunden. Auch Friedrich Wilhelm fand an den bayerischen Soldaten manches auszusetzen. Doch gegen Frankreichs Armeen wirkten die Kriegsgegner von 1866 militärisch effektiv zusammen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind stärkte das Bewußtsein, einer nationalen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und bildete eine wichtige Voraussetzung für die während des Krieges geschaffene staatliche Einheit Deutschlands.

Bereits durch den Krieg von 1866 hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf Dauer abzusichern, weitgehend erreicht. Nach dem Herausdrängen Österreichs dominierte Preußen den mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie 1867 geschlossenen Norddeutschen Bund.

Diesen Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung weiterzuentwickeln, lag zwar nahe. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler Bismarck - seit 1866 zum Hoffnungsträger der bürgerlichen deutschen Nationalbewegung avanciert - hatte damit aber keine Eile. Noch Anfang 1869 betonte er: "Ein will-

kürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen."

Allerdings hatte Preußens Erfolg im Frankreich des Zweiten Kaiserreichs Neid und Besorgnis ausgelöst. Napoleon III. hatte 1866 einen preußischen Erfolg über den Erzrivalen Österreich noch durchaus für wünschenswert gehalten, wollte dafür aber "Kompensationen" erhalten. Die von ihm erwünschte Abtretung linksrheinischer Gebiete Deutschlands lehnte Bismarck ab, erklärte sich allerdings in unverbindlicher Form mit einem Gebietszuwachs Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs einverstanden. 1867 unterstützte er zunächst insgeheim den französischen Erwerb Luxemburgs, verweigerte am Ende aber auf Druck der deutschen Öffentlichkeit seine Zustimmung.

Die dadurch ausgelöste Krise konnte 1867 im Rahmen einer internationalen Konferenz beigelegt werden, auf der die Unabhängigkeit und die Neutralität Luxemburgs garantiert wurden. Doch ohne Kompensationen bedrohte der einseitige preußische Machtgewinn die vom Kaiser wie vom Volk wie selbstverständlich in Anspruch genommene legitime Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Rufe nach "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurden laut. Nicht nur aus nüchternem machtpolitischen Kalkül, sondern auch aufgrund der preußenfeindlichen Stimmung in Frankreich durfte Napoleon III. von nun an keine weiteren spektakulären Erfolge des Nachbarn zulassen.

Noch strebten zwar weder der Kaiser noch Bismarck zielstrebig auf einen Krieg zu. Doch beide kalkultierten die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein und trafen dafür Vorbereitungen.

### **Der Thronfolgestreit und die Auslösung des Krieges**

In dieser Situation führte ein zunächst unbedeutend erscheinender Anlaß zur Eskalation. Seit der Absetzung der Königin Isabella im Jahre 1868 war der spanische Thron vakant. Als Thronkandidaten faßte die spanische Interimsregierung unter anderem den Prinzen Leopold von Hohenzollern ins Auge, der aus der süddeutsch-katholischen Nebenlinie des Hauses stammte. Nach einigem Hin und Her stimmte Leopold am 19. Juni 1870 dem spanischen Angebot zu. Der preußische König Wilhelm gab als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern sein Einverständnis. Die zunächst geheim gehaltene Kandidatur wurde Anfang Juli bekannt und löste in Frankreich Empörung aus.

Der französische Außenminister Agénor de Gramont erklärte vor der Kammer, daß Frankreich es nicht hinnehmen werde, daß ein Hohenzoller auf dem Thron Karls V. säße - eine Reminiszenz an die habsburgische Umklammerung im 16. Jahrhundert. Indirekt mit Krieg drohend, forderte er ultimativ die Rücknahme der Kandidatur Leopolds. Nachdem König Wilhelm insgeheim dazu geraten hatte, wurde sie am 12. Juli zurückgezogen.

Damit hätte die Krise ein Ende haben können.

Doch schon am 6. Juli 1870 hatten sich in Paris die Hardliner um die Kaiserin Eugénie gegen alle Bedenken des zögerlichen Kaisers durchgesetzt und das Kabinett beschlossen, die Angelegenheit zu einer diplomatischen Demütigung des preußischen Rivalen zu nutzen, wobei das Risiko eines Krieges in Kauf genommen wurde. Leopolds Verzichtserklärung reichte zu einer solchen Demütigung nicht aus, solange König Wilhelm an der Behauptung festhielt, es handle sich um eine reine Familienangelegenheit.

Gramont ließ deshalb den französischen Botschafter Vincent Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorsprechen. Wilhelm solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollerns auf Spaniens Thron aussprechen und vor allem garantieren, Entsprechendes nie wieder zu versuchen. Das wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß doch der preußische Staat hinter der Kandidatur gestanden

hätte und dieser nun vor den französischen Forderungen demütig einknicke.

Mit dieser unverschämten Forderung konfrontiert, lehnte der König weitere Unterredungen mit Benedetti ab und informierte die preußische Regierung über den Vorfall.

Bismarck kürzte die telegraphische Depesche seines Königs zu einer im Tonfall verschärften Pressemitteilung über die Begegnung Benedettis mit dem König in Bad Ems. Diese "Emser Depesche" wird oft als eine bewußte Provokation dargestellt, die nach den damaligen Ehrauffassungen Napoleon III. geradezu zur Kriegserklärung zwang. Tatsächlich gab schon das französische Ansinnen an einen regierenden Monarchen, sich für bestimmte Taten zu entschuldigen und eine Garantieerklärung für zukünftiges Wohlverhalten abzugeben, nach den damaligen Ehrauffassungen einen Kriegsgrund ab - für Preußen.

Doch Wilhelm und Bismarck ließen sich nicht in die Falle locken. Die kaiserliche Regierung hatte sich bei dem Versuch, Preußen zu erniedrigen, vielmehr selbst in eine Falle manövriert, aus der sie, wollte sie ihr Gesicht wahren, nur durch einen Krieg herauskommen konnte. Sobald das französische Kabinett von Benedetti über die Zurückweisung seiner Forderungen durch Wilhelm erfuhr, ordnete es - noch bevor es den Wortlaut der Emser Depesche kannte - die Mobilmachung der Armee an und tat damit den entscheidenden Schritt zum Krieg.

Erst im Nachhinein verwendete es diese Depesche dazu, den Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit als alternativlose Antwort auf eine Beleidigung der Ehre Frankreichs zu rechtfertigen. Am 15. Juli 1870 bewilligte das Parlament mit 245 zu 10 Stimmen die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Vor den Augen der Welt stand Frankreich nach seiner Kriegserklärung als Aggressor dar, der eine internationale Krise, die eigentlich schon beigelegt war, ohne Not wieder eskaliert und schließlich den Krieg aus reiner Ehrpusseligkeit entfesselt hatte. Dies galt auch für die deutschen Staaten. Baronin Hildegard von Spitzemberg, die Frau des württembergischen Gesandten in Berlin, stellte fest: "Unklüger hätten es die Franzosen auch nicht einrichten können: Anstatt uns zu spalten, vollziehen sie faktisch die Einigung Deutschlands, die nichts fester kitten wird als dieser gemeinsam geführte blutige Krieg um die eigene Existenz."

Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Schutz- und Trutz-Verträge, die Bismarck 1866/67 nach Indiskretionen über Napoleons Kompensationswünsche im linksrheinischen Deutschland abgeschlossen hatte, traten mit der Kriegserklärung nicht nur formal in Kraft, sondern wurden in Süd- und Norddeutschland von einer breiten nationalen Solidarisierung mit Preußen begleitet.

Außenpolitisch waren die Gefahren einer militärischen Konfrontation mit einer weiteren europäischen Macht überschaubar. Großbritannien sah immer noch in Frankreich den traditionellen und gefährlichsten Rivalen in Europa. In London war der Aufstieg Preußens zum Gegengewicht der französischen Macht seit 1866 durchaus gern gesehen worden. Im zu dieser Zeit wegen Berlins Haltung im Krimkrieg preußenfreundlichen Rußland überwog die Abneigung gegen die Habsburger-Monarchie als Rivalin auf dem Balkan.

1868 kamen Berlin und St. Petersburg sogar überein, daß im Falle eines französischen Angriffs auf Preußen Rußland durch Truppenmassierungen an der Grenze zu Galizien eine österreichische Intervention verhindern sollte. In dem 1867 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgebildeten Habsburgerstaat war der Gedanke an eine Revanche für 1866 zwar noch virulent. Der österreichische Reichskanzler und Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust war sich aber bewußt, daß aufgrund der inneren Schwäche dieses Staatsgebildes, der latenten Bedrohung durch Rußland und der Haltung seiner deutschen und ungarischen Einwohner ein aggressiver antipreußischer Kurs unmöglich war.

Die politische Lageanalyse der französischen Regierung erwies sich hingegen rasch als realitätsfern. In der Julikrise ging Paris noch davon aus, daß ihm im Kriegsfall Österreich und Italien militärisch beistehen und die süddeutschen Staaten neutral bleiben würden.

Napoleon III. hatte seit 1867 die Unterstützung Österreich-Ungarns und auch Italiens als mögliche Verbündete gegen Preußen gesucht, aber nur vage Versprechen erhalten. Bei Kriegsausbruch bot er den Österreichern Teile Schlesiens sowie den Dänen Schleswig und Holstein an. Um Wien vom russischen Druck zu entlasten, wurde dem Zarenreich für eine wohlwollende Neutralität Danzig in Aussicht gestellt.

Doch keine Macht schluckte die Köder. Die süddeutschen Staaten verharrten nicht in Neutralität, sondern traten auf die Seite Preußens. Österreich-Ungarn, Italien und Dänemark entschlossen sich, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die deutschen Siege im August 1870 erstickten dann rasch jede Bereitschaft, gegen Preußen zu marschieren. Frankreich mußte den Krieg gegen den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten allein ausfechten.

### **Die Kräfteverhältnisse und der Beginn des Konflikts**

Nach Kriegsausbruch löste sich auch die französische Illusion von der Überlegenheit seiner Armee rasch in Luft auf. Dieser Glaube war allerdings nicht ganz unverständlich. Das Land verfügte über knapp 500.000 Berufssoldaten und ausgebildete Reservisten, von denen die meisten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfahrung auf den Schlachtfeldern gesammelt hatten. Die 1868 aufgestellten, schlecht ausgebildeten 400.000 Mann an "Mobilgarden" waren zumindest als Truppen zweiter Linie brauchbar. Die numerische Überlegenheit der verbündeten deutschen Truppen - rund. 730.000 reguläre Soldaten und Reservisten sowie 210.000 Landwehresoldaten für die zweite Linie - war auf den ersten Blick nicht sehr groß.

Auch waffentechnisch schien die französische Armee im Vorteil zu sein. Nach den preußischen Erfolgen von 1866, die man mit dem Einsatz des Zündnadelgewehrs erklärte, war sie mit einem neuen Hinterlader, dem Chassepotgewehr, ausgerüstet worden. Dieses besaß fast die doppelte Reichweite des Zündnadelgewehrs. Zudem verfügte die französische Armee über 190 Mitraileusen, ein mit einer Kurbel bedientes frühes Maschinengewehr. Die Mitraileuse sollte allerdings die in sie gesetzten Erwartungen aufgrund mangelnder Beweglichkeit, der Unfähigkeit zum Streuen der Salven und ihres taktisch falschen Einsatzes bei der Artillerie nicht erfüllen.

Ausgeglichen wurde die französische Überlegenheit auf dem Feld der Infanteriewaffen durch die preußische Artillerie. Diese hatte man nach 1866 komplett auf stählerne Hinterlader umgerüstet, während die französische Artillerie weiterhin nur bronzene Vorderlader besaß. Diese verschossen mit Zeitzündern versehene Granaten, die bloß auf zwei Distanzen einstellbar waren, während die preußischen Geschütze Sprenggranaten mit Aufschlagzünder gegen beliebige Ziele auf beliebige Distanz einsetzen konnten.

Zudem war die preußische Artillerie zweckmäßiger gegliedert und wurde taktisch weit besser eingesetzt. Sie konnte nicht nur über größere Distanzen ein lang andauerndes Schnellfeuer gewährleisten, sondern auch zu Feuerkonzentrationen zusammengefaßt werden, denen die französische Artillerie nichts entgegenzusetzen hatte.

Die Franzosen planten, vor der Vollendung der preußischen Mobilmachung durch den schnellen Vorstoß einer rasch mobilgemachten Kernarmee die süddeutschen Staaten vom Norddeutschen Bund zu trennen. Doch der chaotische Verlauf ihrer Mobilmachung zerstörte diese Hoffnung. Die französischen Einheiten wurden zwar rasch zur Grenze geschickt, ohne aber zuvor mit Reservisten und wichtigem Kriegsmaterial auf Kriegsstärke aufgefüllt worden zu sein. Diese sollten nachgeschickt werden, erreichten aber aufgrund der miserablen Organisation des Transportwesens ihr Ziel meist nicht rechtzeitig oder sogar gar nicht.

Auf deutscher Seite liefen aufgrund der engen Zusammenarbeit von preußischem Generalstab und Eisenbahnverwaltung Mobilmachung und Aufmarsch in den Grenzregionen schnell und nahezu reibungslos ab. Die Einheiten wurden noch an ihren Standorten personell und materiell auf Kriegsstärke gebracht und dann per Eisenbahn zu den Zielorten transportiert.

Bei Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen Anfang August 1870 standen so fast 450.000

Soldaten aus den deutschen Staaten an der Grenze bereit, während nur 250.000 Franzosen aufmarschiert waren. Im Raume Metz stand die französische Rheinarmee unter Marschall François-Achille Bazaine, im Elsaß eine detachierte Gruppe unter Marschall Patrice de Mac-Mahon. Auf deutscher Seite waren die Truppen in drei Armeen aufmarschiert, von denen die südlichste 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus je zwei preußischen und bayerischen Armeekorps sowie einer württembergischen und einer badischen Divisionen bestand.

Die Franzosen eröffneten den Feldzug am 2. August mit einem Vorstoß nach Saarbrücken, zogen sich aber nach zwei Tagen wieder zurück. Die deutschen Truppen rückten ab dem 4. August vor und schlugen binnen zweier Tage drei Grenzschlachten, die allesamt nicht vom Oberkommando unter Generalstabschef Helmuth von Moltke geplant, sondern durch das selbständige Vorgehen der Armee- und zum Teil auch nachgeordneter Truppenführer eingeleitet wurden.

Am 4. August drängten preußische und bayerische Verbände der 3. Armee bei dem kleinen Städtchen Weißenburg im Elsaß ein Korps Mac-Mahons zurück. Am 6. August schlug die 3. Armee die Truppen Mac-Mahons bei Wörth erneut, diesmal schwer. An demselben Tag gelang der 1. Armee bei Spichern ein Erfolg gegen die französische Rheinarmee, der diese nach Westen in Richtung Metz zurückwarf.

In diesen Schlachten ging die deutsche Infanterie oft noch in dichten Kolonnenformationen frontal gegen die gut verschanzten Franzosen vor und erlitt im Feuer der Chassepotgewehre schwere Verluste. Auf deutscher Seite war die Zahl der Toten und Verwundeten jedes Mal höher als auf französischer.

Nur durch die Gefangenen wurde das Verlustkonto in etwa wieder ausgeglichen. Es war der Initiative der deutschen Truppenführer, die aus eigenem Entschluß ihre Verbände in das Gefecht führten, sowie der überlegenen deutschen Artillerie zu verdanken, daß die Situation immer wieder gerettet wurde. Die französischen Offiziere ließen hingegen meist Eigeninitiative vermissen, kamen ihren bedrängten Nachbarn nicht zu Hilfe und verpaßten die vielen Gelegenheiten zu erfolgversprechenden Gegenangriffen.

Dieses Schema, hohe deutsche Verluste im Gewehrfeuer der Franzosen, überlegene deutsche Artillerie und größere Initiative und taktische Beweglichkeit der deutschen Truppenführer, prägten auch die weiteren Schlachten im August.

Nach den drei Grenzschlachten lag die militärische Initiative auf deutscher Seite. Für Frankreich verwandelte sich hingegen der geplante Feldzug zum Rhein in einen Krieg zur Verteidigung des Landes. Die angeschlagenen Truppen Mac-Mahons wurden aus dem Elsaß abgezogen und per Eisenbahn in das im Hinterland liegende Chalons an der Marne transportiert, um dort mit einigen in Reserve gehaltenen und neu aufgestellten Verbänden zu einer neuen Armee formiert zu werden.

Bazaines noch intakte Rheinarmee zog sich zunächst auf die gut ausgebaute Festung Metz zurück, um sich danach möglichst bald mit der Chalons-Armee zu vereinigen.

Moltke hatte vor Kriegsbeginn zwar detaillierte Aufmarschpläne ausgearbeitet, aber keinen Feldzugsplan. Es gab nur die operative Grundidee, allgemein in Richtung Paris vorzugehen, "bis wir der Französischen Armee begegnen, um dann die Schlacht zu liefern". Die Teilung des kaiserlichen Heeres durch den Abzug Mac-Mahons nach Chalons gab Moltke die Chance, die Rheinarmee noch östlich von Paris zu überflügeln und zu stellen.

Die 1. Armee erhielt den Befehl, den Feind auf dem rechten Moselufer zu beobachten.

Die 2. und 3. Armee sollten südlich von Metz die Mosel überschreiten und nach Osten vorstoßen.

Bazaine sah die Gefahr durchaus. Von Metz aus gab es jedoch keine Bahnverbindung zum schnellen Ausweichen nach Westen, es blieben nur langsame konventionelle Fußmärsche.

Beim Rückzug wurden die französischen Nachhut am 14. August noch östlich von Metz bei Colombey-Nouilly von deutschen Vorhut angegriffen und ließen sich dazu verleiten, eine Schlacht zu liefern.

Taktisch gelang ihnen sogar ein Abwehrerfolg. Allerdings kostete dieser die Rheinarmee einen vollen Marschtag in Richtung Westen. Zur gleichen Zeit überquerte die deutsche 2. Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen südlich von Metz die Mosel, um Bazaine den Weg zu verlegen. Der Prinz überschätzte indes das Tempo der Franzosen und ließ die Masse seiner Truppen zu weit nach Westen in Richtung Maas vorstoßen.

Bazaines Armee hingegen machte einen Tagesmarsch westlich von Metz noch einmal einen Halt, um Nachzügler und Proviantkolonnen aufschließen zu lassen. Als Friedrich Karl feindliche Truppenansammlungen in diesem Gebiet gemeldet wurden, gab er - im Glauben, daß es sich nur um die Nachhut der abziehenden Rheinarmee handele - seinem zurückhängenden rechten Flügel die Weisung, diesen für schwach gehaltenen Gegner anzugreifen. Tatsächlich aber stieß am 16. August das III. Korps unter General Constantin von Alvensleben auf fast die komplette Rheinarmee.

Die nun folgende Schlacht von Mars-la-Tour (beziehungsweise Vionville) wurde durch den Entschluß von Alvenslebens geprägt, trotz der Konfrontation mit einer mehrfachen Übermacht zum Angriff überzugehen. Erneut litten die Preußen im französischen Gewehrfeuer schwer. Einzelne Bataillone verloren alle ihre Offiziere und wurden nur noch von Feldwebeln geführt, setzten den Kampf aber fort. Erst am Nachmittag konnte das stark bedrängte III. Korps durch das aus Nordwesten herbeieilende X. Armeekorps unterstützt werden. Gemessen an den Kräfteverhältnissen hätten die Franzosen die Schlacht dennoch eigentlich für sich entscheiden und zumindest das III. Korps zerschlagen müssen.

Die wütenden Angriffe dieses einsamen Korps hatten nach Bazaines Meinung aber nur Sinn, wenn sie ihn in eine Falle locken oder den Auftakt zu einem baldigen Großangriff einer gesamten deutschen Armee bilden würden. Große Teile seiner Truppen ließ er deshalb untätig in der Reserve verharren. Ihm und seinen Unterführern fehlte die Entschlossenheit, die wiederholt sich bietenden Chancen zu nutzen, Alvensleben durch entschiedene Angriffe zu überwältigen. Am Abend räumte Bazaine das Schlachtfeld und zog sich in Richtung Osten zurück. Beide Seiten hatten Verluste von jeweils 15.000 bis 17.000 Mann erlitten.

Bazaines nach Osten zurückgeworfene Armee bezog westlich von Metz eine Auffangposition zwischen Saint-Privat im Norden und Rozérieulles im Süden. In der sehr starken Defensivstellung hoffte der Marschall, einen Abwehrsieg zu erringen und die Deutschen zurückzuwerfen. Danach sollte die Rheinarmee weiter nach Westen in Richtung Verdun marschieren und sich mit der Armee MacMahons zusammenschließen.

Zunächst schienen sich seine Hoffnungen zu erfüllen, denn Moltke hatte die Ausdehnung der gegnerischen Stellungen unterschätzt. Das zur Flankierung angesetzte preußische Gardekorps stieß am 18. August in der Schlacht von Gravelotte frontal auf die gut ausgebauten Stellungen bei St. Privat. Erneut erlitten die Deutschen hohe Verluste und konnten lange Zeit keine Vorteile erzielen.

Erst bei anbrechender Nacht gelang den Sachsen des XII. Armeekorps der Einbruch in den französischen Nordflügel. Bazaine sah nun seine gesamte Stellung in Gefahr, räumte in der Nacht das Feld und ließ seine Armee in die Festung Metz zurückgehen. Auch bei Gravelotte hätten die Franzosen die Schlacht an sich gewinnen müssen, doch zeigten sowohl Bazaine als auch seine Offiziere erneut wenig Initiative und Entschlußkraft und verpaßten ihre Chancen.

### **Sedan und die Folgen**

Die Schlachten von Mars-la-Tour und Gravelotte waren die ersten großen militärischen Ventscheidungen des Krieges. Sie stehen in ihrer Bedeutung der wenig später geschlagenen Schlacht von Sedan nicht nach. Wären der Rheinarmee der Durchbruch nach Westen und die

Vereinigung mit der Chalons-Armee gelungen, unter Umständen sogar unter Zerschlagung von ein oder zwei deutschen Armeekorps, hätte Napoleon III. eine ansehnliche Streitmacht zu einer beweglichen Kampfführung ostwärts von Paris gegen geschwächte deutsche Truppen mit langen Nachschubwegen zur Verfügung gehabt.

Auch andere militärische Optionen der Franzosen lösten sich nach den verlorenen August-Schlachten in Luft auf. Schon nach den Grenzschlachten hatte Wien seine ohnehin nur halbherzig betriebene Rüstung eingestellt und die von Anfang an nicht großen Hoffnungen auf militärische Hilfe für Paris zunichte gemacht. Auch die Hoffnung auf Dänemarks Kriegseintritt mußte Paris begraben.

Um Kopenhagen dazu zu ermuntern, hatte die der Flotte des Norddeutschen Bundes weit überlegene französische Flotte geplant, 40.000 Mann an der norddeutschen Küste anzulanden, die zusammen mit den Dänen gegen die dort verbliebenen schwachen deutschen Truppen vorgehen sollten.

Am 23. August wurde das Unternehmen jedoch abgeblasen, da man die dafür vorgesehenen Soldaten dringend in Frankreich brauchte. Ende September wurden auch die zur Blockade der deutschen Küsten in Nord- und Ostsee stationierten französischen Kriegsschiffe abgezogen, weil man deren Besatzungen an der Landfront verwenden wollte.

Besorgnis erregten auf deutscher Seite allerdings die hohen Verluste, mit denen die bisherigen Siege erkauft worden waren. In den zwei Wochen vom 4. bis zum 19. August 1870 waren rund 58.000 Tote, Verwundete und Vermißte zu verzeichnen gewesen. Das entsprach 40 Prozent der gesamten Kriegsverluste in Höhe von 144.000 Mann. Insbesondere die Verluste an Offizieren, die noch mit gezogenem Säbel ihren Truppen vorauseilten, waren überproportional hoch. Der König zeigte sich "ganz geknickt durch unsere Verluste".

Otto von Bismarck, dessen Sohn Herbert auf dem Schlachtfeld von Mars-la-Tour schwer verwundet worden war, beklagte in einem Brief an seine Frau die "Verschwendung der besten Soldaten Europas" und bezweifelte, daß man angesichts solcher Verluste jemals Paris erreichen werde. Am 21. August erließ Wilhelm einen Befehl, der seinen Truppenführern vorschrieb, durch bessere Ausnutzung des Terrains, geeigneterer Formationen und gründlichere Vorbereitung der Angriffe mit geringeren Opfern zu siegen.

Das blieb nicht ohne Wirkung. Die Infanterie ging im Angriff zu einem sprungweisen Vorgehen in aufgelockerter Ordnung und unter Anpassung an das Gelände über, was die beim bislang üblichen Vorgehen in engen Formationen auftretenden hohen Verluste vermied. Auch die verbesserte Zusammenarbeit mit der Artillerie, insbesondere das Abwarten der eigenen Artillerieunterstützung statt eines kopflosen Ran-an-den-Feind, verringerten in der Folgezeit die deutschen Verluste erheblich.

Die Hälfte des französischen Feldheeres war zwar nun in Metz eingeschlossen, allerdings konnte es unter Deckung der Geschütze dieser modern ausgebauten und mit vielen Vorwerken ausgestatteten Festung nicht in einem Zuge vernichtet werden. Es blieb nur das Aushungern durch Belagerung. Bazaines angeschlagene, aber noch kampffähige Armee band so immerhin zwei deutsche Feldarmeen, gut 200.000 Mann.

Bereits am 29. August unternahm sie bei Noisseville einen Ausbruchversuch, um die Verbindung mit der Chalons-Armee herzustellen, über deren Anmarsch Bazaine vage Informationen erhalten hatte. Doch scheiterte dieser wie auch alle späteren Ausfälle, die zuletzt nur noch zur Beschaffung von Lebensmitteln unternommen wurden. Ausgehungert und von einer Ruhrepidemie heimgesucht, kapitulierte Bazaine schließlich am 27. Oktober mit immerhin noch 150.000 waffenfähigen Männern.

Zuvor waren bereits bei den Ausfällen rund 45.000 Soldaten gefallen, verwundet worden oder in Gefangenschaft geraten.

Moltke formierte aus Abgaben der Armeen, die er zur Bewachung von Metz zurückließ, eine



neue, die Maasarmee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen. Daneben stand noch die 3. Armee zu Verfügung. Moltke setzte beiden Armeen, zusammen knapp 190.000 Mann, in der vierten Augustwoche in Richtung Westen in Marsch, weil er dort die Chalons-Armee als letzte französische Feldarmee fassen zu können glaubte, die nach seinem Dafürhalten zur Dekkung von Paris verwendet wurde.

Napoleon III. begab sich zur Chalons-Armee, überließ aber Mac-Mahon den Oberbefehl. Beide hatten ursprünglich die Absicht, ihre rund 130.000 Mann nach Paris zurückzuziehen, um die Stadt gegen einen deutschen Angriff zu verteidigen. In Paris waren indes die als Regentin für den abwesenden Napoleon fungierende Kaiserin Eugénie, der neue Regierungschef und Kriegsminister Graf Charles Palikao und andere hochrangige Bonapartisten nicht zu Unrecht der Überzeugung, daß der Kaiser seinen Thron verlieren würde, wenn er Bazaine im Stich ließe.

Unter diesem Druck änderte Mac-Mahon seine Strategie und stieß ab dem 23. August von Reims aus in Richtung Nordosten vor, um über Montmédy längs der belgischen Grenze ostwärts in Richtung Metz vorzugehen, in der vagen Hoffnung, sich so gleichsam in deren Rücken an den deutschen Armeen vorbeischnuggeln zu können.

Es wäre ihm vielleicht sogar gelungen, hätte nicht am 25. August das deutsche Hauptquartier durch eine Londoner Pressemeldung Kenntnis von den Operationsabsichten Mac-Mahons erhalten, die kurz darauf durch Aufklärungsergebnisse der Kavallerie ergänzt wurden. Moltke ließ seine zwei Armeen aus Richtung West in Richtung Nord abschwanken, um ihn zu stellen. Am 30. August überraschten deutsche Truppen bei Beaumont, 25 Kilometer südöstlich von Sedan, das französische V. Korps im Biwak und zwangen es zum Rückzug.

Nach dieser Niederlage entschloß sich Mac-Mahon zum Abbruch des Marsches nach Metz und zum Rückzug auf Sedan, einer kleinen Festung nahe der belgischen Grenze. Dort wollte er seine Armee sammeln und sich danach über Mezières nach Westen zurückzuziehen. Doch erneut unterschätzten die Franzosen das Marschtempo der deutschen Truppen.

Am Abend des 31. August begannen die Maas- und die 3. Armee, die bei Sedan versammelte Chalons-Armee in die Zange zu nehmen. Am 1. September überschritten die Angriffsspitzen der Maasarmee westlich von Sedan die Maas nach Norden, schwenken nach Osten ab und stellten noch vor Mittag die Verbindung mit der von Osten kommenden 3. Armee her.

Der Ring um die Franzosen war geschlossen. Ein französischer Kommandeur kommentierte die Lage drastisch: "Wir sitzen in einem Nachttopf, und wir werden darin zugeschissen werden." Tatsächlich brachte die preußische Artillerie 456 Geschütze zusammen, damals eine Artilleriekonzentration von außerordentlicher Stärke, und belegte den gesamten Raum des engen Kessels mit ununterbrochenem Feuer.

Anders als in Metz waren Sedans Befestigungsanlagen veraltet und boten wenig Schutz. Die Deutschen konnten hier die feindliche Armee nicht nur einschließen, sondern auch in einem Zuge vernichten. Durch verzweifelte Attacken versuchte die französische Kavallerie noch, den Weg nach Westen freizukämpfen, was zwar die Bewunderung König Wilhelms für die Tapferkeit dieser "wackeren Kerle" hervorrief, aber ansonsten erfolglos blieb.

In dieser verzweifelten Lage ließ Napoleon III. die weiße Fahne hissen und übergab den überraschten Deutschen, die von seiner Anwesenheit in Sedan nichts wussten, seinen Degen. Die eigentlichen Kapitulationsverhandlungen dauerten bis zum Vormittag des 2. September. MacMahons Armee mußte kapitulieren. Alle Waffen, Geschütze und Truppenfahnen sowie die Festung wurden übergeben.

Die Zahl der Kriegsgefangenen betrug rund 85.000, darunter gut 2.800 Offiziere, 39 Generäle sowie ein Kaiser. Weitere 21.000 Franzosen waren schon während der Kämpfe gefangenegenommen, 17.000 gefallen oder verwundet worden. 3.000 Mann schafften es, nach Belgien in die Internierung zu entkommen. Nur ein kleiner Teil der Kavallerie hatte sich nach Westen

absetzen können.

Die deutschen Verluste betragen knapp 9.000 Tote und Verwundete und waren damit deutlich niedriger als die französischen.

Auch nach der Schlacht bei Sedan wurde der Kampf mit großer Härte fortgesetzt: Szene aus der Schlacht bei Amiens, zeitgenössische Illustration.

### **Der Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs, die neue Republik und das Volksaufgebot**

Doch so groß der militärische Erfolg auch war, als entschieden konnte der Krieg noch nicht gelten. Nachdem Paris die Nachricht von der Niederlage und der Gefangennahme Napoleons erreicht hatte, wurde in einem unblutigen Putsch am 4. September das Kaiserreich abgeschafft und die (3.) Republik proklamiert. Man bildete eine "Provisorische Regierung" der nationalen Verteidigung unter dem Militärkommandanten von Paris, General Louis Trochu, in der der neue Innen- und Kriegsminister Léon Gambetta den Ton angab.

Die deutschen Armeen stießen derweil vor und schlossen Paris am 19. September ein. Am selben Tag traf sich der als neuer Außenminister berufene Jules Favre, der schon zuvor die Fortsetzung des Krieges à outrance (bis zum Äußersten) angekündigt hatte, mit Bismarck. Er bot fünf Milliarden Francs Kriegsentschädigung an, wollte jedoch auf keinen Fall einen Frieden mit irgendwelchen Gebietsabtretungen akzeptieren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutsche Führung bereits darauf festgelegt, die Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens zu fordern. Die Presse in Deutschland hatte schon seit Kriegsausbruch darauf gedrängt, weil Ludwig XIV. durch den Raub dieser deutschen Provinzen im 17. Jahrhundert Unrecht begangen habe. Für Bismarck war dies eine reine "Professorenidee".

Das Argument der Generale, daß zur besseren militärischen Sicherung des Rheingebiets und Süddeutschlands das deutsche Vorfeld in Richtung Westen erweitert werden müsse, leuchtete ihm hingegen ein. Er ging zudem davon aus, daß, egal wer auch Frankreich regieren würde, das Land sich eine spätere Gelegenheit zu einer kriegerischen Revanche für die jetzige, als tiefe Demütigung empfundene Niederlage nicht entgehen lassen würde.

Wiederholt betonte er, daß die "Bitterkeit (der Franzosen) ganz in demselben Maße stattfinden wird, wenn sie ohne Landabtretung aus dem Kriege herauskommen ... Schon unser Sieg bei Sadowa (1866 gegen Österreich) hat Bitterkeit in den Franzosen geweckt; wie viel mehr wird es unser Sieg über sie selbst tun!". Die Verhandlungen mit Favre am 19. September, der zuvor allen europäischen Regierungen verkündet hatte, daß Frankreich "keinen Zollbreit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen abtreten werde", scheiterten an der Frage des Schicksals von Elsaß und Lothringen.

Die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung war kein völlig hoffnungsloses Unterfangen. General Trochu verfügte zur Verteidigung von Paris über 350.000 Mann und 2.600 Geschütze, zum großen Teil zwar nur mangelhaft ausgebildete und ausgerüstete Mobil- und Nationalgarden, aber auch noch 80.000 Mann reguläre Truppen.

Die Paris in einem weiträumigen Einschließungsring belagernden Deutschen standen ähnlich wie bei Metz vor dem Problem, daß direkte Angriffe zur Eroberung der durch viele Außenforts gut geschützten Stadt schwere Verluste gekostet hätten. Es blieb nur das Aushungern der Stadt. Damit waren aber für den Moment nahezu alle deutschen Truppen durch die Belagerung französischer Festungen gebunden - neben Paris und Metz auch eine Reihe kleinerer wie Toul und Straßburg. Für Operationen in die Tiefe Frankreichs oder gar dessen komplette Besetzung waren keine Truppen mehr verfügbar.

Unter der energischen Leitung Gambettas, der in einem Heißluftballon aus dem eingeschlossenen Paris entkommen war, begann die "Delegation der provisorischen Regierung" in Tours mit der Aufstellung neuer Truppen in den unbesetzten Provinzen des Landes. Personell konnte

sie auf ein Potential von zwei Millionen wehrfähigen Männern zurückgreifen.

Auch die Ausrüstung der neuen Massenheere machte wenig Probleme. Wichtige Produktionsstätten der Rüstung waren in französischer Hand geblieben. Da zudem die überlegene französische Flotte die Seewege sicherte, konnten umfangreiche Waffen- und Munitionsimporte aus den USA und Großbritannien die Häfen des Landes erreichen.

Was fehlte, waren erfahrene Offiziere und Unteroffiziere. Die meisten waren gefallen, gefangen genommen oder in Metz, Paris und anderswo eingeschlossen. An der Spitze der neu aufgestellten Armeen standen zwar oft noch professionelle, teilweise aus dem Ruhestand geholte Führer, doch waren die meisten der neu rekrutierten französischen Unterführer und Offiziere nicht fähig, die von Gambetta in großer Zahl ausgehobenen Männer zu guten Soldaten auszubilden und im Gefecht taktisch effektiv zu führen. Zudem wurden die frisch rekrutierten Armeen auf Druck Gambettas zu früh und ohne festen inneren Zusammenhalt in die Schlacht geworfen.

Im deutschen Artilleriefeuer erwiesen sie sich als wenig standfest. Die disziplinierten und kriegserfahrenen deutschen Truppen blieben so in den Gefechten nach dem September 1870 trotz ihrer fast immer gegebenen numerischer Unterlegenheit meist siegreich und fügten den Franzosen deutlich höhere blutige Verluste zu als sie selbst erlitten.

Daran änderten auch die Francs-tireurs (Freischützen) nichts. Bereits Napoleon III. hatte zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgefordert, die hinter den deutschen Linien operieren, ihren Nachschub bedrohen und das Hinterland beunruhigen sollten. Die Provisorische Regierung rief nun zum allgemeinen Volkskrieg auf. Rund 60.000 Mann schlossen sich den Franc-tireurs an, darunter auch ausländische Abenteurer und Sympathisanten wie der italienische Freischarführer Giuseppe Garibaldi. Die selbstorganisierten kleinen Trupps griffen deutsche Nachschubtransporte, Requisitionskommandos und kleinere Einheiten der Besatzungstruppen an.

Den Franc-tireurs gelangen zwar einige wenige spektakuläre Erfolge, doch hielt sich die von ihnen ausgehende militärische Bedrohung in Grenzen. Die Zahl ihrer deutschen Opfer wird auf kaum mehr als 1.000 geschätzt.

Dennoch reagierte die deutsche Seite außerordentlich empfindlich. Da die Freischärler selten uniformiert waren, Sabotageakte verübten und oft aus Hinterhalten heraus kämpften, waren sie bei den deutschen Soldaten gefürchtet und verhaßt. Moltke legte fest, daß die Franc-tireurs nicht zu den legitimen Kombattanten zählten und bei Ergreifen standrechtlich zu erschießen seien.

Zum Schutz der Eisenbahnen ordnete er zudem Geiselnahmen und gegebenenfalls Repressalien gegen Orte an, von denen Freischärler-Aktivitäten ausgingen. Anfang November 1870 empfahl er "als wirksames Mittel die Zerstörung des betreffenden Gehöfts und bei größerer Beteiligung die der gesamten Ortschaft". In Einzelfällen kam es auch zur Erschießung aller männlichen Einwohner im wehrfähigen Alter.

Der als Beobachter im deutschen Hauptquartier weilende US-General Philip Sheridan riet Bismarck im Oktober 1870 sogar: "Sie verstehen es, einen Feind zu schlagen wie keine andere Armee, aber ihn zu vernichten, das haben Sie nicht weg. Man muß mehr Rauch von brennenden Dörfern sehen, sonst werden sie mit den Franzosen nicht fertig."

Sheridan hatte einige Jahre zuvor, während des amerikanischen Bürgerkrieges, bei seinem Feldzug durch das Shenandoah-Tal reichlich Erfahrung mit der von ihm empfohlenen Vernichtungskriegführung gemacht. Doch auch wenn sich mancher ihrer Militärs für ein härteres Vorgehen erwärmen konnte, zu einer systematischen Verwüstung ganzer Landstriche ließen sich die Deutschen nicht hinreißen.

Noch im September 1870 eroberten die Deutschen jene französischen Festungen, die die wichtigsten Eisenbahnlinien von Deutschland nach Paris blockierten: Toul und Straßburg. Der

Fall dieser und später weiterer Festungen ließ dringend benötigte Truppen frei werden. Im Falle Straßburgs waren das die badischen sowie zwei Landwehrdivisionen, die man zu einem neuen Armeekorps mit über 40.000 Mann zusammenfaßte, das die Burgundische Pforte sicherte. Durch die Kapitulation von Metz am 27. Oktober wurden zwei ganze Armeen, 200.000 Mann, frei, gerade noch rechtzeitig, um den in der Provinz neu aufgestellten französischen Armeen entgentreten zu können.

Die Franzosen versammelten ihre neuen Truppen im Herbst 1870 in drei Gebieten: Im Norden zwischen Somme und Seine-Mündung (Rouen, Amiens, St. Quentin), im Südwesten im Tal der Loire bei Orléans und im Südosten an der Saone südlich von Belfort.

Aus dem Südwesten und dem Norden versuchten die französischen Ersatzheere wiederholt, in Richtung Paris vorzustoßen und den deutschen Belagerungsring aufzubrechen. Zeitlich koordiniert mit den Vorstößen aus den Provinzen - über Heißluftballons und Brieftauben gelangten Nachrichten in und aus der Stadt hinein und hinaus - unternahm die Pariser Garnison mehrfach Ausbruchversuche. Die Gefahr für die deutschen Truppen in Frankreich war real. Ein Durchbrechen des Belagerungsringes von innen und außen hätte sie in ernsthafte Schwierigkeiten bringen können. Noch war der Krieg nicht entschieden.

Die größte Gefahr wuchs zunächst an der Loire. Bereits Ende September wurde dort ein erstes neues französisches Armeekorps mit 60.000 Mann aufgestellt. Moltke zog das I. bayerische Korps unter General Ludwig von der Tann von der Belagerung von Paris ab und schickte es, verstärkt durch eine preußische Infanteriedivision, an die Loire. Zunächst konnte von der Tann die Franzosen zurückschlagen und am 11. Oktober Orléans besetzen.

Auf die Nachricht eines Ausfalls der Pariser hin griffen aber am 9. November 70.000 Mann der nunmehrigen Loirearmee das 20.000 Mann zählende bayrische Korps bei Coulmier an und zwangen es zum Rückzug sowie zur Räumung von Orléans.

Noch bevor die Masse der bei Metz freigewordenen 2. Armee eintraf, griff die Loirearmee mit nunmehr 90.000 Mann die auf 35.000 Mann verstärkten preußischen und bayerischen Truppen erneut an. Doch diesmal erlitt sie in der Schlacht von Loigny und Poupry am 2. Dezember eine schwere Niederlage mit 18.000 Mann Verlusten. Am 5. Dezember eroberten deutsche Truppen Orléans zurück, fügten der Loirearmee weitere 20.000 Mann Verluste zu und spalteten sie in zwei Teile.

Auch an den anderen Fronten gelang den Franzosen kein entscheidender Erfolg. Die bei Metz freigewordene 1. Armee unter der nunmehrigen Führung des Generals Edwin von Manteuffel besiegte die französische Nordarmee am 27. November 1870 bei Amiens und eroberte die Stadt. Ein neuer Befehlshaber, General Louis Faidherbe, konnte allerdings weitere deutsche Erfolge verhindern und am 23./24. Dezember 1870 in der taktisch unentschiedenen Schlacht am Fluß Hallue, einem Nebenfluß der Somme, den deutschen Vormarsch an die untere Seine (Le Havre) aufhalten.

Im Südosten schlug das nach dem Fall von Straßburg gebildete XIV. Armeekorps unter der Führung des Generals August von Werder Truppen der französischen Vogesenarmee mehrfach, besetzte am 30. Oktober Dijon und schloß die Festung Belfort ein.

### **Die Belagerung von Paris und letzte Kämpfe**

Neben dem militärischen Restrisiko wuchsen durch die Verlängerung des Krieges auch die politischen Risiken für die Deutschen. Zwar war die Gefahr gering, daß andere Mächte doch noch militärisch auf Seiten Frankreichs eingriffen. Was Bismarck jedoch ernsthaft fürchtete, war die Einberufung einer Konferenz der europäischen Mächte, die einen Frieden "vermittelt" und den Deutschen Elsaß-Lothringen und manches Andere verwehrt hätte. Doch nutzten viele Mächte lieber die Gelegenheit, ihre jeweils eigenen Ziele zu verfolgen. Italien hatte genug damit zu tun, im September 1870 den von französischen Schutztruppen geräumten Kirchenstaat zu erobern und seinem Staatsgebiet einzuverleiben.

Rußland zog es vor, von Bismarck dazu ermuntert, seine im Krimkrieg erfolgte Demütigung durch London und Paris zu revidieren. Es erklärte am 31. Oktober 1870 einseitig die Aufhebung der sogenannten Pontus-Klauseln des Pariser Friedens von 1856, die die Neutralisierung des Schwarzen Meeres vorschrieben und Rußland dort die Stationierung nennenswerter Seestreitkräfte untersagten. Zur Regelung dieser Frage trat tatsächlich Anfang 1871 in London eine europäische Konferenz zusammen, auf der Rußland mit Unterstützung Bismarcks seine Ziele zum großen Teil durchsetzen konnte.

Bismarck wünschte zudem einen Verhandlungsfrieden mit Frankreich. Ihm war wichtig, daß das besiegte Land zwar Kriegsentschädigung leistete und zwei Grenzprovinzen abtrat, aber ansonsten in seiner Souveränität nicht eingeschränkt wurde und als ein, wenn auch etwas zu rechtgestutzter Mitspieler, im Konzert der europäischen Großmächte erhalten blieb - in der Hoffnung, daß die anderen Großmächte eine solche Verschiebung im europäischen Gleichgewicht noch würden tolerieren können.

Für einen Verhandlungsfrieden brauchte Bismarck allerdings einen Partner auf französischer Seite, der im eigenen Land die Friedensbedingungen durchzusetzen willens und in der Lage war. Er verhandelte deshalb seit Anfang September 1870 bis zuletzt nicht nur mit den Vertretern der Provisorischen Regierung, sondern auch mit der im Londoner Exil befindlichen Kaiserin Eugénie, da er eine Restitution des kaiserlichen Regimes nicht für ausgeschlossen und in mancher Hinsicht auch für wünschenswert hielt.

Um den Druck auf die Provisorische Regierung zu erhöhen, plante Bismarck zudem die Beschließung des belagerten Paris durch schwere Artillerie, nachdem die Stadt der Strategie des Aushungerns viel länger standhielt, als es die Militärs anfangs vermutet hatten. Doch erst, als im Dezember genug Kanonen und Munition bereitstanden, konnte Moltke Bismarcks Absicht umsetzen.

Am 27. Dezember eröffneten deutsche Ferngeschütze das Feuer zunächst auf die Befestigungswerke der Stadt. Ab Anfang Januar 1871 wurde auch das eigentliche Stadtgebiet beschossen, um die Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen. Die 107 toten und rund 300 verletzten zivilen Opfer nutzten allerdings nur der französischen Propaganda gegen die preußischen "Barbaren".

Die Entscheidung fiel im Januar 1871 auf den Schlachtfeldern. Gambetta wollte durch eine koordinierte Aktion doch noch eine Wende erzwingen. Durch gleichzeitige Angriffe aus dem Norden und Südwesten und einen großen Ausbruch der Pariser Garnison sollte zum einen der deutsche Belagerungsring um die Stadt gesprengt werden. Zugleich sollte im Südosten eine neu aufgestellte Armee das belagerte Belfort befreien, weiter nach Norden vorstoßen und die Nachschublinie der Deutschen in Ostfrankreich durchtrennen.

An der Loire wurde eine neue 2. Loirearmee mit einer Gesamtstärke von 150.000 Mann aufgestellt. Gegen sie rückte Prinz Friedrich Karl mit 58.000 Mann vor, um sie zu zerschlagen, bevor sie ihre Reorganisation abgeschlossen hatte. Dies gelang ihm in der Schlacht von Le Mans vom 10. bis 12. Januar.

Bei 3.400 eigenen Verlusten wurden 7.000 Franzosen getötet oder verwundet und 22.000 gefangengenommen. Rund 50.000 desertierten. Im Norden rückte die Armee Faidherbes mit 40.000 Soldaten in Richtung St. Quentin vor und schlug sich dort am 19. Januar mit Truppen der nunmehr von General August von Goeben geführten deutschen 1. Armee in Stärke von 33.000 Mann. Faidherbes gelang es zwar, sich der drohenden Einkesselung durch Rückzug zu entziehen, mit 3.500 Mann Verlusten und über 9.000 Gefangenen büßte er jedoch fast ein Drittel seiner Truppen ein.

Am 19. Januar 1871, einen Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles, unternahmen die Pariser mit 90.000 Mann einen letzten großen Ausfall. Er scheiterte unter hohen Verlusten. Die Wiederholung des Angriffs am Folgetag unterblieb, als in Paris die katastro-

phale Niederlage von Le Mans bekannt wurde.

Auch im Südosten kam es wenig später zu einer militärischen Katastrophe für die Franzosen. Die dort gebildete neue Ostarmee unter General Charles Bourbaki setzte sich in einer Stärke von 150.000 Mann Ende Dezember nach Norden in Marsch und konnte die Deutschen zunächst aus Dijon verdrängen.

Das auf rund 43.000 Mann verstärkte deutsche XIV. Armeekorps fing indes den weiteren Vorstoß auf Belfort an der Lisaine, einem Fluß südwestlich der Stadt, auf und ließ alle Angriffe blutig scheitern. Die Ostarmee mußte sich zurückziehen. Inzwischen stieß eine neugebildete deutsche Südarkmee mit 60.000 Mann auf Besançon vor und verlegte den Franzosen den weiteren Rückweg. Die Deutschen schlossen Bourbaki am 26. Januar bei Pontarlier mit dem Rücken zur Schweizer Grenze ein. Seine Armee löste sich daraufhin auf. 87.000 Soldaten traten Anfang Februar über die Grenze und wurden interniert, der Rest desertierte.

Innerhalb weniger Tage im Januar 1871 mußten die Franzosen vier schwere Niederlagen hinnehmen. Sie hatten nun keine Armee mehr, die noch zu einer Offensive fähig gewesen wäre. Zudem zeigte die hohe Zahl an Gefangenen und Deserteuren, daß die Kampfmoral mehr und mehr zusammenbrach.

Das galt auch in Paris, wo die Enttäuschung über das Ende aller militärischen Ersatzchancen von der Erschöpfung aller Nahrungsvorräte begleitet wurde. Am 20. Januar erklärte General Trochu, jeder weitere Befreiungsversuch sei sinnlos. Er übergab sein Amt als Militärgouverneur von Paris an General Joseph Vinoy. Zu einer förmlichen Kapitulation der Stadt konnte sich das in Paris verbliebene Rumpfkabinett indes nicht entschließen.

Am 23. Januar nahm deshalb Außenminister Jules Favre auf eigene Initiative Verhandlungen mit Bismarck auf. Er bat um einen dreiwöchigen Waffenstillstand, um die Stadt zu versorgen und die landesweite Wahl einer neuen Gesetzgebenden Versammlung zu ermöglichen. Dafür bot er die Kapitulation von Paris samt der Übergabe aller Forts und die Abrüstung des Hauptwalls an. Paris selbst sollte allerdings keine deutsche Besetzung erdulden müssen.

### **Waffenstillstand und Friedensschluß**

Bismarck war mit diesem Angebot an sich zufrieden, nur sollte der Waffenstillstand auf alle französischen Armeen außer der Ostarmee Bourbakis, wo die Einschließungsoperationen noch nicht beendet waren, ausgedehnt werden. Die Regierung in Paris akzeptierte am 26. Januar die deutschen Bedingungen.

Das formale Abkommen zwischen Favre und Bismarck, das einen zunächst auf 21 Tage befristeten Waffenstillstand vorsah, der am 31. Januar begann, wurde erst am 28. abgeschlossen.

Doch schon am Morgen des 27. Januar endeten die Feindseligkeiten und begannen die Lieferungen von Lebensmitteln nach Paris. Der in Bordeaux weilende Gambetta lehnte das Waffenstillstandsabkommen ab.

Doch sein Stern sank schnell, als an der Atlantikküste die Nachricht von der Auflösung von Bourbakis Ostarmee eintraf. Gambetta trat am 6. Februar zurück. Eine neue Nationalversammlung wurde am 8. Februar landesweit, also auch in den besetzten Gebieten, gewählt und trat am 15. in Bordeaux zusammen. Wie von Bismarck erwartet, stellten konservative, friedenswillige Kräfte darin die überwältigende Mehrheit.

Die Nationalversammlung wählte am 17. Februar Adolphe Thiers zum neuen Chef der Exekutive, der Favre als Außenminister übernahm.

Thiers und Favre verhandelten ab dem 21. Februar in Versailles mit Bismarck. Dieser bestand auf der Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens samt Metz, reduzierte aber die ursprünglichen Entschädigungsforderungen von sechs auf fünf Milliarden Francs, die in mehreren Raten bis zum März 1874 zu bezahlen waren. Auch den Verbleib der historisch zum Elsaß gehörenden Stadt Belfort bei Frankreich gestand er zu.

Dafür mußten die Pariser für drei Tage die Besetzung zweier Stadtteile und eine Siegesparade

deutscher Truppen am Arc de Triomphe erdulden. Favre gestand später ein, daß es grausamer hätte kommen können, und hob hervor, daß keine Forderungen erhoben worden seien, die die französischen Hoheitsrechte dauerhaft eingeschränkt hätten. Am 26. Februar wurden die "Friedenspräliminarien" unterzeichnet und wenige Tage später von der Nationalversammlung in Bordeaux ratifiziert.

Während der Waffenstillstand mehrmals verlängert wurde, fanden in Brüssel auf Kommissionsebene Verhandlungen über die Einzelfragen des endgültigen Friedensvertrages statt. Bismarck befürchtete, daß die Franzosen die Verhandlungen bewußt schleppend führten, um doch noch eine Intervention der neutralen Mächte zu ihren Gunsten herbeizuführen. Er drohte schließlich mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Die Regierung Thiers, deren politische und militärische Position durch den Aufstand der Pariser Commune von März bis Mai zusätzlich geschwächt wurde, gab nun jede Hinhaltetaktik auf. Der nach Deutschland geschickte Favre wurde mit Bismarck schnell einig. Am 10. Mai 1871 unterzeichnete man in Frankfurt am Main den endgültigen Friedensvertrag. Dieser enthielt einige weitere kleinere deutsche Konzessionen.

Nach dem Friedensschluß blieben zunächst viele Departements in Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt. Sie sollten vertragsgemäß Zug um Zug mit der Bezahlung der Raten der Kriegsentschädigung geräumt werden. Bismarck wollte aber die Besatzungsdauer möglichst kurz halten.

Gegen französische Zollvergünstigungen wurden bereits im Herbst 1871 sowohl die Zahl der besetzten Departements als auch die der Besatzungssoldaten drastisch verkleinert. Nach der vorzeitigen Bezahlung der Kriegsentschädigung räumten die Deutschen 1873 die letzten vier besetzten Departements und die Festung Verdun. Frankreich war wieder eine in vollem Umfang souveräne europäische Großmacht.<<

Nach der französischen Niederlage stand der Bildung eines kleindeutschen Nationalstaates nichts mehr im Weg.

Am 18. Januar 1871 wurde der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlusses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.

### **Gründung des Deutschen Reiches**

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung (wie z.B. auch in den Jahren 1919 und 1949), sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419).

Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<





Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die



Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die große Mehrheit der Deutschen war begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.



Abb. 40 (x315/110): Das Deutsche Reich (1871-1918).

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer

und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß.

Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler. Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.

Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post). Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.



Abb. 41 (x070/176): Der Adler des Deutschen Reiches von 1871-1918.

Die damals beliebte Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtete später über die Reichsgründung (x176/199): >>Es war der größte Tag, welchen Berlin jemals gesehen und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen. Es war ein Fest- und Weihetag der gesamten deutschen Nation, von welchem die Geschichte den spätesten Geschlechtern erzählen wird! ...<<

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau berichtete später (im März 2021) über die Verfassung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>**Das bestorganisierte Land der Welt**

### **- Die Reichsverfassung**

Von *Ulrich Vosgerau*

Die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ging aus der Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871 hervor, durch die ihrerseits die ursprüngliche Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 revidiert worden war. Vom Norddeutschen Bund wurden auch die Reichsfarben schwarz-weiß-rot" (Artikel 55 Reichsverfassung) übernommen. Sie hieß dann Verfassung des Deutschen Reiches (RV 1871) und galt formell bis zum 14. August 1919, dem Tag des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung.

Indessen war sie im Zuge revolutionärer Umwälzungen bereits seit dem 9. November 1919 faktisch nicht mehr beachtet worden, wie später die Weimarer Reichsverfassung nach 1933.

Nur sehr wenige deutsche Schüler und Studenten könnten heute noch angeben, daß das Deutsche Reich entweder am 1. Januar 1871 (Inkrafttreten der Verträge) oder am 18. Januar 1871 (Kaiserproklamation) gegründet worden ist. Rechts- und Verfassungshistoriker sehen das übrigens anders. Denn aus juristischer Sicht ist das Deutsche Reich 1871 nicht etwa revolutionär entstanden.

Vielmehr gilt es als Fortsetzung des um die nun beigetretenen süddeutschen Staaten erweiterten, verfassungsrechtlich reorganisierten und umbenannten, aber als völkerrechtliches Subjekt selbstverständlich mit sich selbst weiter identischen Norddeutschen Bundes, der seinerseits, eben am 14. April 1867, durch die Umwandlung eines Militärbündnisses Preußens mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie in einen echten Bundesstaat entstanden war.

Das heißt, das Deutsche Reich entstand eigentlich schon 1867. Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich nicht etwa dessen Rechtsnachfolgerin, sondern mit dem Reich (eben als dem einen und einheitlichen Nationalstaat des Deutschen Volkes) identisch. In Tageszeitungen ist gelegentlich zu lesen, wer das Fortbestehen des Deutschen Reiches behauptet, sei gleichzeitig Verschwörungstheoretiker und Verfassungsfeind.

Dies entspricht aber der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der allgemeinen Ansicht im Völkerrecht. Insofern haben die sogenannten Reichsbürger vom Ausgangspunkt her Recht. Ihr Wahn besteht aber darin, sich ein fortbestehendes Reich als "Parallelstruktur" zur Bundesrepublik vorzustellen. Die Bundesrepublik selbst ist jedoch das Reich. Sie heißt nur anders und hat eine andere Verfassung.

Völkerrechtlich ist das irrelevant: Wenn eine Frau sich verheiratet, hat sie auch auf einmal nicht nur einen anderen Personenstand, sondern oft auch einen anderen Nachnamen, ohne daß deswegen jemand darauf kommt, es sei jetzt eine neue Frau da und diese sei allenfalls Rechtsnachfolgerin der alten. Im Völkerrecht gilt der Grundsatz der Staatenkontinuität, schon um



Verträge und Schulden aufrechtzuerhalten. Verfassungswandel, ja selbst Revolutionen sind aus Sicht des Völkerrechts nur (unbeachtliche) "innere Angelegenheiten".

### **Die paktierte Verfassung**

Das Deutsche Reich von 1871 war ein Bundesstaat. Zwar erweckt die Präambel der Verfassung den Eindruck, es handele sich um einen reinen Fürstenbund, also eher um einen Staatenbund als einen Bundesstaat, da die verfassungsgebende Gewalt - sei es der Bundesstaaten, sei es "des Deutschen Volkes" wie im Grundgesetz (GG) - nicht evoziert wird, sondern die Fürsten als Urheber der neuen Reichsverfassung in Erscheinung treten. Dies darf man aber nicht überbewerten.

Es handelt sich um den letzten historischen Ausdruck eines Spezifikums der deutschen Verfassungsgeschichte, nämlich der "paktierten Verfassung". Um die eigentlich bereits seit der Französischen Revolution, spätestens aber seit den Freiheitskriegen, virulente Frage, ob die verfassungsgebende Gewalt (Souveränität) nun beim Fürsten oder beim Volk liege, nicht ausfechten zu müssen, ging man mit einer wiederum typisch deutschen, nämlich juristischen Lösung vor. Das heißt, es werden nur unmittelbar ergebnisrelevante Rechtsfragen entschieden, alle anderen müssen für die weitere Rechtsentwicklung offenbleiben.

Was kein Problem darstelle, so lange sich Fürst und Volk über die Verfassung einig seien. Was die Beurteilung angeht, ist es das alte Lied: Entwickeln die Engländer ihre Demokratie über Jahrhunderte hinweg eher schrittweise, um Blutvergießen zu vermeiden und verwaltungserfahrene Eliten nicht aus dem Land zu treiben, sondern arbeiten zu lassen, so sind sie von westlichen Werten geleitete Evolutionisten beim piecemeal engineering. Tun Deutsche eigentlich dasselbe und betonen dabei die Rechtsstaatlichkeit als Höchstwert, sind sie obrigkeitshörige Schlafmützen, die keine Revolution zustande bringen.

Höchstes Staatsorgan war der Bundesrat, das heißt, die Vertretung der Bundesstaaten. Es ist bezeichnend, daß diese Benennung zur Betonung des föderalistischen Elements auch nach der Umbenennung des Norddeutschen Bundes in Deutsches Reich durch die Verfassung von 1871 fortgeführt wurde. Der Präsident des Bundesrates, verfassungsmäßig der König von Preußen, hieß "Deutscher Kaiser" und nicht etwa "Kaiser von Deutschland".

Die Stimmenanteile der Bundesstaaten im Bundesrat, der freilich von Preußen dominiert wurde (17 von 58 Stimmen; zum Vergleich: Bayern sechs Stimmen, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen, Hessen und Baden je zwei Stimmen) waren wie heute schon nach der Bevölkerungszahl gegliedert (Artikel 6 Satz 1 RV; Artikel 51 Absatz 2 GG) und konnten nur einheitlich abgegeben werden (Artikel 6 Satz 2 RV; Artikel 51 Absatz 3 GG).

Im Hinblick auf die Gesetzgebung galt der Satz "Bundesrecht bricht Landesrecht" (Artikel 1 Satz 2 RV; Artikel 31 GG), freilich nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetzgebungskompetenzen des Reiches (Artikel 4 RV), die sehr viel enger umschänkt waren als heute die ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Reichsgesetze kamen durch Mehrheitsentscheidung sowohl im Bundesrat wie auch im Reichstag zustande, wobei es auch im Reichstag stets die Mehrheit der gesetzlichen und nicht wie heute in der Regel nur der anwesenden Mitglieder sein mußte.

Im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung kannte man noch nicht die heutige Unterscheidung zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen, was sich zwanglos aus dem eben noch recht übersichtlichen Katalog der Bundeskompetenzen erklärt. Besonders auffällig ist aus heutiger Sicht neben der Mehrheitsregel im Reichstag auch der Umstand, daß die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausschüsse nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat gebildet wurden.

Dieser war also eine Art "exekutives Arbeitsparlament". Die arbeitsparlamentarische Arbeitsweise - Entwicklung der Gesetzgebung in Ausschüssen, Mehrheit bloß der Anwesenden im Plenum, weil die Mehrheitslage aufgrund der Vorarbeiten feststeht und die Verabschie-

dung eines Gesetzes in dritter Lesung letztlich meist symbolisch ist - ist seit 1949 diejenige des Deutschen Bundestages.

Das Gesetzesinitiativrecht lag sowohl beim Bundesrat (Artikel 7 Absatz 1 RV) wie beim Reichstag (Artikel 23 RV), wobei Initiativen des Bundesrates zunächst deutlich überwogen.

Denn man darf sich den Bundesrat nicht einfach als Vorgänger des heutigen Bundesrates des Bonner Grundgesetzes vorstellen.

Vielmehr war der Bundesrat des Kaiserreiches, dem der Reichskanzler vorsah und dessen Geschäfte er leitete (Artikel 15 RV), Ländervertretung und "Bundesregierung" zugleich, wobei die Regierungsfunktion des Bundesrates als dessen "Präsidium" bezeichnet wurde (Artikel 11 Absatz 1 RV) und nominell dem Kaiser, in der Sache jedoch dem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zustand, der die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit gegenzeichnen mußte (Artikel 17 Satz 2 RV). Die Gesetzesinitiativtätigkeit des Bundesrates entsprach also eher der der Bundesregierung heute und nicht so sehr der des Bundesrates, die es nach wie vor gibt. ...

Die gewählten Mitglieder des Reichstages waren "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" (Artikel 29 RV). Der Reichstag tagte stets öffentlich, seine Mitglieder genossen Immunität und Indemnität (Artikel 30 RV).

Da aber der Reichskanzler dem Reichstag nicht politisch verantwortlich war und von diesem nicht entlassen werden konnte, sondern nur vom Kaiser, ist das Deutsche Reich Bismarcks im Ergebnis ein konstitutionelles und kein parlamentarisches Regierungssystem gewesen - anders als etwa zeitgleich Großbritannien. Aber ein einigermaßen stabiles Regierungssystem war in Deutschland eben wohl auch nur auf konstitutioneller statt auf parlamentarischer Basis möglich, da es, wie schon Max Weber auffiel, an einem etablierten und starken Parteiensystem fehlte, in dem politische Parteien jeweils eine eigene Elite hervorbrachten.

Die deutschen Eliten bildeten sich eher an den Universitäten, in der Beamtenschaft oder auch dem Offizierkorps. Die Voraussetzungen waren eben ganz andere als in Großbritannien, und die mal instabilen, mal chaotischen französischen Verhältnisse konnten erst recht kein Vorbild sein.

Im übrigen fällt auf, daß dieselben Historiker, die es Bismarck zum Vorwurf machen wollen, kein wirklich parlamentarisches System errichtet zu haben, heute gegen die zügige Verdrängung der nationalen Parlamentarismen Europas zugunsten einer gemeineuropäischen Brüsseler Exekutivlegislative seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und erst recht dem Vertrag von Lissabon (2008) nichts einzuwenden haben, sondern diese nun wieder als demokratischen Fortschritt begrüßen.

### **Das bestorganisierte Land der Welt**

Wie dem auch sei: Das Deutsche Reich von 1871 war rasch nicht nur in naturwissenschaftlicher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt: Krankenversicherung für Arbeiter 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, das Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung 1889, später dann die Reichsversicherungsordnung 1911 und das Versicherungsgesetz für Angestellte, ebenfalls 1911.

Vor allem Briten und Franzosen platzten schier vor Neid auf diese sozialpolitischen Errungenschaften, die ja gesellschaftliche Stabilität und breite Akzeptanz des Staates auch in proletarischen Kreisen sichern halfen, aber sie konnten nichts Vergleichbares einführen, ihre Produktivität gab es nicht her.

Auf dem Gebiet der Rechtspolitik und der modernen Verwaltung wurden im Bismarckreich durch Modernisierung diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen gelegt, die nicht nur den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreiches ermöglichten, sondern vielfach bis auf den heutigen Tag - natürlich in modernisierter Form - in Kraft sind und die außerdem, damals noch sehr nah am Original, später dann auch noch das Wirtschaftswunder in der Bundesrepu-

blik Deutschland mit bewirken halfen.

Das gilt für das Gesetz über den Bundeshaushalt und den Rechnungshof von 1867, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen und die Gewerbeordnung, beide von 1869, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, die 1877 erlassene Zivilprozeßordnung, das Strafgesetzbuch von 1871 und die Strafprozeßordnung aus dem Jahr 1879, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb von 1896, das Zwangsversteigerungsgesetz aus dem Jahr 1900 und das Pressegesetz von 1874.

Die moderne Staatlichkeit in Deutschland, die herkömmliche Überlegenheit deutscher Organisation und der Verwaltung in Europa, kommt eigentlich von diesen Gesetzen her, und die Gesetze stammten eben zugleich vom Bundesrat, der bis 1890 von Bismarck dominiert wurde, und vom Reichstag, der eigentlich auf Bismarck pfiß. Und dies zeigte sich nicht nur in Budgetfragen.

Denn der Höhepunkt der Gesetzgebungsaktivitäten, die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1. Januar 1900 - nach jahrelanger Vorbereitung seit den 1870er Jahren - ging nicht etwa auf eine Initiative der Reichsleitung zurück, sondern wurde letztlich vom Reichstag ertrötet. Es gilt bis heute und wurde durch die Schuldrechtsreform von 2002, die unter anderem der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben dienen sollte, keineswegs besser.

Ob die Deutschen, wie sie heimlich - oder auch unheimlich - und zumal aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit den französischen Nachbarn immer befürchtet haben, ohne die Reichsgründung wirklich früher oder später zu den "Indianern Europas" geworden wären, das können wir nicht wissen. Wir wissen aber heute, daß die Reichsgründung von 1871 ein Glück und vor allem ein großer Fortschritt gewesen ist.

Auf die föderalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Traditionen der Reichsverfassung, die ihrerseits auf die Entwicklungen im Norddeutschen Bund zurückgegriffen hatten, wurde auch die Bonner Republik von 1949 überhaupt erst gegründet. In China heißt Deutschland bekanntlich "das Land der Tugend".

So einen internationalen Status würde die heutige Bundesrepublik, trotz täglich emsigen Bemühens um westliche Werte und Abkehr von allen Sonderwegen, wohl nicht mehr erlangen. Obwohl es ganz Europa die Infrastruktur zahlt, in Afghanistan Brunnen bohrt und Mädchenschulen baut und Millionen von Asylbewerbern aufnimmt. Demgegenüber war das Bismarckreich von 1871 im Gepräge seiner Verfassung für die damalige Welt, nicht nur für China, ganz selbstverständlich: das bestorganisierte und fortschrittlichste Land der Welt.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhaft Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtete später (im März 2021) über die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>"Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" ...Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik entweder handelndes Subjekt oder duldendes Objekt ist.

Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.

Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte, immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.

Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

### **Nationalkrieg und nationale Einheit**

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.

Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte, daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.

Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.

Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.

Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.

Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.

Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit

uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.

Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons." So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehrschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar.

Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging. Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die französische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.

Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.

Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Balten- deutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt. Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:

"Ein Wermutstropfen nur Ein bitterer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stützen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."

Angesichts der zentralen Bedeutung, die die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde. Eine Interpretation, die der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.

Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle. Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität



lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.

Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

### **Der Weg in das neue Deutschland**

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat, das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.

Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.

Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bildeten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.

Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.

Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.

Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitte- rung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.

Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstärkung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.

Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine be-

schränkte.

Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individuellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.

In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.

Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.

Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Reiches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.

Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.

Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.

Diese Karriere wirkte umso erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.

Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.

Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden techni-

sche Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frankreich mit 2,1 Giga-Wattstunden.

Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.

Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken ... ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.

Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)

Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.

Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.

Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.

Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

### **Der falsche Krieg und seine Folgen**

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfang.

Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die

nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager" in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation gelungen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.

Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt, was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.

Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.

Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germanophoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.

Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".

Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.

... Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyranneien zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsschädigung zahlen. Elsaß-Lothringen verfügte damals über eine gut ausgebaut, moderne Bergbau- und Textilindustrie.

Bis zur Zahlung der Kriegsschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Obleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung sowie Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatischen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 begann in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.

Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.

In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schrieb später über die Emanzipation der Juden nach Gründung des Deutschen Reiches (x244/389-390): >>... Obwohl die Juden stets starke Kon-

tingente für die Auswanderung nach Nordamerika stellten, nahm ihre Zahl bis 1871 auf 512.000 zu (1,25 % der Bevölkerung), die der österreichischen Juden mit noch stärkerer Wachstumsrate auf 200.000 (1,5 % der Bevölkerung). Dies ging einher mit einer nicht weniger bemerkenswerten Veränderung der Sozialstruktur, namentlich seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts.

Noch 1848 mußten in Preußen rund 65 % und im übrigen Deutschland gar 90 % der Juden ein Dasein am Rande des Existenzminimums fristen, etwa als Kleinsthändler. Bereits 1874 hatten etwa 60 % der in Deutschland lebenden Juden den Aufstieg in die mittleren und oberen Steuerklassen geschafft.

Natürlich hat auch die nichtjüdische Bevölkerung den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Anfänge der Industrialisierung Deutschlands in ähnlicher Weise gespürt. Doch ist unverkennbar, daß die Juden – von der christlichen Umwelt seit vielen Jahrhunderten auf Geldgeschäfte und diverse Formen des Handels beschränkt und eben deshalb mobiler – besonders präpariert waren von der Industrialisierung zu profitieren, von der Vergrößerung und der zunehmenden Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Märkte, von der Intensivierung des Handels, vom Anwachsen des Geldverkehrs und des Kapitalbedarfs, von der Ausbreitung kapitalistischen Wirtschaftens, kurzum von der Modernisierung Deutschlands.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches nahmen Industrialisierung und modernisierende Veränderungen ein geradezu dramatisches und – trotz diverser Krisen und Rezessionen - über Jahrzehnte ungebremstes Tempo an. Auch jetzt waren die Juden, als Gruppe, dem Prozeß am besten gewachsen. In Massen strömten sie nun vom Land in die rasch größer werdenden Städte, um die Chancen in neuen Industrien und Dienstleistungszweigen am Schopf zu packen, um Geschäfte aller Art zu gründen und die Möglichkeiten in den expandierenden Banken zu nutzen.

Proletarische jüdische Existenzen sind zwar nicht verschwunden, waren aber nun das Ergebnis jüdischer Einwanderung aus Osteuropa. Die einheimische Judenheit verwandelte sich in Mittelstand, vielfach in wohlhabendes Bürgertum, ja Großbürgertum, und mancher, der bis zur Vollendung der Emanzipation bereits wohlhabend geworden war, konnte in den stürmischen Wachstumswahren nach der Reichsgründung ein riesiges Vermögen anhäufen. Eine ständig steigende Zahl von Juden machte überdies den Schritt von der Emanzipation zur Assimilation. ...<<

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Das preußische Staatsministerium forderte am 30. Juni 1871 die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium (x056/267): >>Die ultramontane Partei (Zentrum) hat in der jetzt beendeten Session des ersten Deutschen Reichstages zu einer Zeit des höchsten patriotischen Aufschwunges der Nation deutlich gezeigt, daß die Herrschaft des unfehlbaren Papstes und des blind gehorchenden Klerus ihr entschiedenes Ziel ist, daß sie die Regierung bekämpft, wenn sie sich nicht jener Herrschaft beugt, daß sie das Deutsche Reich unter einem evangelischen Kaiser als eine Institution ansieht, zu deren Bekämpfung das Bündnis mit den revolutionären Elementen nicht zu verschmähen ist.

Alle Wohltaten ... hindern jene Partei nicht, sich mit Feinden der Regierung aus den verschiedensten Lagern zu verbinden.<<

Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schrieb im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<

Die "Pariser Kommune" rief am 5. April 1871 in Paris zum bewaffneten Widerstand auf, um die im Februar 1871 gewählte Nationalversammlung zu stürzen (x176/215): >>Bürger von Paris!

Wir sind jetzt zu den großen Tagen erhabenen Heldentums und größter Tugend zurückgekehrt! Das Glück des Landes, die Zukunft der ganzen Welt liegen in eurer Hand. Auf euch wartet der Segen oder der Fluch künftiger Generationen. Arbeiter täuscht euch nicht:

Wenn ihr es müde seid, in Unwissenheit dahinzuvegetieren und im Elend zu verkommen, wenn ihr wollt, daß eure Kinder Menschen seien, die aus ihrer Arbeit Nutzen ziehen, und nicht eine Art besonders dressierter Tiere für die Fabrik oder den Kampf ...

Wenn ihr nicht mehr wollt, daß Ausschweifungen und Elend die Männer in die Hände der Polizei und die Frauen in die Arme der Prostitution treiben, wenn ihr schließlich wollt, daß die Gerechtigkeit herrsche, dann Arbeiter, seid klug, erhebt euch und schleudert mit kräftiger Hand die schmutzige Reaktion zu Boden!

Bürger von Paris, Kaufleute, Gewerbetreibende, Kleinhändler, Gelehrte, ihr alle schließlich, die ihr arbeitet und ehrlich eine Lösung der sozialen Probleme sucht, das Zentralkomitee beschwört euch, einig voranzumarschieren.<<

Der deutsche Arbeiterführer August Bebel sprach am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag über die Pariser Revolution (x239/147): >>Seien sie überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris.

Und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache uns in Europa noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang! der Schlachtruf des gesamten Proletariats sein wird. ...<<

Nach Abschluß des französisch-deutschen Krieges verhinderte Maurice de Mac-Mahon (1808-1893, französischer Marschall, von 1873-79 Ministerpräsident und "Platzhalter der französischen Monarchie") die Machtergreifung der radikalen Kommunisten und Sozialisten. Mac-Mahon ließ den Aufstand der "Pariser Kommune" (18. März bis zum 28. Mai 1871) gnadenlos durch französische Truppen niedergeschlagen. Der Aufstand der "Pariser Kommune" forderte etwa 25.000-30.000 Todesopfer (x122/426, x061/383).

Am 29. Mai und am 31. Mai 1871 berichtete die Londoner Zeitung "Times" über die gnadenlose Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" (x122/426): >>... Die Kriegsgesetze! Sie sind milde und christlich gegenüber den unmenschlichen Gesetzen der Rache, unter denen die Versailler Truppen während der letzten 6 Tage Gefangene, Frauen und Kinder, erschossen, erstochen und aufgeschlitzt haben. Soweit wir uns erinnern können, hat es in der Geschichte nichts Vergleichbares gegeben. ...

Die Franzosen füllen die dunkelste Seite im Buch ihrer Geschichte und der Weltgeschichte. Die Anklage ruchloser Grausamkeit beschränkt sich nicht mehr auf eine Partei oder eine Klasse. Die Versailler Truppen scheinen die Kommunisten (!) in ihrer reinen Vergeudung von Menschenblut übertreffen zu wollen.<<

Ein französischer Historiker schrieb später über den Bürgerkrieg im Jahre 1871 (x176/216): >>Der Kampf während der "Blutigen Wochen" wurde mit der Leidenschaft eines Bürgerkrieges geführt. Straße um Straße mußte gewonnen werden. ... Öffentliche Gebäude wie die Tuile-

rien und das Hotel de Ville wurden niedergebrannt.

480 Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris, erschossen, während andererseits die Regierungstruppen Gefangene kurzerhand niedermachten und Standgerichte gegen 20.000 Todesurteile vollstrecken ließen. Kriegsgerichte besorgten anschließend die Verurteilung der Aufständischen. ... 36.000 Communards kamen vor 26 Kriegsgerichte, etwa 10.000 wurden zu Zwangsarbeit, Deportation, Verbannung und Gefängnis verurteilt; von 93 Todesurteilen sind 23 vollstreckt worden. ...<<

Ein französischer Historiker schrieb später über die standrechtlichen Massenerschießungen von Aufständischen (x075/170): >>... Es wird ihnen befohlen, sich vor einem langen und tiefen, bereits mit Leichen gefüllten Graben in 2 oder 3 Reihen aufzustellen. Eine Batterie Maschinengewehre eröffnet das Feuer. Ob tot oder nur verletzt, alle rollen in den Graben, in dem Matrosen den Sterbenden mit der Muskete den Rest geben. Dann werden sie alle miteinander unter ungelöschtem Kalk begraben.<<

Ein Mitglied der Aufständischen rechtfertigte später die Erschießung der Geiseln (x176/216): >>Wir hegten keine Feindschaft gegen die Geiseln und würden sie auch nicht erschossen haben, wenn Mac-Mahons (Befehlshaber der Regierungstruppen) Heer Paris nicht in einen Riesenfriedhof verwandelt hätte. Die sogenannte reguläre Armee hat 35.000 Menschen hingeschlachtet; wir haben nur hundert erschossen, aber natürlich sind wir die Mörder, wahrscheinlich, weil wir die Besiegten sind. ...<<

Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründeten die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen hielten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 wurden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).

Obwohl die deutschen Truppen alle vorübergehend besetzten französischen Provinzen fair und gerecht verwalteten, vertieften sich die deutsch-französischen Gegensätze. Bismarck begünstigte sogar von 1879-1897 die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes, aber die französische Grundeinstellung blieb trotz alledem unversöhnlich. Nachdem sich Frankreich von der militärischen Niederlage gegen die Deutschen erholt hatte, erhöhte man innerhalb von wenigen Jahren den französischen Heereshaushalt um 3,0 Mrd. Franc (x063/446).

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden mußten, ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13): >>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt



und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zuerst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa damals erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach zunächst den britischen Vorstellungen.

Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

Als die europäischen Siedler und Jäger von 1871-1885 in den großen Ebenen Nordamerikas die riesigen Büffelherden abschlachteten, wurde das Schicksal der nordamerikanischen Präriestämme endgültig besiegelt, denn die Stämme der Arapaho, Cheyenne, Dakota, Kiowa, Komantschen, Sioux, und andere Jagdnomaden ("beste Reitertruppen der Welt") lebten fast nur von der Büffeljagd. Nach der Ausrottung der lebenswichtigen Büffelherden brachen zwangsläufig große Hungerkatastrophen aus. Die einst stolzen, unabhängigen Präriestämme wurden schon bald zu würdelosen Almosenempfängern.

Hehaka Sapa (1863-1950, Mediziner des nordamerikanischen Stammes der Oglala-Lakota) berichtete später über die Ausrottung der für die Ureinwohner lebenswichtigen Büffelherden (x181/1.86): >>Einst waren wir glücklich in unserem Land, und wir waren nur selten hungrig. Zweibeiner und Vierbeiner lebten friedlich nebeneinander wie Brüder, und alle hatten mehr als genug. Aber dann kamen die Wasichu ("die das Fett abschöpfen"), die weißen Menschen und sie machten kleine Inseln im Land für uns und andere kleine Inseln für die Vierbeiner, und diese Inseln werden kleiner und kleiner, denn die brandende Flut der Wasichu nagt an ihnen, eine Flut, die schmutzig ist von Lüge und Gier.

Ich kann mich noch an jene Zeit erinnern, als es so viele Büffel gab, daß wir sie nicht zählen konnten. Aber mehr und mehr Wasichu kamen und töteten sie, bis nur noch Haufen gebleichter Gebeine dort lagen, wo die Büffelherden geweidet hatten. Die Wasichu töteten nicht um der Nahrung willen, sie töteten um des Metalles willen, daß sie verrückt macht. Sie nahmen nur die Häute, um sie zu verkaufen. Manchmal nahmen sie nicht einmal die Häute, sondern

nur die Zungen der Büffel. Manchmal nahmen sie nicht einmal das, sie töteten aus Lust am Töten. Wenn wir auf die Büffeljagd gingen, erlegten wir nur so viel, wie wir zum Leben brauchten.<<

Albert Pike (1809-1891, amerikanischer Rechtsanwalt, Brigadegeneral, Journalist und Autor) erklärte am 15. August 1871 in einem Brief an Giuseppe Mazzini (1805-1872, italienisch-republikanischer Freiheitskämpfer), wie man durch Kriege die Weltherrschaft erreichen könnte.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Illuminaten Albert Pike (x364/46-49): >>...

### **Ein Genie des Bösen**

Albert Pike war ein Genie des Bösen. Er hatte viele Talente, die er ausschließlich destruktiv einsetzte. Außerordentlich belesen, beherrschte er sechzehn antike Sprachen in Rede und Schrift. Er bekannte sich öffentlich zur Satansverehrung und praktizierte schwarze Kunst und alle Formen der Zauberei.

Als Top-Illuminaten arbeiteten Pike und Mazzini zusammen. Pike übernahm die theosophischen Aspekte ihrer Operationen, Mazzini die Politik. Als die Freimaurerlogen des "Großen Orient" aufgrund Mazzinis revolutionärer Aktivitäten in Europa in Verruf kamen, präsentierte der Italiener Pike, der mittlerweile der Meister- vom alten und angenommenen Schottenritus der Freimaurer geworden war, einen genialen Plan. Mazzinis Plan war einfach. Als Mann der Praxis erkannte er, daß man nicht einen Ritus zur Ausschließlichkeit erheben konnte.

In einem Brief an Pike schrieb er am 22. Januar 1870: "Wir müssen allen Verbänden gestatten, wie bisher weiterzuexistieren, mit ihren Systemen, ihren zentralen Organisationen und den verschiedenen Arten der Korrespondenz zwischen hohen Graden derselben Riten, in ihren gegenwärtigen Organisationsformen.

Aber wir müssen einen Superritus schaffen, der unbekannt bleiben soll und in den wir die Maurer hoher Grade nach unserer Wahl berufen werden. Aus Rücksicht auf unsere Mitbrüder müssen sich diese Männer der strengsten Geheimhaltung unterwerfen. Mit diesem obersten Ritus werden wir das gesamte Freimaurertum regieren; er wird die internationale Zentrale werden, die um so mächtiger ist, weil seine Leitung unbekannt sein wird."

Der Historiker Domenico Margiotta berichtet: "Es wurde vereinbart, daß die Existenz dieses Ritus streng geheimgehalten und daß er in den Versammlungen der Logen und inneren Schreine anderer Riten nie erwähnt werden sollte, selbst dann nicht, wenn die Versammlung aufgrund eines Zufalls ausschließlich aus Brüdern der perfekten Weihen bestehen sollte, denn das Geheimnis der neuen Institution dürfte nur unter größten Vorsichtsmaßnahmen einigen wenigen Auserwählten aus den gewöhnlichen hohen Graden offenbart werden."

Pike formte diese ultrageheime Organisation und gab ihr den Namen "Der neue und reformierte palladische Ritus". Er schuf drei oberste Räte, einen in Charleston, South Carolina, einen zweiten in Rom und einen dritten in Berlin.

Der Historiker Dr. Bataille schreibt: "Dieser Super-Ritus freimaurerisch-luziferischen Spiritismus darf nicht mit dem Räderwerk des Hochmaurertums verwechselt werden. Palladismus ist der Kult des Satans in den inneren Schreinen eines Ritus, der allen anderen Riten übergeordnet ist. Er ist ein Kult, eine Religion."

### **Die satanische Doktrin ist Ketzerei**

Das theologische Dogma Albert Pikes ist in den "Instruktionen" niedergelegt, die von ihm am 4. Juli 1889 für die 23 Höchsten Räte der Welt erlassen wurden:

"Folgendes müssen wir der Menge sagen: "Wir verehren einen Gott, aber unser Gott wird ohne Aberglauben angebetet. Euch, den souveränen großen Generalinstruktoren, sagen wir, was ihr den Brüdern der 32., 31. und 30. Grade wiederholen sollt: Die Maurer-Religion sollte von uns allen, die wir Eingeweihte des höchsten Grades sind, in der Reinheit der Luziferischen

Doktrin erhalten werden.

Wäre Luzifer nicht Gott, würde Adonai (der jüdische Gott), dessen Taten Beweise für seine Grausamkeit, Verschlagenheit, seinen Menschenhaß, sein Barbarentum und seine Ablehnung der Wissenschaft sind, würden dann Adonai und seine Priester ihn verleumden?

Ja, Luzifer ist Gott; unglücklicherweise ist Adonai auch Gott. Denn nach dem ewigen Gesetz gibt es Licht nicht ohne Schatten, Schönheit nicht ohne Häßlichkeit, Weiß nicht ohne Schwarz. Das Absolute kann nur in Gestalt zweier Gottheiten existieren: das Dunkel dient dem Licht als Hintergrund, die Statue bedarf des Sockels, die Lokomotive braucht die Bremse.

Die satanische Doktrin ist Ketzerei. Die wahre und reine philosophische Religion ist der Glaube an Luzifer, den Adonai Gleichgestellten. Aber Luzifer, der Gott des Lichtes und des Guten, kämpft für die Menschlichkeit gegen Adonai, den Gott des Dunklen und Bösen" ("La Femme et l'enfant dans la Franc-Maçonnerie Universelle" Weib und Kind im französischen Universalmaurertum - von A. C. de la Rive; sowie "Occult Theocracy" von Lady Queenborough). Die illuminatische Propaganda will uns glauben machen, daß alle Gegner des Christentums Atheisten seien. Das ist eine Lüge, vorsätzlich ins Spiel gebracht, um die geheimen Pläne derer zu maskieren, die die luziferische Verschwörung leiten. Sie bleiben hinter den Kulissen ihre Identität und ihr wahres Ziel sind selbst den meisten Menschen verborgen, die nach ihrem Willen handeln.

Sie wissen, daß der endgültige Erfolg ihrer diabolischen Pläne - die Weltregierung zu stellen - von ihrer Fähigkeit abhängt, die Wahrheit vor den Menschen verborgen zu halten, bis die Entwicklung nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Illuminaten gehen Schritt für Schritt nach einem ausgearbeiteten Plan vor, mit dem sie die Zivilisation systematisch zerstören wollen, um ihre eigene despotische Herrschaft zu errichten.

### **Reif für die wahre Lehre Luzifers**

In einem bemerkenswerten Brief vom 15. August 1871, der bis vor kurzem in der Bibliothek des Britischen Museums in London ausgestellt war, schildert Pike Mazzini Details des luziferischen Plans für drei Weltkriege. Nach seinen Worten "werden wir (im dritten dieser Kriege) die Nihilisten und Atheisten loslassen; wir werden einen gewaltigen gesellschaftlichen Zusammenbruch provozieren, der in seinem ganzen Schrecken den Nationen die Auswirkungen von absolutem Atheismus, dem Ursprung der Grausamkeit und der blutigsten Unruhen klar vor Augen führen wird.

Dann werden die Bürger - gezwungen, sich gegen die Minderheit der Revolutionäre zur Wehr zu setzen - jene Zerstörer der Zivilisation ausrotten, und die Mehrheit der Menschen wird, gottgläubig wie sie ist, nach der Enttäuschung durch das Christentum und daher ohne Kompaß (Führung), besorgt nach einem neuen Ideal Ausschau halten, ohne jedoch zu wissen, wen oder was sie anbeten soll.

Dann ist sie reif, das reine Licht durch die weltweite Verkündigung der reinen Lehre Luzifers zu empfangen, die endlich an die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Sie wird auf die allgemeine reaktionäre Bewegung, die aus der gleichzeitigen Vernichtung von Christentum und Atheismus hervorgehen wird, folgen." ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete später (am 5. Juli 2013) über [Albert Pike \(x1.000/...\)](#): >>**Wie human ist die Freimaurerspitze?**

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinweltherrschaft zu gelangen.

Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (An-

merkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch- atheistische System und dann wollen wir einen Kataklismus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete später (am 5. Dezember 2019) über die jahrhundertealten Pläne der kriminellen Geheimorganisationen (x1.000/...): >>**Jahrhundertealte Geheimpläne**

... Man kann die Weltgeschichte in ihrer vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es nebst unseren sichtbaren sozialen Systemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Religion usw. auch noch geheime Gruppierungen und deren Systeme gibt, die aus dem Hinterhalt heraus operieren. Sie haben mächtigen Einfluß, stellen die Weichen auf allen Ebenen, und so herrschen und regieren sie, ohne daß die hart arbeitende Weltbevölkerung sie wahrnimmt, geschweige denn kennt.

Es sind Gruppierungen, die mit großem Geschick längst die Welt-Finanzströme unter ihre Kontrolle gebracht haben und auf diesem Weg Einfluß auf jedes Land der Welt ausüben: Sie manipulieren jede Politik, jedes Militär, jedes Wirtschaftssystem, jede Wissenschaft, jede Kultur, Religion, Ideologie und was es sonst noch so alles gibt. Sie operieren für das menschliche Auge unsichtbar. Schon seit Jahrhunderten arbeiteten diese Gruppierungen im Geheimen Strategien und Pläne zur Beherrschung der gesamten Welt aus. In ihrem Bewußtsein zählen sie sich zu keiner einzigen Nation oder Rasse dieser Welt.

Die Welt selber ist ihr Fokus. Sie möchten weder über ein Dorf, noch über eine Stadt oder irgendein Land herrschen. Noch nicht einmal über einen oder zwei Kontinente - sie streben vielmehr nach der ultimativen Weltherrschaft. Und um dieses unfaßbare Ziel zu erreichen entwarfen sie von Anbeginn Pläne, wie ihre Geheimorganisation über sämtliche Länder der Erde Herr werden kann.

Die einzelnen Länder und Kontinente sind für diese Globalplayer nichts weiter als seelenlose Spielfelder auf ihrem Monopoly-Spielbrett. Die hart arbeitenden Völker sind für sie lediglich interessant und nützlich, aber in ethisch-moralischer Hinsicht völlig bedeutungslos. Ihr Denken entspricht also nicht dem des allgemeinen Volkes. Normalsterbliche denken in aller Regel kaum weiter als nur gerade vor ihre Nasenspitze. Diese in Geheimbünden organisierten Manipulatoren dagegen denken in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Um auch nur schon eine einzige

Großmacht unter Kontrolle bringen zu können, opfern sie - ohne mit der Wimper zu zucken - ganze Länder und Kulturen.

Um aber sämtliche Länder und Großmächte dieser Welt beherrschen zu können, schrecken sie nicht davor zurück, dieselben zuvor allesamt zu destabilisieren. So organisieren sie Chaos, fiktive Bedrohungen, Kriege und Terror aller Gattung. Und dies bringen sie leicht zustande, weil sie über Billionen-Budgets verfügen. Es geht um gewissenlose Finanz-Oligarchen, die schon seit es Geld gibt, nahezu den gesamten Geldfluß der Erde in ihre privaten Hände manipuliert haben. Ihre Gründer waren gleichsam die Erfinder des Geldes.

Sie haben das Geld mit keiner zweiten Absicht erfunden, als über den Zins- und Zinseszins-Geldfluß alles beherrschen zu können. Seit auch Staatsleute sich ihr Geld borgten, manipuliert dieser Geld- und Wirtschafts-Geheimbund unsere Politiker und sichtbaren Vorsteher frei nach Belieben. Ihre Organisationen nehmen schon seit mehreren hundert Jahren Einfluß auf alle Länder der Welt.

Wir fassen bis hierher zusammen: Man kann den nachfolgenden 100 Jahre-Rückblick politisch-militärischer Entwicklungen auf dieser Welt nur verstehen, wenn man begriffen hat, daß es in Geheimbünden organisierte Oligarchien gibt, die strategisch in Jahrhunderten denken. Um die Völker der Erde beherrschen zu können, planen sie in Jahrzehnte- bis Jahrhundert-Prozessen die strategische Zerstörung aller Groß- und Kleinmächte. Zuweilen planen sie Völkerschicksale wie etwa drei Weltkriege, wie sie schon 1871 durch Albert Pike, einem 33 Grad-Freimaurer klar skizziert wurden.

Zuerst müsse ein 1. Weltkrieg dazu dienen, das zaristische Rußland zu stürzen. Ein 2. Weltkrieg müsse zur Gründung des Staates Israel verhelfen und den Kommunismus stärken. Ein 3. Weltkrieg müsse seinen Anfang durch Kontroversen zwischen muslimischen Führern und dem politischen Zionismus nehmen. Der Rest der Welt soll jedoch, bis zur restlosen Erschöpfung auf allen Ebenen, in diesen Konflikt hineingezogen werden. So der satanische Plan des 33 Grad-Freimaurers und Satanisten Albert Pike (von) 1871.<<

In Brasilien und Kuba wurde im Jahre 1871 die Sklaverei abgeschafft.

Der japanische Kaiser kündigte im Jahre 1871 die allmähliche Modernisierung des Landes an (x233/126): >>Da aber Japans Sitten und Gesetze sehr von denen fremder Länder abweichen, beabsichtigen wir nicht, die Revision sofort vorzunehmen.

Wir werden zunächst die Einrichtungen zivilisierter Nationen studieren, diejenigen annehmen, die Japan am meisten angemessen sind, und allmählich unsere Regierungsform und Gebräuche verbessern, um einen Zustand zu erreichen, der dem der zivilisierten Völker nicht nachsteht. ...<<

## **1872**

Da die katholische Kirche, die im Deutschen Reich nur noch in der Minderheit war, verstärkt gegen einige Gesetze des Deutschen Reichstages protestierte, schränkte Bismarck ab 1872 die bisherigen großen "weltlichen" Kirchenrechte erheblich ein.

Danach begann ein erbitterter "Kulturkampf" um die umstrittenen Abgrenzungsfragen der Staats- und Kirchenrechte. Bismarck ließ die kirchliche Schulaufsicht (1871/72), die kirchlichen Standesämter (1874/75) und die kirchlichen Ausbildungsprüfungen der Geistlichen an staatliche Einrichtungen übertragen. Der Jesuitenorden wurde per Reichsgesetz verboten. Sämtliche Jesuiten mußten ab Juli 1872 das Deutsche Reich verlassen. Außerdem untersagte Bismarck, der selbst ein frommer Christ war, per Gesetz alle politischen Kanzelreden.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-,

Nord-, Ost- und Südeuropa.

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das jedoch während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Bismarck plante langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<

In Spanien begann im Jahre 1872 der 3. "Karlstenkrieg" (1872-76), um sozialistische Unruhen zu bekämpfen und den spanischen König Amadeus I. von Savoyen zu stürzen.

Der britische Staatsmann Benjamin Disraeli (1804-1881, trat 1817 vom Judentum zur anglikanischen Kirche über, 1868 sowie 1874-80 Premierminister) forderte am 24. Juni 1872 während einer Veranstaltung der Konservativen Partei in London eine "neue Kolonialpolitik" (x239/172): >>Wenn Sie auf die Geschichte dieses Landes ... blicken, so werden Sie finden, daß keine Bemühung ... von so viel Energie unterstützt und mit so viel Fähigkeit und Scharfsinn vorangetrieben worden ist, wie die Versuche des Liberalismus, die Desintegration (Auflösung) des Englischen Empire zu erreichen. ...

Es ist uns allen bewiesen worden, daß wir durch unsere Kolonien Geld verloren haben. Es ist mit mathematischer Genauigkeit nachgewiesen worden, daß es noch nie ein Juwel in der Krone Englands gegeben hat, das so wahrhaft teuer gewesen ist, wie der Besitz Indiens. ...

Meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der eine Gelegenheit versäumt, so weit wie möglich unser koloniales Weltreich wiederaufzubauen. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die britischen Illuminaten (x364/49-53): >>... **Sie regieren die Welt**

Lady Queensborough schrieb vor etwa fünfzig Jahren: "Ein positiver Geist kann nicht kontrolliert werden. Wenn man eine okkulte Herrschaft errichten will, muß man den Geist der Menschen passiv und negativ ausrichten. Ein bewußt auf ein genau ins Auge gefaßtes Ziel hinarbeitender Geist ist eine Macht und kann als solche einer anderen Macht - zu gutem oder bösem Zweck - trotzen.

Das Streben nach Weltherrschaft kann allein durch die Aufdeckung dieses Prinzips verurteilt werden; da das Prinzip leider unentdeckt blieb, bleibt jenes Streben ohne Gegnerschaft, Zerstörung, Materialismus, Täuschung - dies sind Albert Pikes drei Ziele. Sie scheinen die heutige Welt zu regieren."

Vor einigen Jahren hörte der Verfasser den Präsidenten eines kleinen, unabhängigen College sagen, daß seit der Jahrhundertwende das "Erziehungssystem vom Kurs der Vernunft abwich und in Strudel und Untiefen geriet, und daß seitdem die Erzieher Gift in den verformbaren, arglosen Geist" der ihnen Anvertrauten geträufelt haben. Das ist völlig zutreffend - bis auf einen Punkt: das Erziehungswesen "wich nicht ab", es "geriet" nicht in Untiefen, sondern es wurde bewußt in sie hineingesteuert.

In seinem Buch "Tragedy and Hope" brüstet sich Professor Carroll Quigley offen, daß er viele Jahre lang ein Top-Insider gewesen sei und über Informationen aus erster Quelle darüber verfüge, wie die Verschwörung sich weltweit entwickelt habe. Über das englische Erziehungswesen schreibt er:

"Bis 1870 gab es in Oxford keinen Lehrstuhl für die Künste, aber in jenem Jahr wurde die Einrichtung dieses Lehrstuhls durch die Slade'sche Schenkung ermöglicht. John Ruskin wurde auf diesen Lehrstuhl berufen. Er schlug in Oxford wie eine Bombe ein nicht weil er über die schönen Künste las, sondern weil er außerdem über das Empire und Englands heruntergekommene Massen sprach und vor allem deshalb, weil er dabei einen moralisierenden Standpunkt einnahm."

John Ruskin (1819 bis 1890) wurde in London als Sohn eines wohlhabenden Weinhändlers geboren, von dem er ein riesiges Vermögen erbte. Sein Biograph Kenneth Clark schreibt in dem Buch "Ruskin Today" über Ruskin:

"Er sah, daß der Staat die Kontrolle über die Produktions- und Verteilungsmittel übernehmen mußte, um sie zum Wohl der Bürger zu organisieren; aber er wollte diese Staatskontrolle in die Hände eines einzigen Mannes legen. "Es ist immer mein Ziel gewesen zu zeigen, daß einige Menschen manchmal auch nur ein Mensch - anderen ewig überlegen sind".

Von der Demokratie hielt er nur sehr wenig. Ich glaube, er hätte den Kommunismus trotz der materialistischen Philosophie gutgeheißen; speziell die Bauernkommunen in China entspre-

chen genau seinem Modell. Er hätte die Kur nicht für übler als die Krankheit gehalten, weil er sich keine üblere Krankheit vorstellen konnte als die kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts."

Kurz, Ruskins Philosophie war reinster Illuminismus. Diese Tatsache ist hinter einer sorgfältig errichtete Fassade verborgen geblieben. "Ruskin sprach zu den Oxford-Studenten als Angehöriger der privilegierten herrschenden Schicht. Er sagte ihnen, sie seien im Besitz einer großartigen Tradition in Hinsicht auf Erziehung, Schönheit, Gesetz und Recht, Freiheit, Anstand und Selbstbeherrschung.

Diese Tradition könne aber nicht bewahrt werden - und verdiene das auch nicht -, wenn sie nicht auch den untersten Schichten der englischen Gesellschaft und den nicht-englischen Massen überall in der Welt zugänglich gemacht würde. Wenn die kostbare Tradition nicht auf diese beiden großen Mehrheiten ausgedehnt werde, würden diese die Minderheit der oberen zehntausend in England ein für allemal überwuchern, was das Ende der Tradition wäre. Um diese Entwicklung zu verhindern, müßten die Massen und das Empire der Tradition teilhaftig werden."

Ruskin und seine verborgenen Hintermänner hatten einen verlockenden Köder ausgelegt, der von seinen Studenten, die alle aus der "obersten Schublade" der englischen Gesellschaft stammten, gierig verschlungen wurde.

### **Die äußeren Ringe des Bundes der Helfenden**

Quigley schreibt dazu: "Ruskins Botschaft hatte eine sensationelle Wirkung. Seine Antrittsvorlesung wurde von einem der Studenten, Cecil Rhodes, der sie dreißig Jahre lang aufbewahrte, wörtlich mitgeschrieben. Cecil Rhodes (1853 bis 1902) beutete die Diamant- und Goldvorkommen Südafrikas aus, stieg bis zum Premierminister der Kapkolonie auf (1890 bis 1896), unterstützte politische Parteien mit Geld und kontrollierte Parlamentarier in England und Südafrika.

In beiden Ländern gelang es ihm, begeisterte Unterstützung für seine Ziele zu erlangen. Mit der finanziellen Hilfe Lord Rothschilds und Alfred Beits gelang es ihm, die südafrikanischen Diamantenfelder ... zu monopolisieren und ein riesiges Goldschürf-Unternehmen ... zu errichten.

Mitte der 90er Jahre hatte Rhodes ein jährliches Privateinkommen von mindestens einer Million Pfund Sterling, die er so freigebig für seine mysteriösen Vorhaben ausgab, daß sein Konto in der Regel überzogen war. Sein Hauptziel war es, die englischsprechenden Völker zu vereinen und alle bewohnbaren Gegenden der Erde unter ihre Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck steckte Rhodes Teile seines Riesenvermögens in die Gründung der Rhodes-Stipendien in Oxford, um so die Tradition der englischen herrschenden Klasse im Sinne Ruskins über die gesamte englischsprachige Welt zu verbreiten."

Professor Quigley zählt im folgenden auf, wieviele Mitglieder der britischen Oberklasse "ergebene Schüler" Ruskins wurden und ihr ganzes Leben dem Verfolg seiner Ideen widmeten.

Am 5. Februar 1891 schloß sich Rhodes' Gruppen mit einer von William Stead, "einem glühenden Sozialreformer", in Cambridge angeführten Gruppe zusammen, um die "Geheimgesellschaft zu gründen, von der Rhodes seit sechzehn Jahren geträumt hatte".

Diese Geheimgesellschaft hatte wie Adam Weishaupts Illuminaten "äußere Ringe", die als "Bund der Helfenden" bekannt waren. In den Gruppen von 1909 bis 1913 organisierte Lord Alfred Milner halbgeheime Gruppen, die als Round-Table-Gruppen bekannt wurden, in den bedeutendsten britischen Kolonien und den Vereinigten Staaten.

Sie blieben miteinander in Verbindung durch persönliche Korrespondenz, häufige Besuche und eine einflußreiche vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "The Round Table", die 1910 gegründet und hauptsächlich mit Sir Abe Baileys Geld finanziert wurde. 1919 gründeten sie das königliche Institut für Internationale Angelegenheiten (Chatham House), dessen Haupt-



Sponsoren Sir Abe Bailey und die Astor-Familie (Besitzer der "Times") waren.

Nach 1925 wurde eine ähnliche Organisationsform, das Institut für Beziehungen im Pazifischen Raum, in zwölf pazifischen Ländern etabliert, deren Sektionen in jeder britischen Kolonie mit der dortigen Round-Table-Gruppe und dem Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten verzahnt waren.

Die Macht und der Einfluß dieser Rhodes-Milner-Gruppe auf Angelegenheiten des Empire und die Außenpolitik nach 1889 sind, obwohl sie nicht allgemein erkannt wurden, kaum zu überschätzen.

Ähnliche Institute für internationale Angelegenheiten wurden von 1919 bis 1927 in den wichtigsten britischen Kolonien und in den Vereinigten Staaten errichtet, wo sie als Rat für äußere Beziehungen - Council on Foreign Relations, CFR - bekannt wurden. ...<<

Der deutsche Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833-1905, reiste durch Süd- und Ostasien sowie Kalifornien, erforschte von 1868-72 China) schrieb um 1872 über seine Forschungsreise durch China (x239/193): >>Jetzt versuche ich, etwas mehr Aufmerksamkeit für einen neuen Handelsweg nach dem südwestlichen China zu erregen, den die Franzosen in Angriff nehmen, während die anderen Nationen mit verbundenen Augen zusehen. ...

Es handelt sich dort um die Hebung großer Schätze von Kupfer, Zinn und anderen Metallen, die außerordentlich billig produziert werden, bis jetzt aber nie einen Ausweg finden konnten.

...

Allein China birgt andere Schätze für den Weltmarkt, welche ihrer Hebung warten. Der Bedeutendste unter ihnen ist die unermesslich große, überaus billige und intelligente Arbeitskraft. ... Das mechanische Talent des Chinesen macht es ihm leicht, auf allen Gebieten der technischen Industrie die ihm gelehrten Handgriffe mit Geschicklichkeit auszuführen. Zähle Ausdauer und äußerste Geduld unterstützen dabei sein Aneignungstalent. ... Er erfüllt am vollkommensten das Ideal einer menschlichen Arbeitsmaschine, nicht allein, weil er gleichförmig wie eine Maschine, sondern auch weil er zugleich intelligent arbeitet. ...

Fremdes Kapital wird nicht verfehlen, die Gelegenheit zur billigen Herstellung von Manufakturen für den Weltmarkt zu benutzen. ...<<

Im Jahre 1872 wurde in Japan die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

### **1873**

Der preußische Staat kontrollierte ab 1873 die Priesterausbildung und kirchliche Anstellungen.

Am 10. März 1873 begründete Bismarck den preußischen Kulturkampf (x056/267, x239/152): >>Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, ... wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, ... nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, ... sondern um den uralten Machtstreit ... zwischen Königtum und Priestertum ...<<

>>... Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen. ...

Das Programm ist bekannt. ... Das Programm ... ist die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche. ...

Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ... ist zu beurteilen, wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. ...

Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, ... wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte.

Es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königs-

herrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks "Kulturkampf" (x057/166): >> Schon gleich nach der Reichsgründung war die Zentrumspartei in offenem Gegensatz zu Bismarck getreten. Als eine Anzahl geistlicher Lehrer an Schulen und Universitäten sich dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes, das vom Vatikanischen Konzil in Rom verkündet war (1869/70), nicht unterwerfen wollte ("Altkatholiken"), forderte die katholische Kirche deren Absetzung durch den Staat. Die Regierungen der Bundesstaaten weigerten sich, und der alte Streit zwischen Staat und Kirche war wieder ausgebrochen ("Kulturkampf").

In Preußen ergingen die "Maigesetze" (1873), wonach dem Staat ein wesentlicher Einfluß auf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen eingeräumt worden war. Ferner wurden die Jesuiten und Mitglieder verwandter Orden ausgewiesen, die staatliche Aufsicht über die Volksschulen eingerichtet und die standesamtliche Zivilehe an Stelle der kirchlichen eingeführt.

Zahlreiche Bischöfe und Pfarrer, die sich nicht fügten, wurden mit Gefängnis bestraft. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, so daß Bismarck sich zur Aussöhnung und Rücknahme der Maigesetze bereit finden mußte, als Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg (1878). Nur die Ausweisung der Jesuiten, die staatliche Schulaufsicht und die Zivilehe blieben bestehen.<<

Während des preußischen "Kulturkampfes" bekämpfte die Regierung die katholische Kirche auch in den "neuen Provinzen" und versuchte die polnische Bevölkerung mit allen Mitteln zu germanisieren. In den polnischen Schulen wurde ab 1873 die polnische Unterrichtssprache verboten und seit 1876 galt nur noch die deutsche Amtssprache.

Im Oktober 1873 ereignete sich an der Berliner Börse ein Kurssturz, da zahlreiche Aktiengesellschaften in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Die Hauptursachen für die Börsenkrise waren jedoch vor allem Firmenzusammenbrüche in Ungarn, Österreich und in den USA aufgrund von Spekulationsgeschäften (x092/603).

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über die Folgen dieser Finanzkrise für die jüdische Bevölkerung (x051/29): >> Antisemitismus ... Grundlage des Antisemitismus bildete die Minoritätensituation, in der die Juden in vielen europäischen Nationalgesellschaften lebten.

Die Minorität der Juden wurde, wie grundsätzlich auch andere Minoritäten, zum Objekt der Aggression für die Majorität. Die Juden übernahmen die Rolle des Sündenbocks, dem man die Schuld oder doch wenigstens die Mitschuld am nationalen Unglück zuschrieb.

Als der historische Augenblick für die Entstehung des modernen Antisemitismus in Deutschland ist die ökonomische und soziale Krise von 1873 anzusehen, die "Gründerkrise", die Teil einer Weltwirtschaftskrise war und eine Phase der Depression einleitete. Ein tiefer Pessimismus griff um sich und äußerte sich als Kritik am "Geist des Kapitalismus".

Negativ wirkte sich nun auch die Schwäche des politischen Liberalismus in Deutschland aus, dem es bisher nicht gelungen war, die Gesellschaft tiefgreifend zu prägen. Die Krise wurde von den antiliberalen Kräften als Chance für eine Gegenbewegung begriffen, in der die Gesellschafts- und Kulturpolitik eine zentrale Stellung einnahm.

Seit Mitte der 1870er Jahre entwickelte sich eine antisemitische Publizistik, an der sich die ursprünglich liberale "Gartenlaube", die konservative "Kreuzzeitung" sowie katholische Blätter beteiligten. Ein erster Höhepunkt lag in der rassistischen Publizistik von Marr und den Massenversammlungen des Hofpredigers Stoecker während des Jahres 1879, als der Begriff Antisemitismus gebräuchlich wurde. Im November 1880 kam es aufgrund einer "Antisemiten-Petition" zu einer Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus, in der sich Fraktionsmitglieder

der Konservativen und des Zentrums gegen die Juden äußerten.

In der ökonomischen Krise von 1873, die eine kapitalistische Systemkrise darstellte, wäre theoretisch auch eine Ableitung gesellschaftlicher Aggressionen auf die sozialistische Arbeiterbewegung denkbar gewesen.

Daß dann vorrangig die Juden angegriffen wurden, läßt sich aus den besonderen Bedingungen der jüdischen Existenz in Deutschland erklären. Die Juden bildeten im 18. Jahrhundert neben Bürgertum, Klerus und Adel eine Randgruppe der ständischen Gesellschaft. Der Prozeß der Überwindung der ständischen Gesellschaft verlief bei den Juden parallel zu dem des Bürgertums, war aber in Deutschland mit großen Schwierigkeiten, Rückschlägen und ständigen Kompromissen verbunden.

So wie sich das Bürgertum in Deutschland während des 19. Jahrhunderts immer wieder mit Teilmodernisierungen zufriedengeben mußte, ohne das es seinen Herrschaftsanspruch voll durchsetzen konnte, so war auch das Judentum auf Zwischenschritte im Prozeß der Emanzipation angewiesen.

Die Judenfrage blieb über mehrere Generationen ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung; immer neue Diskussionen führten dazu, daß die antijüdischen Stereotypen, deren Wurzeln bis ins Mittelalter zurückreichten, stets neu belebt wurden.

So kann es nicht überraschen, daß wenige Jahre nach dem Abschluß der Emanzipation durch die Reichsgesetzgebung von 1871 die Judenfrage im Sinne des Antisemitismus neu aufgeworfen werden konnte.

Hinzu kam, daß die Juden als soziale Gruppe spezifische Merkmale aufwiesen, die ihre Verbindung mit der ökonomischen Krise nahelegten: Sie waren überdurchschnittlich in Banken, Handel und Presse tätig, sie profitierten von den Aufstiegsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems und waren vielfach "Wortführer der Traditionskritik und einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft" (Rürup).

Wenn allerdings der Antisemitismus an den Judenhaß des Mittelalters und der frühen Neuzeit anknüpfte, so bestanden doch große Unterschiede.

Der Antisemitismus war eine Bewegung, der sich nicht wie der Judenhaß des Mittelalters gegen die Religion der Juden richtete, sondern sich an der Situation nach dem Abschluß der Emanzipation entzündete. ...<<

Papst Pius IX. kritisierte am 7. August 1873 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I. die preußischen Kulturkampfgesetze gegen die katholische Kirche (x092/602): >>Majestät!

Sämtliche Maßregeln, welche seit einiger Zeit von Eurer Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab.

Wenn ich mit mir selber darüber zu Rate gehe, welche Ursachen diese sehr harten Maßnahmen veranlaßt haben mögen, so bekenne ich, daß ich keine Gründe auffinden kann.

Andererseits wird mir mitgeteilt, daß Eure Majestät das Verfahren Eurer Regierung nicht billigen. ...

Ich rede mit Freimut, denn mein Panier (Wahlspruch) ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, welche darin besteht, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. ...<<

Die Republikaner zwangen den spanischen König Amadeus I. von Savoyen im Jahre 1873 zur Abdankung. Die Cortes (spanische Volksvertretung) rief danach die Erste Republik Spaniens aus. Nach Errichtung der Republik erhielt das wirtschaftlich dominierende Katalonien ein Autonomiestatut, um die seit dem 19. Jahrhundert in Katalonien entstandenen Unabhängigkeitsbewegungen zu befrieden.

Die Republikaner konnten jedoch weder eine starke Regierung noch geordnete Verhältnisse in Spanien schaffen, denn die 1. Republik wurde durch den 3. Karlistenkrieg, die kubanischen Aufstände und die Unruhen in den Provinzen im Süden und Südosten des Landes entschei-

dend geschwächt.

Französische Truppen besetzten ab 1873 Tongking (Vietnam).

#### **1874**

General Martinez Campos erhob sich 1874 in Sagunto, um die Rückkehr der Bourbonen (Restauration der französischen Bourbonenherrschaft) durchzusetzen. Nach dem Militärputsch wurde die Monarchie reaktiviert und Alfons XII. (1857-1885, Sohn der Königin Isabella II.) im Jahre 1874 zum König Spaniens ernannt.

Der französische Publizist Paul Leroy-Beaulieu erläuterte im Jahre 1874 die großen Vorteile von Kolonien (x239/174): >>Die große Nützlichkeit der Kolonien liegt nicht allein darin, daß sie als Auffangbecken für den Bevölkerungsüberschuß des Mutterlandes dienen, und auch nicht darin, daß sie dessen überschüssiges Kapital ein Betätigungsfeld unter besonders rentablen Bedingungen eröffnen.

Darüber hinaus wird durch sie der Handel des Mutterlandes zu dynamischer Entfaltung ange-regt, wird die Industrie aktiviert und in Gang gehalten; die Bevölkerung des Mutterlandes, Industrielle, Arbeiter und Verbraucher, erlangen durch sie wachsende Gewinne, Löhne und Annehmlichkeiten. ...

Die expansive Kraft eines Volkes, seine Fähigkeit zur Fortpflanzung, seine Ausweitung und Vervielfachung über räumliche Grenzen hinweg liegt in der Kolonisation. Sie ist die Unterwerfung des gesamten oder eines Teils des Universums unter seine Sprache, Sitten, Ideen und Gesetze.

Ein Volk, das kolonisiert, ist ein Volk, welches das Fundament für seine Größe in der Zukunft und für seine künftige Vorherrschaft legt. Alle lebendigen Kräfte der kolonisierenden Nationen erfahren eine Intensivierung durch diese Ausbreitung ihrer überschüssigen Energien. ...<<

#### **1875**

Gemäß Reichspersonenstandsgesetz wurde am 6. Februar 1875 die Zivilehe (durch Eheschließung vor dem Standesbeamten begründete Ehe) im gesamten Deutschen Reich gesetzlich vorgeschrieben. Die kirchliche Eheschließung durfte erst nach der standesamtlichen erfolgen. Die Ehescheidung wurde ebenfalls zivilrechtlich geregelt.

Reichskanzler Bismarck ließ ferner alle kirchlichen Orden (außer Krankenpflegeorden) verbieten. Pfarrer, die sich den neuen Gesetzen nicht unterordneten, erhielten kein Gehalt mehr und illoyalen Geistlichen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründeten im Jahre 1875 durch Zusammenschluß von ADAV und SDAP in Gotha die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands".

Wilhelm Liebknecht forderte im Programm dieser neuen Partei (x145/126): >>... Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen, nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. ...<<

Ab 1875 lehnten sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Ab 1875 führten die Türken jahrelang ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, um den westeuropäischen Wirtschaftsstandard zu erreichen.

Die kostspielige Modernisierung endete später schließlich mit dem Staatsbankrott des Landes (Verpfändung der türkischen Staatseinnahmen, ab 1881 internationale Schuldenverwaltung).

Als die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) brach, rief der Sioux-Häuptling Sitting Bull im Jahre 1875 zum Kampf gegen die europäischen Eindringlinge auf (x181/2.32):

>>Brüder seht, es ist Frühling geworden. Die Sonne hat die Erde umarmt. Alle Samen sind erwacht, alle Tiere haben neu zu leben begonnen. Von dieser großen, geheimnisvollen Kraft stammt auch unser Leben. Daher gewähren wir all unseren Nachbarn, selbst den Tieren, das gleiche Recht, das auch wir beanspruchen: das Recht, in diesem Land zu leben.

Klein und schwach waren sie, als unsere Väter sie kennenlernten, aber nun sind sie groß und anmaßend geworden. Die Liebe zum Besitz ist eine Krankheit, an der sie alle leiden. Sie haben viele Gesetze gemacht, die die Reichen brechen dürfen, die Armen aber nicht. Sie nehmen Steuern von den Armen und Schwachen und unterstützen damit die Reichen, die über die anderen herrschen.

Sie beanspruchen unsere Mutter, die Erde, als ihr Eigentum und bauen Zäune, um die Nachbarn fernzuhalten. Sie schänden die Erde mit ihren Bauwerken und ihrem Abfall. Das Volk der Weißen gleicht einem Fluß, der im Frühling über die Ufer tritt und alles in seinem Umkreis zerstört.

Wir können nicht Seite an Seite mit ihnen leben. Vor 7 Jahren erst schlossen wir ein Vertrag, der uns das Büffelland für immer zusprach. Nun wollen sie es uns wegnehmen. Brüder, sollen wir uns ihnen unterwerfen? Oder sollen wir zu ihnen sagen: "Bevor ihr das Land meiner Väter in Besitz nehmt, müßt ihr mich zuerst töten." ...<<

## **1876**

Um 1876 gab es in den preußischen Provinzen fast keine katholischen Pfarrer mehr und die meisten katholischen Bischöfe Preußens waren in Haft oder geflohen.

Ein Zeitzeuge berichtete damals über die Auswirkungen des "Kulturkampfes" (x239/154):

>>Wie eine vergiftete Atmosphäre, wie eine Art Krankheit lag es in jenen Tagen über unserem Vaterlande. Katholik und Reichsfeind, katholisch und vaterlandslos ... waren gleichwertige Begriffe. ...

Die konfessionellen und politischen Gegensätze waren so groß, daß ein klaffender Riß durch die Gesellschaft ging, der Spaltung und Zwietracht bis in den Schoß der Familie hinein trug.

Namentlich in den kleinen und mittleren Städten waren die Katholiken aus den gesellschaftlichen Kreisen und vom freundschaftlichen Verkehr mit Nichtkatholiken nahezu ausgeschaltet.

... In einzelnen Städten, so in Mönchengladbach und Düsseldorf, wurden sogenannte "schwarze Listen" gedruckt und in den Kreisen der liberalen Parteigenossen verbreitet, in der Absicht, dadurch auf die "ultramontanen" (päpstliche gesinnten) Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben oder sie seitens der liberalen Kundschaft boykottieren zu lassen.

Wenn gar politische oder kommunale Wahlen die Leidenschaften noch mehr aufgewühlt hatten, war die Entlassung von Arbeitern und Privatbeamten, die ihrer Überzeugung nach für Zentrumskandidaten ihre Stimme abgegeben hatten, durchaus keine Seltenheit. ...

Die ... (Prozesse) gegen die "ultramontane" Presse mehrten sich in auffälliger Weise, und die untergeordneten Organe der Justiz und der Polizei ließen sich in vielen Fällen offenbare Gesetzesverletzungen bei Beschlagnahme und Haussuchungen zuschulden kommen. ...<<

Die deutsche Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1833-1919, publizierte seit 1872 Schriften über die Frauenemanzipation) forderte im Jahre 1876 in ihrem Buch "Der Frauen Natur und Recht" die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>... Es gilt euch zu retten, Ihr Frauen, aus dem traurigen, dumpfen Einerlei ... eures vegetierenden Daseins. ...

Fordert das Stimmrecht, denn nur über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau!

Ohne politische Rechte seid ihr, eure Seelen mögen vor ... Güte und Edelsinn überfließen, ... machtlos. ...

Organisiert euch! ...

Verlaßt euch nicht auf die Hilfe der ... Männer! ...

(Bald werden) die Frauen nicht den Männern, sondern sich selbst gehören. ...

Die Menschenrechte haben kein Geschlecht!<<

Im damaligen öffentlichen Leben waren politische Mitwirkungsrechte der Frauen noch völlig undenkbar. Im Deutschen Reich erhielten die Frauen erst im November 1918 das Wahlrecht (Finnland: 1906, Dänemark: 1915, USA: 1920, England: 1928, Spanien: 1931, Frankreich: 1944, Griechenland: 1952, Schweiz: 1971).

Die Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" veröffentlichte im Jahre 1876 folgenden antisemitischen Artikel (x261/156): >>Nicht länger dürfen falsche Toleranz und Sentimentalität, leidige Schwäche und Furcht uns Christen abhalten, gegen die Auswüchse, Ausschreitungen und Anmaßungen der Judenschaft vorzugehen.

Nicht länger dürfen wir's dulden, daß die Juden sich überall in den Vordergrund, an die Spitze drängen, überall die Führung, das große Wort an sich reißen.

Sie schieben uns Christen stets beiseite, sie drücken uns an die Wand, sie nehmen uns die Luft und den Atem. Sie führen tatsächlich die Herrschaft über uns; sie besitzen eine gefährliche Übermacht, und sie üben einen höchst unheilvollen Einfluß.

Seit vielen Jahrhunderten ist es wieder zum ersten Mal, daß ein fremder, an Zahl so kleiner Stamm die große eigentliche Nation beherrscht.

Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, daß ein heimatloses Volk, eine physisch wie psychisch entschieden degenerierte Rasse bloß durch List und Schlaueit, durch Wucher und Schacher über den Erdkreis gebietet.

Von den Juden können wir lernen. Vom getauften Minister bis zum polnischen Schnorrer bilden sie eine einzige Kette, machen sie, festgeschlossen, bei jeder Gelegenheit Front gegen die Christen.<<

Der deutsche Liedersammler, Dichter und Sänger Franz Wilhelm Freiherr von Dittfurth (1801-1880) veröffentlichte im Jahre 1876 das sozialkritische Lied "Wer jetzig Zeiten leben will" (x846/...):

>>Wer jetzig Zeiten leben will,  
Muß hab'n ein tapfer's Herze,  
Es sein der argen Feind so viel,  
Bereiten ihm groß Schmerze.  
Da heißt es steh'n ganz unverzagt  
In seiner blanken Wehre,  
Daß sich der Feind nicht an uns wagt,  
Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,  
Dazu verhilft betrügen;  
Wer sich sonst noch so redlich hält,  
Muß doch bald unterliegen,  
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,  
Das sind nur alte Geigen:  
Betrug, Gewalt und List vielmehr,  
Klag du, man wird dir's zeigen.

Doch wie's auch kommt, das arge Spiel,  
Behalt ein tapfer's Herze,  
Und sind der Feind auch noch so viel,  
Verzage nicht im Schmerze.

Steh gottgetreulich, unverzagt,  
In deiner blanken Wehre:  
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,  
Es geht um Gut und Ehre!<<

Der russische General Tschernajew forderte im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<

Im Jahre 1876 erfolgte ein Aufstand der Bulgaren gegen die türkisch-islamische Unterdrückung, den die Türken jedoch blutig niederschlugen. Der bulgarische Freiheitskampf kostete über 30.000 Todesopfer.

Abdul Hamid II. (1842-1918) wurde im Jahre 1876 Sultan und beendete den türkischen Reformkurs. Der Sultan zerstörte damit die letzte Hoffnung, das brüchige Osmanische Großreich zu retten. Als Abdul "der Verdammte" die Reformer systematisch inhaftieren ließ, flohen Tausende ins Exil (vorwiegend nach Paris).

Im Osmanischen Reich wurde zwar im Jahre 1876 die Sklaverei abgeschafft, aber im selben Jahr wurden Zehntausende von Armeniern (je nach Schätzung zwischen 40.000 bis 300.000 Armenier) in der Türkei massakriert (x075/61).

König Leopold II. von Belgien (1865-1909) berichtete im Jahre 1876 über die belgischen Kolonien in Afrika (x237/211): >>Den einzigen Teil unseres Erdballs für die Zivilisation öffnen, wo sie noch kaum hingedrungen ist; die Finsternis durchstoßen, die ganze Völker umhüllen: das ist ... ein würdiger Kreuzzug für unser Jahrhundert des Fortschritts. ...<<

Im Jahre 1876 wurde in Großbritannien die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Bei der Schlacht am Little Bighorn River in Südmontana errangen die nordamerikanischen Präriestämme, unter Führung der Häuptlinge Crazy Horse (um 1839-1877) und Sitting Bull (um 1831-1890), im Jahre 1876 ihren letzten großen Sieg.

Die 7. US-Kavallerie (260 Soldaten) wurde von ca. 2.000 Kriegerern der Sioux, Arapaho und Cheyenne umzingelt und bis zum letzten Mann niedergemetzelt. Bei diesem Kampf fiel auch der karrieresüchtige Oberst Georg A. Custer (1839-1876, ein berühmter "Indianerschächter").

Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärte die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) für ungültig und ließ die siegreichen Ureinwohner gnadenlos verfolgen.

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 wurden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

## **1877**

Infolge der äußerst brutalen türkischen Unterdrückungsmaßnahmen in der Herzegowina (1875) und in Bulgarien (1876) griff Rußland direkt ein (angeblich um die Balkan-Christen zu befreien) und begann im Jahre 1877 den russisch-türkischen Krieg.

Die wichtigsten russischen Expansionsziele waren: Beherrschung des Mittleren Ostens, des Balkans und der Meerengen, Eroberung von eisfreien Häfen und Zugang zu den Weltmeeren (einschließlich Mittelmeer) sowie Befreiung der griechisch-orthodoxen Christen.

Ab 1877 begann in Rußland die Industrialisierung.

Cecil Rhodes (1853-1902, späterer Ministerpräsident der englischen Kapkolonie) erläuterte im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende

aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da (Gott) offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Im Jahre 1877 ließ die US-Regierung die letzten Besatzungstruppen aus den Südstaaten abziehen (x058/189).

## 1878

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumspartei (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt wurden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebte, vermutete Bismarck die Täter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schrieb im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.

Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<

Reichskanzler Bismarck schrieb am 12. August 1878 an den bayerischen König Ludwig II. (x272/82-83): >>... Das Anwachsen der demokratischen Partei, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen, die Versagung der Unterstützung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstages drängt schließlich den deutschen Fürsten, ihren Regierungen und allen Anhängern der staatlichen Ordnung eine Solidarität der Notwehr auf, welche die Demagogie der Redner und der Presse nicht gewachsen sein wird.

Der Zweck des Deutschen Reiches ist der Rechtsschutz; die parlamentarische Tätigkeit ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgefaßt worden. ...<<

Der Abgeordnete August Bebel erklärte während seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 zu den umstrittenen "Sozialistengesetzen" (x239/156): >>Wenn es nicht mehr gestattet wird, unsere eigene gesamte Literatur zu verbreiten, so werden wir selbstverständlich wissen, uns die einschlägige nicht verbotene in- und ausländische Literatur in passender Weise zugänglich zu machen. Sie mögen da machen, was Sie wollen. ...

Dabei haben wir ... die Gewißheit, daß die Neugierde schon allein bewirken wird, daß diese sogenannten staatsgefährlichen Broschüren und Schriften massenhaft gelesen werden. ...

Meine Herren ... Sie können uns gar nicht besser nützen als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Sozialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker als je zuvor. ...<<



Am 21. Oktober 1878 wurde das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (sogenanntes "Sozialistengesetz") erlassen (x263/154-155):

>>§ 1 Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. ...

§ 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in ... gefährdende Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtete später über die Folgen des Sozialistengesetzes (x056/270): >>Sobald das Gesetz verkündet und in Kraft getreten war, fielen die Schläge hageldicht. Binnen weniger Tage war die gesamte Parteipresse mit Ausnahme des "Offenbacher Tageblatts" und der "Fränkischen Tagespost" in Nürnberg unterdrückt.

Das gleiche Schicksal teilte die Gewerkschaftspresse mit Ausnahme des Organs des Buchdruckerverbandes, des "Korrespondenten". ... Ebenso verfielen der Auflösung die zahlreichen lokalen sozialdemokratischen Arbeitervereine, nicht minder die Bildungs-, Gesangs- und Turnvereine, an deren Spitze Sozialdemokraten standen.

Da die gleichen Maßnahmen wie in Berlin und Leipzig fast überall gegen uns getroffen wurden, hatten wir im Lauf von wenigen Monaten für Hunderte von Existenzen und deren Familien zu sorgen. ...

Die Unterbringung der Ausgewiesenen in eine Arbeitsstellung wurde uns sehr schwer gemacht. Die wirtschaftliche Krise befand sich noch auf voller Höhe. ... War es einem Ausgewiesenen geglückt, eine Stelle zu erhalten, flugs erschien die Polizei und denunzierte den armen Teufel seinem Arbeitgeber, der ... den eben erst angenommenen Arbeiter entließ. Der mußte jetzt ... aufs neue ... zum Wanderstab greifen. Für Männer in fortgeschrittenen Jahren ein hartes Los.

... Durch die Verfolgung aufs äußerste verbittert, zogen sie von Stadt zu Stadt, suchten überall die Parteigenossen auf, die sie mit offenen Armen aufnahmen, und übertrugen jetzt ihren Zorn und ihre Verbitterung auf ihre Gastgeber, die sie zum Zusammenschluß und zum Handeln anfeuerten. Dadurch wurde eine Menge ... geheimer Verbindungen geschaffen, die ohne Agitation der Ausgewiesenen kaum entstanden wären.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über den "Sozialismus" (x815/55,58-59): >>Sozialismus, nach dem in der Wissenschaft noch heute üblichsten, auch in der deutschen Gesetzgebung und im großen Publikum herrschenden Sprachgebrauch die Bezeichnung für eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes System zur Lösung der Arbeiterfrage.

Dieser Sozialismus unterscheidet sich scharf von dem Kommunismus, obschon er mit demselben manche Grundanschauungen teilt, namentlich den Glauben an die unbedingte Lösung dieser Frage, die ausschließliche Zurückführung der für sie in Betracht kommenden Übelstände auf verkehrte menschliche Einrichtungen und die Forderung einer gänzlichen Umgestaltung des Wirtschaftsorganismus, der Rechtsordnung und des Staatswesens der Kulturvölker, nach welcher unter Beseitigung der individuellen wirtschaftlichen Freiheit die Gesamtheit die Verantwortlichkeit und Sorge für die ökonomische und soziale Lage der Einzelnen zu übernehmen habe.

Die ihm eigentümlichen, von allen anderen sozialpolitischen Richtungen verschiedenen Anschauungen und praktischen Forderungen haben sich erst allmählich in der Geschichte des Sozialismus klarer und schärfer herausgebildet. Dieselben sind heute folgende: der Kernpunkt der sozialen Frage ist ihm die ungerechte Verteilung der Güter, und diese führt er vorzugsweise auf die Einrichtung des privaten Grundeigentums und Erbrechts und auf die freie individualistische und kapitalistische Produktionsweise mit der Trennung von Unternehmern und

Lohnarbeitern, mit dem Eigentum der ersteren an den Produktionsmitteln und der Herrschaft des "ehernen Lohngesetzes" über die letzteren zurück.

Er vertritt die falsche Ansicht der älteren englischen Nationalökonomien, daß allein die Arbeit Werte erzeuge, und behauptet, daß infolge jener Ursachen die bisherige Vermögensbildung und die heutige Verteilung der neu produzierten Güter auf einer Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Unternehmer, Grundeigentümer und Kapitalisten, mit anderen Worten der Nichtbesitzenden durch die besitzende Klasse beruhe.

Diese ungerechte Verteilung ist ihm die wesentliche Ursache des Proletariats und aller anderen Übelstände in den unteren Volksklassen. Beseitigung dieser Übelstände erwartet er nicht wie der Kommunismus von der völligen Gleichheit aller, aber doch von einer sehr starken Ausgleichung der ökonomischen und sozialen Unterschiede und von einer gesellschaftlichen Verfassung, in welcher allein die Arbeit einen Anspruch auf Einkommen und Vermögen gibt. Das Einkommen soll nur noch Arbeitsertrag sein.

Bekämpft wird deshalb das private Grundeigentum, das Erbrecht und die Kapitalrente (Kapitalzins und Kapitalgewinn). Jene beiden Rechtsinstitutionen sollen durch Gesetz, diese Einkommensart soll durch eine neue Organisation der Produktion: die sozialistisch-genossenschaftliche ("kollektivistische") Produktionsweise, abgeschafft werden.

Das Wesen dieser besteht darin, daß nur noch in genossenschaftlichen Kollektivunternehmungen in planmäßiger Regelung (Beseitigung der Lohnarbeit und soziale Organisation der Arbeit) produziert wird, in welchen das Eigentum an den Produktionsmitteln (Grundstücken und Kapitalien) Kollektiveigentum der Gesellschaft ist und der Ertrag nur an die Arbeiter und gerecht verteilt wird (Beseitigung des Einkommens aus Kapital und Grundstücken und des "ehernen Lohngesetzes").

Diese Umwandlung der bisherigen Produktionsweise in die sozialistische und die planmäßige Regelung der letzteren soll durch den Staat geschehen. ...<<

>>... In der Geschichte der sozialistischen Agitation ist die Phase des friedlichen, doktrinären Sozialismus und die des gewaltsamen, praktischen Sozialismus zu unterscheiden. ...

Neue sozialistische Systeme und Forderungen werden aufgestellt nicht mehr als wissenschaftliche Theorien, sondern als Programme praktischer Agitationsparteien.

Die Vertreter derselben wenden sich nun mit ihren Lehren direkt an die unteren Volksklassen, um sie zum Sozialismus zu bekehren und für dessen Durchführung zu gewinnen; sie werden Arbeiteragitatoren.

Ein Hauptmittel ihrer Agitation wird es, bei den unteren Klassen die Gefühle der Erbitterung und des Hasses nicht bloß gegen die bestehenden Zustände des öffentlichen Lebens, sondern auch gegen die Träger der Staatsgewalt und gegen die besitzenden Klassen zu erzeugen.

Das ökonomische sozialistische Programm wurde hiermit ein radikaleres, und da es durch den Staat verwirklicht werden sollte, wurde die Bewegung eine politische.

Da man sich sagen mußte, daß die bestehenden Staaten die sozialistischen Wünsche nicht erfüllen würden, wurde die Erlangung der Herrschaft im Staat für die Lohnarbeiterklasse in das Programm aufgenommen und das praktische Ziel. Die sozialistische Partei wurde eine sozialdemokratische.

Naturgemäß gesellten sich nun weitere politische Forderungen (betreffend die Verfassung des Staates, das Wahlrecht, das Gerichts-, Schul- und Militärwesen etc.) hinzu, und wie das ökonomische wurde auch das politische Programm, namentlich seit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, immer radikaler.

Man machte auch kein Hehl daraus, daß allein die Revolution der Sozialdemokratie zum Sieg verhelfen könne, und sprach es offen aus, daß man nicht zaudern würde, zu diesem Mittel zu greifen, wenn man nur die Möglichkeit des Gelingens sähe. Daher entstand nun eine Art der Agitation, die nur die Vorbereitung zur Revolution war. Und deshalb ist diese Partei auch die

Gegnerin einer starken, mächtigen Staatsgewalt in den bestehenden Staaten, deshalb bekämpft sie vor allem das stehende Heer, deshalb ihre ausgesprochene Feindschaft gegen die Religion, nicht bloß gegen die Kirche.

Der ganze Charakter, den die Bewegung angenommen, zwang und zwingt die Staaten zu einem entschiedenen Vorgehen gegen dieselbe, wie es das Deutsche Reich in dem Gesetz vom 21. Oktober 1878 und andere Staaten in anderer Weise getan haben.

In neuester Zeit ist in der Sozialdemokratie eine noch radikalere Richtung in den Anarchisten hervorgetreten, die, ohne ein neues sozialistisches Programm aufzustellen, den sofortigen Umsturz alles Bestehenden mit allen nur möglichen Mitteln will, inzwischen aber die Beseitigung der Gegner durch Mord empfiehlt ...<<

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Angesichts der gefährlichen Entwicklung, die sich überall in Ost-Mitteleuropa ausbreitete, forderte der radikale österreichische Führer der Altdeutschen Partei, Georg von Schönerer (1842-1921, antisemitischer Politiker, der später auch den jungen Hitler entscheidend beeinflusste) im Jahre 1878 einen engeren Anschluß zum Deutschen Reich ("Los-von-Rom-Bewegung").

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohen Rußland mit Krieg.

Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß jedenfalls empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und

führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Großbritannien erhielt Zypern.

Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro wurden selbständig und erhielten ihre Unabhängigkeit.

Bulgarien mußte Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verlor Ostrumelien (innere Autonomie).

Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhielt nichts (außer der russischen Feindschaft).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über den "Berliner Kongreß" (x802/-766): >>Berliner Kongreß, die Versammlung von Vertretern der Großmächte Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und Türkei, welche, von Österreich angeregt, auf Einladung der deutschen Reichsregierung am 13. Juni 1878 unter Vorsitz des Fürsten Bismarck in Berlin zusammentrat, um das im Frieden von San Stefano festgesetzte Ergebnis des russisch-türkischen Krieges zu prüfen und mit den Interessen Europas, besonders Englands und Österreichs, in Einklang zu bringen.

Das Ergebnis der Beratungen war der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der die Fürstentümer Rumänien, Serbien und Montenegro, letztere beiden erheblich vergrößert, für souverän erklärte, Bulgarien als ... (Vasallenstaat) und Ostrumelien als autonome Provinz von der Türkei abtrennte, Rußland Bessarabien und einen Teil Armeniens als neue Gebietserwerbungen zusprach, Österreich mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina beauftragte und Griechenland eine Erweiterung seiner Nordgrenze in Aussicht stellte.

Die Macht der Türkei in Europa und Asien wurde durch den Vertrag erheblich geschwächt, aber der Einfluß Rußlands zu Gunsten Österreichs eingeschränkt. ...<<

Der rumänische Dichter Naftali Herz Imber (1856-1909) verfaßte im Jahre 1878 den Text der späteren Nationalhymne Israels "Hatikvah" (x230/71):

>>Solange im Herzen darinnen  
Ein jüdisches Fühlen noch taut,  
Solang gen Südosten zu den Zinnen  
Von Zion ein Auge noch schaut.  
Solang lebt die Hoffnung auf Erden,  
Die uns zweitausend Jahre verband,  
Daß ein Freivolk wir wieder werden  
In Zions, Jerusalems Land.<<

Der britische Kolonialpolitiker Cecil Rhodes erläuterte im Jahre 1878 die Bedeutung des Imperialismus (x073/3-4): >>... Wenn wir die Blicke auf unser bei weitem größeres Reich in Übersee und seine Bewohner richten, ... erweitern sich die Grenzen und die Maßstäbe. Es entsteht ein weiteres und edles Bild; der Geist verliert sich im Nachsinnen über das, was unter der wohltätigen Herrschaft Großbritanniens steht. ...

Da sehen wir Völker; die um die Erreichung einer höheren Kulturstufe ringen, für die die Überwindung von Sklaverei nur der Vorgeschmack auf die weit höheren Werte von Freiheit und Fortschritt ist, die sie vielleicht einmal gewinnen werden. Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten.

Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten dringen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die

wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.

Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien) schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.

Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt (es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen), häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.

Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. Wenig später beanspruchte Deutschland in vier verschiedenen Gebieten (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) Territorien von über 2,5 Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern, während Frankreich, das bereits 1830 in Algerien eingefallen war, um die Jahrhundertwende Madagaskar und den größeren Teil von West- und Nordafrika beherrschte – ein Gebiet von über 10 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 47 Millionen.

Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.

In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen – Überreste aus den Zeiten Dschingis Khans und Tamerlans. Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaya und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde.

Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege (im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten) und durch die "Verfallsdoktrin", nach der Staatswesen ohne eindeutigen Thronfolger direkter britischer Herrschaft unterstellt wurden, beständig ausweiten können. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/15,19): >>Wer die Mächtigen des 19. Jahrhunderts mit denen des 21. Jahrhunderts vergleicht, stellt fest: Zu Zeiten von Napoleon, Königin Victoria und Kaiser Wilhelm II. ging es rauher zu als unter der Führung von Jacques Chirac, Tony Blair oder Angela Merkel.

Die Herrschenden neigten dazu, die Dinge gewalttätig zu lösen. Sie waren roh und undemokratisch und hielten wenig von Menschen, die sich in Herkunft und Hautfarbe von ihnen un-

terschieden. Hunderttausende von Toten nahmen sie billigend in Kauf, wenn es der Durchsetzung ihrer Interessen diene.

Was heute den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Plan rufen und unweigerlich vor dem Kriegsverbrechertribunal enden müßte, garantierte seinerseits einen goldumrandeten Eintrag im Buch der Geschichte. Eine mit Stolz zur Schau getragene Rücksichtslosigkeit war das Erkennungszeichen einer ganzen Epoche.

Nur eines hatten die Mächtigen von damals den heutigen Staats- und Regierungschefs voraus: Sie waren ehrlicher. Die kunstvoll ins Werk gesetzte Geheimdiplomatie überließ man den Botschaftern und Außenministern. Die Despoten pflegten im Umgang miteinander den direkten Ton. Freund und Feind wußten, woran sie waren. ...<<

>>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.

Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgerturns – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.

Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<

US-General Crooke klagte im Juni 1878 in der Zeitschrift "Army und Navy Journal" über die unzureichende Lebensmittelversorgung der umgesiedelten Ureinwohner (x068/66): >>... Da ist nichts für sie in diesem Lande: Der Bison ist dahingegangen, und Kaninchen gibt es nicht genug zu fangen. Was sollen sie tun? Der Hungertod starrt ihnen ins Gesicht.

Ich wundere mich nicht, daß diese Indianer zum Kriege schreiten, wenn sie ihre Frauen und Kinder hungern sehen und ihre letzten Hilfsquellen ihnen abgeschnitten sind. Und dann werden wir ausgeschiedt, um sie zu töten; es ist eine Schande!<<

Der Cheyenne-Häuptling Dull Knife, der mit seinem Stamm nach einer Flucht von tausend Meilen ins Reservat zurückkehren sollte, erklärte 1878 im Fort Robinson/Nebraska (x068/63):

>>Wir wollen dort nicht wieder hin, das ist kein gesundes Land, und wenn wir dort bleiben müssen, werden wir alle sterben. Wir wollen nicht zurück und wir gehen nicht zurück. Ihr könnt mich hier töten, aber ihr könnt mich nicht dazu bringen zurückzugehen!<<

Der kubanische Bürgerkrieg endete im Jahre 1878 mit dem Sieg der Spanier.

Großbritannien führte von 1878-1880 Krieg gegen Afghanistan und eroberte Kandahar und Kabul.

Henry Morton Stanley (1841-1904, britischer Afrikareisender, fand 1871 den verschollenen Livingstone, mit dem er die Suche nach den Nilquellen fortsetzte, erforschte danach das zentralafrikanische Seengebiet und das Kongobecken) notierte 1878 in seinem Notizbuch (x233/116): >>Als erster erforschte ich den Kongo und sollte nun der Welt als erster seine Bedeutung erweisen, friedliche Niederlassungen an seinen Ufern anlegen und sie in nationale

Staaten umwandeln, in denen Gerechtigkeit, Gesetz und Ordnung herrschen und der grausame Sklavenhandel für immer aufhören sollte. ...<<

**1879**

Der wachsende politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluß der geschäftstüchtigen und erfolgreichen Juden förderte in den meisten europäischen Ländern judenfeindliche Hetze und Diskriminierungen. Am Ende des 19. Jahrhunderts breitete sich besonders in Österreich ein gefährlicher, rassistischer Antisemitismus aus, der vor allem das Ziel verfolgte, den wirtschaftspolitischen Einfluß der Juden auszuschalten.

Die Grundeinstellung der katholischen Kirche gegenüber dem Judentum blieb auch am Ende des 19. Jahrhunderts unversöhnlich. Die meisten katholischen Theologen und vor allem der Papst waren nicht bereit, die verhängnisvollen Irrlehren der zurückliegenden Jahrhunderte zu korrigieren.

Wesentliche weltliche Wegbereiter des rassistischen Antisemitismus waren der Franzose Joseph Gobineau (1816-1882) und Houston S. Chamberlain (1855-1927, deutscher Schriftsteller britischer Herkunft, verheiratet mit Richard Wagners Tochter Eva), die mit ihren "Rassenlehren" vom Vorrang der "arischen Rassen" viele Anhänger fanden.

Gobineau schrieb z.B. über die Mongolen und Afrikaner, die Mongolen seien apathisch, gefräßig, hartnäckig, praktisch und hätten ihre Freude am Materiellen. Die Afrikaner seien gewalttätig, sinnlich und von ungeheurer Unempfindlichkeit (x081/8).

Houston S. Chamberlain schrieb später in seinem Buch "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (x128/149): >>... Entstehen die sogenannten "edlen" Tierrassen, die Zugpferde von Limousin, die amerikanischen Traber, die irischen Renner, die absolut zuverlässigen Jagdhunde durch Zufall und Promiskuität (Vermischung)? Entstehen sie, indem man den Tieren Rechtsgleichheit gewährt, ihnen dasselbe Futter vorwirft und über sie die nämliche Rute schwingt?

Nein, sie entstehen durch geschlechtliche Zuchtwahl und durch strenge Reinhaltung der Rasse. Und zwar bieten uns die Pferde, namentlich aber die Hunde, jede Gelegenheit zu der Beobachtung, daß die geistigen Gaben Hand in Hand mit den physischen gehen; speziell gilt dies von den moralischen Anlagen; ein Bastardhund ist nicht selten sehr klug, jedoch niemals zuverlässig, sittlich ist er stets ein Lump.<<

Der deutsche Journalist Wilhelm Marr (1819-1904) prägte im Februar 1879 in seiner Propagandaschrift den Begriff "Antisemitismus" und gründete die nur kurz existierende "Antisemitenliga".

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete über den "Antisemitismus" (x821/706): >>Antisemitismus, Bekämpfung der Eigentümlichkeiten des Judentums, namentlich Bezeichnung für die in neuester Zeit besonders in Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn, in schwächerem Maße auch in Frankreich hervortretende Bewegung, die sich die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und geistigem Gebiete zum Ziele setzt.

In Deutschland tauchte die antisemitische Bewegung zu Ende der siebziger Jahre auf, befördert durch die Eindrücke der sogenannten Gründerzeit und durch den konservativen Umschwung in der inneren Politik seit 1879. Literarisch wurde die Bewegung vorbereitet namentlich durch die Schriften von Wilhelm Marr, "Der Sieg des Judentums über das Germanentum" (Bern 1873); Otto Glagau, "Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin" (Leipzig 1876) und (als 2. Teil) "Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland" (1877), und Eugen Dühring, "Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage" (2. Auflage, Karlsruhe 1881). Von großer Wirkung war dann seit 1878 das Auftreten des Hofpredigers Stoecker in Berlin in den Versammlungen der Christlich-socialen Partei.

Die Erregung wuchs 1880 und führte zu einem heftigen Broschürenkampf, an dem sich auch Gelehrte wie Treitschke ("Ein Wort über unser Judentum", Berlin 1880) und Mommsen

("Auch ein Wort über unser Judentum", Berlin 1881) beteiligten. 1880 wurde eine Antisemitenliga gegründet. Dann schied sich die Bewegung in eine sich mehr den Konservativen und Christlich-sozialen nähernde Richtung unter Liebermann von Sonnenberg und Bernhard Förster, die im März 1881 den Deutschen Volksverein gründeten, und in eine radikalere, den Rassengegensatz schärfer betonende, die von Ernst Henrici und dem Sozialen Reichsverein vertreten wurde.

Auf einem Kongreß zu Kassel wurde 1886 eine Deutsche Antisemitische Vereinigung gegründet und gleichzeitig in Hessen, begünstigt durch die bäuerlichen Verhältnisse daselbst, eine eifrige lokale Agitation betrieben, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Boeckel stand.

Auf einem Kongreß der verschiedenen antisemitischen Richtungen zu Bochum 1889 schloß sich die Mehrheit als Deutsch-soziale antisemitische Partei unter Liebermann von Sonnenberg zusammen, während die Minderheit unter Boeckel und Zimmermann eine Antisemitische Volkspartei gründete, die im Lauf der folgenden Jahre noch mehrmals den Namen wechselte. Bei den Reichstagswahlen 1890 erlangten die Antisemiten fünf Mandate in Hessen. Als bei den Wahlen von 1893 ihre Zahl auf 16 gestiegen war, schloß sich der größere Teil unter Vorsitz Boeckels zur Deutschen Reformpartei zusammen, während die Deutschsozialen eine Sondergruppe bildeten.

Im Oktober 1894 vereinigten sich in Eisenach die beiden Hauptrichtungen zur Deutsch-sozialen Reformpartei unter Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann. Der Abgeordnete Ahlwardt, dessen Agitationsweise (seit 1890) unerquickliches Aufsehen erregte, wurde aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Mit Boeckel, der austrat, gründete er eine neue antisemitische Volkspartei, die Juni 1895 ihren ersten Parteitag in Berlin abhielt.

In Österreich förderte den Antisemitismus anfangs besonders der deutschnationale G. von Schönerer. Da dieser aber auch gegen die Liberalen als "Judenfreunde" eiferte, so schlossen sich bald auch die Klerikalen der Bewegung an und nahm diese einen vorherrschend antiliberalen Charakter an. Der Führer dieser Richtung ist der Wiener Advokat Lueger. Besonders in Wien breitete sich der Antisemitismus stark aus. Bei den Reichsratswahlen vom März 1891 wurden in Niederösterreich 13 Antisemiten (unter 37 Abgeordneten) gewählt; im Wiener Gemeinderat erlangten sie 1895 eine so starke Mehrheit, daß sie die Wahl Luegers zum Bürgermeister durchsetzen konnten.

In Frankreich wurde der Antisemitismus erweckt durch Drumonts Buch "La France Juive" (Paris 1886).

In Rußland trat zu den sozialen Ursachen des Antisemitismus noch religiöser Fanatismus hinzu. Den Anstoß zur Bewegung gaben die tumultuarischen Judenverfolgungen 1881 in Südrußland und in Polen. Am 3. September 1881 wurde eine Kommission zur Untersuchung der Judenfrage eingesetzt, die am 15. März 1882 einige die Rechte der Juden beschränkende Punkte aufstellte. Nach und nach wurden die Maßregeln gegen die Juden verschärft, so daß seit 1891 eine starke Auswanderung derselben erfolgte. ...<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den damaligen "Antisemitismus" (x051/29-30): >>Antisemitismus ... Die unter Mitwirkung von Marr im September/Oktober 1879 gegründete Antisemiten-Liga setzte sich das Ziel, "die uns widerwärtigen Juden wieder in die Schranken zurückzuweisen, welche eine unbedachte Gesetzgebung zu unserem Schaden aufgehoben hat".

Einig waren sich alle Antisemiten darin, die Juden aus den Machtpositionen, die sie innerhalb der Gesellschaft errungen hatten, wieder zu entfernen. Darüber hinaus differenzierte sich die antisemitische Bewegung nach Radikalen und Gemäßigten, nach solchen, die im biologischen Sinne rassistisch dachten, und anderen, die die Juden vorrangig aus den staatlichen Ämtern verdrängen und den "jüdischen Geist" bekämpfen wollten.



Der Antisemitismus war aber nicht einfach mit dem erneuten Aufgreifen der Judenfrage identisch. Als Ideologie war er eine Bewegung gegen die Zielsetzung der Französischen Revolution und des Liberalismus. Eng verbunden war der Antisemitismus der Krise des bürgerlichen Denkens, die in der Rezession der 70er und 80er Jahre zum Ausbruch kam.

Diese Krise äußerte sich in einem neuen und verschärften Nationalismus, in Fremdenhaß und antisozialistischen Affekten. Anhänger fanden die antisemitische Bewegung und die aus ihr gebildeten Parteien besonders im Kleinbürgertum.

Stoecker suchte 1878 die Anhänger für die von ihm gegründete antisemitische Partei in der Arbeiterschaft, scheiterte jedoch mit dieser Überlegung. Er änderte darauf den Namen der Partei von "Christlich-soziale Arbeiterpartei" in "Christlich-soziale Partei". Statt der Arbeiter kamen Handwerker, Kleinhändler und in geringem Maße Bauern, ferner Angehörige der akademischen Führungsschicht.

Die Arbeiterschaft hat dem Antisemitismus weitgehend widerstanden, ebenso die Sozialdemokratie, die auf ihrem Parteitag 1893 den Antisemitismus scharf ablehnte.

Was die Gründung einer Partei anging, bestanden unter den Antisemiten zwei Richtungen: Die eine betrachtete den Antisemitismus als Weltanschauung, die möglichst in allen Parteien durchgesetzt werden sollte; die andere wünschte ihn zum zentralen Programmpunkt einer Partei zu machen. Große Erfolge brachte die Gründung antisemitischer Parteien nicht. Sie erreichten bei den Reichstagswahlen 1893 einen Höhepunkt mit 2,9 % und 16 Abgeordneten, waren von da an aber rückläufig und entwickelten sich zu Gruppen mit Sektencharakter.

Dagegen setzte sich der Antisemitismus in mehreren Verbänden durch, die im Kaiserreich des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung waren, so dem Bund der Landwirte, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Alldeutschen Verband, dem Verein deutscher Studenten und Teilen der Burschenschaften. Diese Verbände stehen für die Ausbreitung des Antisemitismus um die Jahrhundertwende, ja überhaupt für eine "antisemitische Gesellschaftsstimmung" (F. Naumann).

Gleichzeitig gingen Antisemitismus und Rassendenken, ausformuliert durch H. S. Chamberlain, eine enge Verbindung miteinander ein. Ein Volk war danach nicht mehr durch Geschichte und Kultur, sondern wesentlich durch Rasse bestimmt. Die Möglichkeit der Assimilation, die der Antisemitismus alten Stils für die Integration der Juden noch gelassen hatte, war damit beseitigt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Arthur Graf von Gobineau (x051/218): >>Gobineau, Arthur Graf von, geboren in Ville-d'Avray 14.7.1816, gestorben in Turin 13.10.1882, französischer Diplomat und Schriftsteller.

Seit 1849 auf diplomatischen Randposten beschäftigt (Teheran, Athen, Rio, Stockholm), fand Gobineau Zeit zu poetischer Produktion, die weitgehend vergessen ist. Wirksam dagegen wurde sein "Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen" (4 Bände, 1853-55, deutsch 1898-1901), der eher ein Versuch "wissenschaftlicher" Legitimierung von Imperialismus und Kolonialismus war nach dem Verlust der missionarisch-christlichen Rechtfertigung.

Nach Gobineau waren "niedere" - negroide, semitische - und "höhere" Rassen wie die "Arier", insbesondere die "Germanen", zu unterscheiden. Er hatte bei seiner Forderung nach Erhaltung der "Hochrasse" durch Bewahrung des "reinen Blutes" u.a. Engländer und Flamen im Auge; erst seine Anhänger wie R. Wagner oder H. S. Chamberlain reklamierten den Germanenmythos für die Deutschen und stellten damit die Verbindung her von Gobineaus Grundgedanken zur nationalsozialistischen Weltanschauung.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Houston Stewart Chamberlain (x051/100): >>Chamberlain, Houston Stewart, geboren in Southsea bei Portsmouth 9.9.1855, gestorben in Bayreuth 9.1.1927, britisch-deutscher Publizist; Kindheit in Versailles, Schulzeit in England, Studium in der Schweiz.

Als 20-Jähriger hörte Chamberlain erstmals die Musik von R. Wagner und wurde von ihr magisch angezogen: Seit 1882 nahm er regelmäßig an den Bayreuther Festspielen teil, heiratete 1908 in zweiter Ehe Wagners Tochter Eva und lebte seit 1909 ganz in Bayreuth; 1916 deutscher Staatsbürger.

Auch Wagners rassentheoretische Ansichten, von Gobineau herkommend, wirkten auf Chamberlain, der sie in seinem Hauptwerk "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" (2 Bände, 1899) zu einer "antisemitischen" Kulturtheorie ausbaute: Kulturschöpferisch seien v.a. die Germanen, deren "rassische Grundkräfte" im deutschen Volk am unverbrauchtesten bewahrt seien; die Juden dagegen verkörperten das zerstörerische Prinzip. Chamberlain appellierte daher an das "Rassebewusstsein" der Deutschen und propagierte die "Reinigung" des Christentums von jüdischen Elementen.

Er wurde damit zu einem Vorläufer sowohl des nationalsozialistischen Rasseantisemitismus wie der völkischen Theologie der Deutschen Christen. Zu Chamberlains Bewunderern gehörten Kaiser Wilhelm II. und Hitler, den Chamberlain 1924 persönlich kennen und schätzen lernte. Dennoch ist der direkte Einfluß Chamberlains auf Hitler schon wegen dessen ganz anderer Haltung in der religiösen Frage weit niedriger zu veranschlagen als etwa auf die rassistischen Konstruktionen von Rosenberg.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Karl Lueger (x051/363): >>Lueger, Karl, geboren in Wien 24.10.1844, gestorben in Wien 10. März 1910, österreichischer Politiker; 1874 Rechtsanwalt, ab 1875 im Wiener Gemeinderat, 1885 Reichsratsabgeordneter.

Zunächst stand Lueger dem Linzer Programm Schönerers nahe, wandte sich dann aber zur christlich-sozialen Bewegung, die er in den 80er Jahren zu einer Massenpartei formte. Ab 1888 ihr Vorsitzender, wurde Lueger 1895 zum Bürgermeister von Wien gewählt, erlangte aber erst 1897 die kaiserliche Anerkennung.

Der junge Hitler sah in dem antisemitischen und antisozialistischen Demagogen ein Vorbild und bezeichnete Lueger, auch wegen der großen kommunalpolitischen Leistungen (Kommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung, Verwaltungsreform u.a.), als "den gewaltigsten Bürgermeister aller Zeiten" ("Mein Kampf").<<

Bayern stellte im Jahre 1879 erstmalig verbindliche Rechtschreibregeln für das Deutsche Reich auf. Die neuen preußisch-bayerischen Regeln wurden 1880 durch Konrad Duden (1829-1911) veröffentlicht.

Eine rheinische Zeitung berichtete im Jahre 1879 über die Folgen des "preußischen Kulturkampfes" (x233/110): >>Was hat nun der Kulturkampf aus unserem Vaterlande gemacht? Er hat es in zwei Hälften zerrissen: "hier Reichsfreunde – hier Reichsfeinde", das ist das entsetzliche Wort, mit dem die wilde unsinnige Kirchenhetze den Frieden unseres Landes zerstört hat.

Auf der einen Seite steht der Staat mit seinem ganzen Machtapparat. Alle Nichtkatholiken, mit wenigen Ausnahmen, halten zu ihm. ...

Auf der anderen Seite stehen 8 Millionen Katholiken. ...

Was ist geschehen, daß wir plötzlich als Unterwühler der staatlichen Ordnung betrachtet werden? ... Haben wir irgendwie Revolution gemacht oder besondere Gesetzesübertretungen uns zuschulden kommen lassen?

Man kann uns nichts dergleichen nachweisen. ... Wir sind Katholiken: das ist unser Verbrechen; wir wollen Katholiken bleiben: das ist unsere mit dem Bestand des Staates unvereinbare Forderung. ...<<

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei

einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Im Jahre 1879 begann der Bau des Panamakanals.

Zwischen Chile und den alliierten Truppenverbänden Boliviens und Perus begann im Jahre 1879 der sog. "Salpeterkrieg" (1879-83).

Spanien erkannte im Jahre 1879 die Unabhängigkeit des Staates Peru offiziell an.

Großbritannien führte im Jahre 1879 Krieg gegen das südafrikanische Bantuvolk der Zulus.

## **1880**

In Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. wurde am 15. Oktober 1880 der Kölner Dom fertiggestellt (632 Jahre nach der Grundsteinlegung).

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1880 Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegte damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).

Eine Fürsorgerin berichtete über das schwere Leben von alleinerziehenden Müttern um 1880 (x176/210): >>So kam ich einmal zu einer armen Witwe, die sich und ihre 4 Kinder mit Wäschenähen zu ernähren bemühte und um Unterstützung nachgesucht hatte. Durch einen engen dunklen Hof mußte ich gehen, in dessen dumpfer Kellerluft eine Schar blasser, kleiner Buben und Mädchen sich herumtrieb. ...

(In der Wohnung) stellte ich die Frage: "Wie alt sind Sie?" – "Sechszwanzig".

Erschrocken sah ich auf: dies gelbe, faltige Gesicht, der krumme Rücken, die dünnen Haare, der erloschene Blick - sechszwanzig Jahre! Ich sah plötzlich meine Tante vor mir, die vierzigjährige – und ein dumpfer Zorn bemächtigte sich meiner.

"Wie lange arbeiten sie am Tage?" – "Ich stehe halt um fünf auf und lege mich um 12 nieder! – Und das alles nur, um das elende Leben am nächsten Tag weiter zu fristen!

"Was verdienen sie in der Woche?" Sechs Mark, wenn es arg gut geht acht Mark. In der stillen Zeit gibt es oft keine drei oder vier Mark". ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete im Jahre 1880 über die Schulen in einer deutschen Kleinstadt (x056/-260): >>Das Gymnasium war ein Gebäude aus festem Werkstein. ... Die erste Bürgerschule hatte ... hatte gerade ein neues prächtiges Gehäuse bekommen, das ... inmitten der Bürgerhäuser wie ein Palast aussah.

Unsere Schule (die sogenannte zweite Bürgerschule der armen Leute) ... war in einigen kleinen Fachwerkhäusern untergebracht, die in verschiedenen Straßen lagen. ...

Die Gymnasiasten verkörperten die Aristokratie und das große Bürgertum, wir Jungen der zweiten Bürgerschule das Proletariat, und zwischen uns beiden stand die Jugend der ersten Bürgerschule, die dem Mittelstand und dem Kleinbürgertum angehörte.<<

Ein ehemaliger Schüler einer zweiklassigen Volksschule in Ostfriesland berichtete über seine Schulzeit um 1880 (x261/163-164): >>(Im Religionsunterricht) wurde viel auswendig gelernt, oft recht mechanisch. Eines der größeren Mädchen las z.B. aus dem Gesangbuch eine Zeile des betreffenden Liedes laut vor, die ganze Klasse sprach im Chor nach. War ein Gesangvers zu Ende, fing man von vorne an. ...

Der Deutschunterricht war im wesentlichen auf Schreib- und Leseübungen beschränkt. Das Schönschreiben ins Schreibheft nahm einen recht weiten Raum ein. Der Unterricht war aber nicht Klassen- oder Abteilungsunterricht, sondern jeder übte für sich. ...

Dem Leseunterricht lag ein umfangreiches Lesebuch zu Grunde, das ... deutlich die Spuren der Einwirkung einer neuen Zeit trug. Unter den geschichtlichen Lesestoffen fand man z.B. die Reichsgründung und Darstellungen von den letzten Kriegen. Auch Beschreibungen von Landschaften wie der Lüneburger Heide und vom Harz, von seltsamen außereuropäischen Tieren hatten einen Platz gefunden. ...

Der Leseunterricht selbst verlief in mechanischen Bahnen. Oben wurde zu lesen angefangen; nach der Reihe las jedes Kind einen Satz. Die Schwächeren zählten an den Punkten ab, was für sie herankam und bereiteten ihren Satz vor, damit sie nicht unangenehm auffielen. Las aber einmal ein Kind bei einem ganz kurzen Satz über einen Punkt hinweg, war alle Überlegung und Vorbereitung durchkreuzt worden. ...

(Im Rechenunterricht rechnete jedes Kind) für sich aus dem Rechenbuch. Die Kontrolle, ob eine Aufgabe richtig gerechnet war, ergab sich aus den beigefügten Antworten, die auf den letzten Seiten des Buches zu finden waren. ...

In dem sogenannten Sachunterricht – Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Naturkunde – wurde so gut wie nichts gelehrt und gelernt. Aus der Geographie erinnere ich mich, daß der Lehrer die Namen der Länder Europas mit den Hauptstädten an die Wandtafel schrieb. Dies wurde von uns abgeschrieben und auswendig gelernt. ...<<

Die Habsburger zeigten sich gegenüber den Tschechen und Slowaken kompromißbereit. Ab 1880 erlaubte man in Böhmen und in Mähren neben der deutschen auch die tschechische Amtssprache.

Von 1880-1914 flohen über 2,0 Millionen Juden aus Osteuropa in die USA und 0,2 Millionen Juden emigrierten nach England.

Infolge der überhasteten Industrialisierung verschuldete sich Rußland von 1880-1910 hoffnungslos bei den westeuropäischen Staaten (Deutsches Reich, Frankreich und England) und bei Nordamerika.

Alle Apachen-Stämme, die als Nomaden, Jäger und Sammler in New Mexico und Arizona lebten, wurden im Jahre 1880 endgültig niedergekämpft. Die Apachen, die vielerorts länger als 40 Jahre ausdauernd und mutig um ihre Heimat und Unabhängigkeit kämpften, mußten sich schließlich der übermächtigen US-Armee beugen.

Französische Truppen besetzten im Jahre 1880 die Insel Tahiti.

### **1881**

Im Jahre 1881 lehnte Bismarck eine expansive deutsche Kolonialpolitik noch grundsätzlich ab (x056/306): >>So lange das Reich finanziell nicht (gefestigt) ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken. ... Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Kompanien unterstützen. Kolonialverwaltung wäre eine Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes.<<

Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten (menschenverachtender Sklavenhandel etc.), erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher (wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann) erst in den Jahren 1883-85 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.

Die Industrie- und Handelskammer Darmstadt berichtete im Jahre 1881 (x233/104): >>... Zu diesen Gewohnheiten der Exporthändler (im Ausland) und dortigen Verbraucher gehört auch der ... sehr bedauerliche Gebrauch, deutsche Waren nur unter fremder Flagge beziehen zu wollen. Es geht ... so weit, daß, wollten dieselben ihre Waren als deutsche bezeichnen, sie des bei weitem größten Teils des Exportes verlustig gehen würden. ...<<

Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph, ein Meister der Sprache und scharfsin-

niger Deuter der Kulturkrise des späten 19. Jahrhunderts) schrieb im Jahre 1881 über die "ehemalige deutsche Bildung" (x092/619: >>... Als die Deutschen den anderen Völkern anfangen interessant zu werden – es ist nicht zu lange her -, geschah es vermöge einer Bildung, die sie jetzt nicht mehr besitzen, ja die sie mit einem blinden Eifer abgeschüttelt haben, wie als ob sie eine Krankheit gewesen sei: und doch wußten sie nichts Besseres dagegen einzutauschen als den politischen und nationalen Wahnsinn! ...

Man sehe sich heute einmal nach Schiller, Wilhelm von Humboldt, Schleiermacher, Hegel, Schelling um, man lese ihre Briefwechsel und führe sich in den großen Kreis ihrer Anhänger ein: Was ist ihnen gemeinsam, was an ihnen wirkt auf uns, wie wir jetzt sind, bald so unausstehlich, bald so rührend und bemitleidenswert? ...<<

Zar Alexander II. fiel am 13. März 1881 einem Bombenattentat zum Opfer.

Sein Nachfolger Alexander III. (regierte von 1881-94) war ein überzeugter Antisemit und förderte besonders die russisch-französischen Beziehungen. Er zählte nicht zu den deutschfreundlichen Zaren und befürwortete den radikalen Panslawismus.

Zar Alexander III. führte wieder das altbekannte, berüchtigte Gewalt- und Terrorsystem in Rußland ein. Der russische Gewaltherrscher stützte sich vorwiegend auf die orthodoxe Kirche und die gefürchtete Geheimpolizei (Ochra). Die russischen Geheimpolizisten fahndeten damals unentwegt nach Revolutionären und verfolgten ethnische Minderheiten, besonders die russischen Juden.

Die Juden durften in Rußland kein Land besitzen und nur wenige Juden besuchten Universitäten. In vielen Teilen Rußlands organisierte die Geheimpolizei großangelegte Judenverfolgungen. Während von 1870-80 nur etwa 60.000 osteuropäische Juden in den Westen flüchteten, stieg die jüdische Auswanderungsbewegung in den folgenden Jahren dramatisch an.

Zar Alexander III. rechtfertigte später die Judenverfolgungen wie folgt (x043/302): >>... Wir dürfen nicht vergessen, daß die Juden unseren Erlöser gekreuzigt und sein kostbares Blut vergossen haben. ...<<

Prof. Konstantin Petrowitsch Pobedonoszew (Hauptberater des Zaren Alexander III., ein besonders fanatischer Antisemit) schlug folgende Lösung der Judenfrage vor (x043/302): >>... Für ein Drittel der Juden Auswanderung, für ein Drittel Bekehrung und für ein Drittel den Tod. ... <<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Judenverfolgungen in Rußland im 19. Jahrhundert (x051/446-447): >> Pogrom (russisch Gewitter, Verwüstung), im Russischen zunächst Bezeichnung für Ausschreitungen gegen nationale, religiöse u.a. Minderheiten, seit den Judenverfolgungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts insbesondere für antijüdische Übergriffe.

In diesem Sinne wurde Pogrom in das Vokabular der meisten Weltsprachen übernommen. Der Pogrom der Kristallnacht bildete im Dritten Reich einen der ersten Höhepunkte der nationalsozialistischen Judenverfolgung, ausgelöst und geduldet wie die früheren russischen und polnischen Pogrome durch staatliche Stellen.

Trotz der folgenden nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, insbesondere in Rußland, erlosch der Antisemitismus nach 1945 nicht völlig, so daß es bis heute vereinzelt zu Pogromen gekommen ist. Allerdings machte die Bezeichnung erneut eine Bedeutungsausweitung durch und wird heute auch auf Ausschreitungen gegen andere Gruppen (Tamilen, Kurden, Indianer, Schiiten, Schwarze u.a.) angewandt.<<

König Leopold II. von Belgien erwarb mit Hilfe des britischen Afrikareisenden Henry Morton Stanley von 1881-85 große Teile des Kongobeckens als persönlichen Besitz.

## **1882**

Am 20. Mai 1882 schlossen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indi-

rekt beitrifft.

Der Dreibund war ein geheimes Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien. Die Bündnispartner verpflichteten sich bei einem Angriff von Großmächten zur gegenseitigen Hilfe. Das Bündnis richtete sich in erster Linie gegen Frankreich und gegen Rußland. Der Dreibund verlor nach dem französisch-italienischen Neutralitätsvertrag (1902) an Bedeutung und wurde 1914/15 von Italien gekündigt.

Bismarck berichtete am 12. Juni 1882 vor dem Reichstag über die staatliche Sozialpolitik (x239/98): >>... Den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, ... und etwas Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen.

Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiet des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergsche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat.

Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben. ...<<

Der deutsche Arzt und Bakterienforscher Robert Koch (1843-1910, Mitbegründer der Bakteriologie, erhielt 1905 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin) entdeckte im Jahre 1882 den Tuberkel-Bazillus (Erreger der Tuberkulose).

Nach den rücksichtslosen Judenverfolgungen in Rußland (1881/82) gründete Leo Pinsker (1821-1891, jüdischer Arzt und Journalist, Pionier des Zionismus) im Jahre 1882 mit anderen russischen Juden die jüdisch nationalistische Bewegung "Liebhaber Zions" und forderte erstmalig die Rückkehr der Juden nach Palästina. Im selben Jahr flohen bereits ca. 24.000 russische Juden nach Palästina und gründeten dort die ersten jüdischen Siedlungen.

Leo Pinsker schrieb damals über den Antisemitismus in Rußland (x043/298): >>... Für die Einheimischen ist der Jude ein Fremder, für die Seßhaften ein Vagabund, für die Wohlhabenden ein Bettler, für die Armen ein Millionär und Ausbeuter, für den Bürger ein Mensch ohne Vaterland und für alle Gesellschaftsklassen ein verhaßter Konkurrent.<<

Der russische Lehrer und Schriftsteller Moses Leib Lilienblum (1843-1910, Mitbegründer der jüdisch nationalistischen Bewegung "Liebhaber Zions") schrieb nach dem Pogrom von Odessa (x043/301): >>... Warum sollen wir Fremde in fremden Ländern sein, wenn das Land unserer Vorfäter auf dem Antlitz der Erde noch nicht vergessen, zwar öde, aber fähig ist, unser Volk aufzunehmen?

Wir müssen viel Land und zahllose Grundstücke kaufen und sie langsam besiedeln.<<

In einem Aufruf der jüdisch nationalistischen Bewegung "Liebhaber Zions" im Jahre 1882 hieß es (x043/301): >>... Überall werden wir abgewiesen, überall hinausgedrängt, man hält uns für Fremde.

Ist wirklich alle Hoffnung verloren?

O nein, Judäa soll sich wieder erheben!

Unser eigenes Leben soll ein Beispiel für unser Volk sein. Laßt uns das Leben in fremden Ländern aufgeben und uns im Lande unserer Vorfäter auf festen Boden stellen. Laßt uns zu Schaufel und Pflug greifen. Wir Gebildeten müssen die Helden sein, die an der Spitze des Volkes in den Kampf ziehen.<<

Serbien (seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches) proklamierte im Jahre 1882 ein Königreich.

Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernahm der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle. Die radikalen serbischen Nationalisten (unter Führung des groß-serbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wurde) stellten schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plante mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslav-

wen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung (sog. "Jugoslawismus").

Im Jahre 1882 wurde in Frankreich die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Jules Ferry (1832-1893, 1880-81 und 1883-85 französischer Ministerpräsident) schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking (Französisch-Indochina) eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.

Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei, welche ein sicherer Instinkt dem alten Europa als Brückenköpfe der Zivilisation und als Wege in die Zukunft anweist.

Die Bedürfnisse einer ständig wachsenden industriellen Produktion, die zur Vergrößerung gezwungen ist, will sie nicht zum Tode verurteilt sein; die Suche nach unerschlossenen Märkten; ... die Wissenschaft, welche die äußersten Enden der Erde in wenige Stunden Entfernung von London, Berlin oder Paris rückt; die sichtbaren Fortschritte der europäischen Gesellschaft und der Friedensidee; all dies drängt die zivilisierten Nationen dazu, ihre alten Rivalitäten auf das ausgedehntere und fruchtbare Feld weit entfernter Unternehmungen zu verlagern.

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?

Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...

Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektoratsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war. Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. "Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<

Die englische Zeitung "Morning Advertiser" berichtete im Jahre 1882 (x239/159, x237/187): >>Deutschland nimmt jetzt eine gebietende Stelle in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit innehatte.

Mit jedem Jahr ist unter Bismarcks wachsender Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden, und sein definitives Übergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ... legt ... gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen

Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. ...<<

>>... Es ist merkwürdig, ... wie, wenn immer irgendeine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Bismarck gerichtet sind.

Wie denkt er über die Sache? Was wird er tun? Für wen wird er Partei ergreifen?

Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln.

Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden. ...<<

Ab 1882 verbot die US-Regierung die Einwanderung von Chinesen. Später setzten die US-Einwanderungsbehörden Höchstzahlen für jedes Herkunftsland fest.

### 1883

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.

### Bismarcks Sozialgesetze

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze



(Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Friedrich Nietzsche schrieb im Jahre 1883 in seinem Werk "Also sprach Zarathustra" und in seinem unvollendeten philosophischen Hauptwerk "Der Wille zur Macht" über den Staat (x092/623, x272/58): >>... Irgendwo gibt es noch Völker und Herden, doch nicht bei uns, meine Brüder, da gibt es Staaten.

Staat? Was ist das? Wohlan! Jetzt tut mir die Ohren auf, denn jetzt sage ich euch mein Wort zum Tode der Völker.

Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: "Ich, der Staat bin das Volk."

Lüge ist's! Schaffende waren es, die schufen die Völker und hängten einen Glauben und eine Liebe über sie hin: also dienten sie dem Leben.

Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat: sie hängen ein Schwert und hundert Begierden über sie hin.

Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten.

Diese Zeichen gebe ich euch: jedes Volk spricht seine Zunge des Guten und Bösen: die versteht der Nachbar nicht. Seine Sprache erfand es sich in Sitten und Rechten.

Aber der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er's. ...<<

>>... Nr. 717: Der Wille oder die organisierte Unmoralität, - inwendig: als Polizei, Strafrecht, Stände, Handel, Familie;

auswendig: als Wille zur Macht, zum Kriege, zur Eroberung, zur Rache.

Wie wird es erreicht, daß er eine große Menge Dinge tut, zu denen, der einzelne sich nie verstehen würde? – Durch Zerteilung der Verantwortlichkeit, des Befehlens und der Ausführung. Durch Zwischenlegung der Tugenden des Gehorsams, der Pflicht, der Vaterlands- und Fürstenliebe. Durch Aufrechterhaltung des Stolzes, der Strenge, der Stärke, des Hasses, der Rache, – kurz aller typischen Züge, welche dem Herdentypus widersprechen. ...<<

Ab 1883 beherrschten die sog. "Altschechen" den Prager Landtag.

Der russische Lehrer und Schriftsteller Moses Leib Lilienblum rief im Jahre 1883 zu Geldsammlungen für den Ankauf von Grundstücken in Palästina auf (x043/301): >>... Wer immer die nationale Idee unterstützen will, wird wöchentlich eine Kopeke beisteuern, die für eine bestimmte Zeit in jedem Heim für die Siedlung im Lande Israel gespart werden soll.

In einem Jahr wird das Tausende von Rubeln ergeben. Es ist auch möglich, einen gewissen Prozentsatz jener Gelder dafür zu bestimmen, die in der Synagoge, bei Hochzeiten, bei der Beerdigung von Reichen und so weiter gespendet werden. ...

Mit einem Wort, es ist auf die eine oder andere Art möglich, riesige Summen zu sammeln, um in Israel Besitztümer von der türkischen Regierung zu kaufen.<<

In den Jahren 1804-1883 wurde der Sklavenhandel verboten und abgeschafft: Dänemark = 1804, England = 1807, Nordamerika = 1807/08 (danach herrschte bis 1865 ein reger Schmuggelhandel), Schweden = 1813, Frankreich und Spanien = 1817, Niederlande = 1818, Portugal = 1826, britische Kolonien = 1833-38, französische Kolonien = 1848, Brasilien = 1851, nie-

derländische Kolonien = 1861-63, portugiesische Kolonien = 1878 und spanische Kolonien = 1883.

Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppten in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104).

Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkamen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Der britische Historiker Roger Anstey berichtete später über das Ausmaß des atlantischen Sklavenhandels (x190/6): >>Bis vor kurzem gab es über den Umfang dieser Aktivitäten allenfalls Schätzungen. Doch eine Studie von Professor Philip D. Curtins läßt unter Berücksichtigung der Ansicht anderer Historiker den Schluß zu, daß innerhalb von 350 Jahren zwischen 8 und 11,5 Millionen Sklaven nach Amerika verschleppt wurden.

Zudem muß man berücksichtigen, daß zwischen 10 und 20 % der Schwarzen die Überfahrt nicht überlebten oder während der Eingewöhnungsphase starben, also im ersten Jahr nach ihrer Ankunft. Nicht bekannt ist dagegen, die Anzahl von Opfern der innerafrikanischen Kriege, eine der primären Quellen für den Nachschub im Sklavenhandel.

Die Spuren des Sklavenhandels schlugen sich sowohl in Afrika als auch in Amerika nieder (und in geringerem Maße auch in Europa). In Afrika hatte es Sklaverei und Sklavenhandel schon vor dem Eintreffen der Europäer gegeben, aber das Ausmaß und die Verschleppung über den Atlantik waren neue Phänomene. Das persönliche Leid, das dadurch verursacht wurde, läßt sich nicht bemessen ...<<

Meyers Konversationslexikon berichtete über die Lebensverhältnisse der nordamerikanischen Ureinwohner im Jahre 1883 (x808/916-917): >>(Indianer) ... Von der früheren Eigentümlichkeit ist inzwischen durch unausgesetzte Berührung mit den Weißen viel verloren gegangen; gegenwärtig befinden sich die Indianer mit Ausnahme weniger Tausende im fernen Westen in einem Übergangsstadium.

An ihrer Zivilisierung und Bekehrung haben spanische Missionäre in Florida, französische Jesuiten in Kanada, englische Puritaner in Neuengland und deutsche Herrnhuter in Pennsylvania seit langer Zeit gearbeitet, und gegenwärtig bestehen in den Vereinigten Staaten 75, in Kanada 53 protestantische Missionsstationen, welche zusammen aber nur 16.338 Christen um sich versammeln konnten.

Im übrigen ist die Behandlung, welche die Indianer seitens der Weißen erfahren haben, eine schmachvolle gewesen. In den Kriegen zwischen den beiden Rassen mußten die Indianer natürlich unterliegen, und so wurden sie schließlich auf abgegrenzte, ihnen gewährleistete Gebiete (die sogenannten Reservationen) beschränkt; aber oft genug sind sie aus den garantierten Besitzungen mit Gewalt wieder vertrieben worden.

Die im Interesse der Indianer vom Kongreß gegebenen Gesetze kamen selten zur Geltung, und 1825 wurde unter dem Präsidenten Monroe der Beschluß gefaßt, die im Osten des Mississippi wohnenden Indianer nach dem Westen zu verpflanzen. Doch fügten sich die Seminolen in Florida nicht ohne harten Kampf; ja, die Tscherokesen (Cherokee) in Georgia, welche dort blühende Dörfer gegründet und Handwerke betrieben, wichen erst 1838 nach langer Mißhandlung, und nachdem Truppen gegen sie aufgeboten worden waren.

Es ist daher natürlich, daß die Zahl der Indianer seit ihrer Berührung mit den Europäern bedeutend abgenommen hat; manche Stämme sind ganz ausgestorben, andere sehr zusammengeschmolzen. Doch erscheinen die vielfach verbreiteten Berichte über das Aussterben der Indianer sehr übertrieben. ... Daß ein ansehnlicher Teil durch Vermischungen an die Weißen verloren ging, ist sicher. ... Nach den neuesten Ermittlungen beläuft sich ihre Zahl gegenwärtig auf ca. 475.000 Seelen, denn man zählte in den Vereinigten Staaten ohne Alaska (1883) 331.972, Alaska (1880) 11.774 und Kanada (1883) 131.137.

Von den 331.972 Indianern der Union lebten in den Agenturen 246.177, nicht unter Agenten

standen 19.388, und von zivilisierten Indianern wurden 1880 gezählt: 66.407. Zu den 60 "Agenturen" gehören 57 Millionen Hektar Land, die für die ausschließliche Benutzung der Indianer reserviert sind, von denen aber nur 7 Millionen Hektar kulturfähig und 84.109 Hektar wirklich kultiviert sind. Das Land liegt in kleineren Parzellen östlich vom Mississippi in New York, Nordcarolina, Michigan und Wisconsin, in großen zusammenhängenden Komplexen in fast allen Staaten des Westens.

Überall ist die stetige Zunahme des bebauten Areals, der Ernteerträge und des Viehstandes bemerkenswert, der Zivilisationsprozeß würde aber noch vollständiger und schneller sein, wenn sich nicht unter die besseren Elemente der weißen Bevölkerung sehr viel schlechte, für die Indianer verderbliche mischten, so daß einige Stämme dem zwar durch strenge Gesetze verbotenen, aber dennoch eingeschmuggelten Branntwein und den ebenfalls importierten schmachlichen Krankheiten sicher erliegen müssen.

In neuester Zeit haben die Indianer der Vereinigten Staaten in Carl Schurz einen kräftigen Anwalt gefunden. ...<<

>>... Indianergebiet (Indian Territory), Staatsgebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Westen des Mississippi, ... wird von Arkansas, Kansas und Texas begrenzt und hat ein Areal von 169.540 qkm.

Hauptfluß ist der Arkansas, der innerhalb des Gebietes den Canadian River aufnimmt, während der Red River es von Texas trennt. Der größte Teil des Gebietes besteht aus welligen Ebenen. Im südlichen Teil erheben sich mehrere Hügelzüge, ... im Nordwesten erstrecken sich ausgedehnte unfruchtbare Prärien, auf denen früher große Büffelherden weideten.

Das Klima ist dem Ackerbau wenig günstig, und infolge von Dürren sind Mißernten häufig. Künstliche Bewässerung ist nur in beschränktem Maßstab möglich. Doch eignet sich das Gebiet recht wohl für die Viehzucht. Steinkohle und andere Schätze des Mineralreiches kommen vor.

Das Gebiet wurde 1837 den Indianern als "beständiger" Wohnsitz überlassen, und die Regierung hat sich verpflichtet, sie in ihrem Besitz nicht zu stören und weiße Ansiedler, die mit lüsternen Augen nach diesen fruchtbaren Ländereien sehen, fern zu halten. Diese Rechte der Indianer wurden 1866, am Schluß des Bürgerkrieges, währenddessen die Indianer teilweise auf seiten der Konföderierten standen, bestätigt.

Das ganze Gebiet gehörte früher den Osagen, die aber sehr zusammengeschmolzen sind. Bewohnt wird das Gebiet (1880) von 76.895 Indianern, von denen 59.187 zu den fünf zivilisierten Stämmen gehören, deren jeder ein fest umgrenztes Gebiet einnimmt. Diese fünf Stämme sind die Tscherokee im Nordosten, die Krik und Seminolen in der Mitte und die Tschachta und Tschickasa längs der Südgrenze. Außerdem bewohnen aber das Gebiet noch die Reste zahlreicher anderer Stämme, als: Cheyenne, Arapahoe, Kiowa, Komantschen, Wichita, Osagen, Kaw, Pani, Ponce und andere.

Die fünf zivilisierten Stämme haben ganz bedeutende Fortschritte in der Kultur gemacht. Sie bauen Mais, Weizen, Hafer, Gemüse und auch Baumwolle auf 136.840 Hektar an und widmen sich mit Erfolg der Viehzucht (1881: 64.000 Pferde, 6.150 Maultiere, 370.000 Rinder, 455.000 Schweine, 33.400 Schafe).

Ihre Schulen waren 1883 von 7.862 Kindern besucht. Jeder der Stämme bildet einen eigenen Staat mit einer Verfassung, welche jener der amerikanischen Bundesstaaten nachgeahmt ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten begnügt sich mit Besetzung des Forts Gibson und der Bestallung von neun Indian Agents, durch welche den Indianern ihre Renten (in Waren) ausbezahlt werden. Weißen ist der Zutritt ins Territorium gesetzlich untersagt, doch drängen sich gerade die schlechteren Elemente unter denselben ins Land herein. Eine Eisenbahn (402 km lang) durchschneidet das Gebiet zwischen Kansas und Texas, und von einer Pazifikbahn sind bereits 164 km gebaut. ...<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 101 berichtete später über den Völkermord und Seelenmord an den Indianern Nordamerikas (x983/...): >>Völkermord und Seelenmord an den Indianern Nordamerikas

Sie wurden überwiegend von Protestanten unter schwerstem Mißbrauch des Namens "Christus" ausgerottet, denn Christus ist der Friedenslehrer

Als Christoph Kolumbus im Jahr 1492 in der Karibik landete, lebten im Norden des - von Europa aus gesehen - neu entdeckten Kontinents, also auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten Amerikas und Kanadas, Schätzungen zufolge bis zu 18 Millionen sogenannte Ureinwohner. Bis heute werden sie "Indianer" genannt, weil Kolumbus irrtümlich der Meinung war, er sei in Indien gelandet. Sie selbst bezeichnen sich heute als "first nations". Vierhundert Jahre nach Kolumbus, im Jahr 1890, lebten im selben Gebiet noch etwa 250.000 sogenannte Indianer. Das sind nur etwa zwischen ein und zwei Prozent der ursprünglichen Zahl an ursprünglich dort lebenden Bewohnern.

Kolumbus, seine Soldaten und die katholischen Priester landeten am 12.10.1492 in der "Neuen Welt". Einige Jahrzehnte später kommen auch die evangelischen Pfarrer und Prediger aus Europa auf den Kontinent. Auf die Einwohner kommt in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten ein furchtbares Blutbad zu mit ca. 60 Millionen Todesopfern und ein Gemetzel an der Tierwelt.

Heute (2019), mehr als hundert Jahre nach dieser Zählung, leben zwar wieder etwa drei Millionen Menschen mit ausschließlich indianischen Wurzeln in den USA und Kanada. Doch die meisten von ihnen leben zurückgedrängt in kärglichen Reservaten, viele leiden an Armut, unter Alkoholsucht oder Drogenmißbrauch, die Arbeitslosenquote liegt bei 50 Prozent, die Selbstmordrate ist hoch und ihre Lebenserwartung liegt nur bei knapp 60 Jahren.

Was ist aus all den ehemals so selbstbewußten Ureinwohnern Amerikas geworden? Und weshalb sind es nur noch so wenige? Sie wurden vertrieben, deportiert, gedemütigt, ihrer Kultur beraubt, ermordet in einem zweieinhalb Jahrhunderte dauernden erbarmungslosen Krieg, ausgelöst durch die einwandernden konfessionell gläubigen Europäer. "Man kann schon von einem Genozid sprechen", sagt Martin Klepper, Professor für Amerikanische Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Auch die heutigen Indianer, so Klepper, sprechen "ganz klar" von einem Völkermord an ihren Vorfahren. (*Main-Post*, 8.8.2013) ...

### **1. Der furchtbare Mißbrauch des Namens Christus**

Und dieser Völkermord, der sich über 250 Jahre hinzog, einer der längsten der Menschheitsgeschichte, wurde verübt von Menschen, die sich "Christen" nannten, die sich also auf Jesus, den Christus, beriefen, den Friedefürsten, der die Nächstenliebe und die Vergebung lehrte, ja sogar die Feindesliebe, und der in Seiner Bergpredigt sprach: "Alles, was ihr wollt, daß euch die Menschen tun, das tuet ihr ihnen zuerst." Wir kennen diese goldene Regel auch unter den Worten: "Was du nicht willst, daß man dir tut, das füg auch keinem anderen zu!"

Wie war es möglich, daß Menschen, die sich selbst als "Christen" bezeichnen, unter furchtbarem Mißbrauch des guten Namens "Christus" ihre Mitmenschen von ihrem angestammten Land vertreiben, ihre Dörfer niederbrennen, sie absichtlich mit Seuchen anstecken, sie in der Wüste verhungern lassen, Männer, Frauen und Kinder wahllos erschießen und viele Scheußlichkeiten mehr? Und das nicht nur über Jahre oder Jahrzehnte hinweg, sondern über Jahrhunderte?

Dies betrifft natürlich nicht nur die geschichtlichen Ereignisse der letzten 500 Jahre in Nordamerika, also auf dem Gebiet der heutigen Staaten USA und Kanada. Diese Frage betrifft genauso auch Lateinamerika zwischen Mexiko und Feuerland. Auch dort, im spanisch- und portugiesischsprachigen Teil des Doppelkontinents, verübten die spanischen Eroberer einen Völkermord an den Einheimischen, an den Indios.

Der Genozid an den Ureinwohnern in Süd- und Mittelamerika verlief zwar augenscheinlich

nicht weniger grausam und unbarmherzig wie der im Norden. Doch der Schriftsteller und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb in seinem Buch *Der Moloch*: "Nicht einmal die katholischen Hispanier vernichteten die Eingeborenen so radikal, so nahezu gänzlich wie die protestantischen Briten."

Zur geschichtlichen Orientierung: Im Jahr 1565 errichteten die katholischen Spanier eine erste Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent, 1607 folgten die katholischen Franzosen im heutigen Kanada und die protestantischen Briten im heutigen Virginia. Im Laufe der Geschichte haben sich die beiden mörderischen europäischen Großkonfessionen Katholisch und Evangelisch den grausamen Völkermord in Amerika "aufgeteilt": im Süden die Katholiken, im Norden überwiegend die Protestanten; so wie sie sich auch in Europa die Verfolgung und Ermordung Andersdenkender seit der sogenannten Reformationszeit "aufteilten".

Zum Vergleich: In Deutschland schlossen Anführer der beiden Großkonfessionen im Jahr 1555 untereinander einen sogenannten "Religionsfrieden", den sogenannten "Augsburger Religionsfrieden", der allerdings nicht hielt, und gleichzeitig beschloß man gemeinsam einen Pakt zur Ausmerzung von Menschen anderen Glaubens, was zunächst die friedfertigen sogenannten Täufer betraf, die ihre neugeborenen Kinder nicht einer der beiden Großkirchen übereignen wollten. Ähnlich, nur in weit größerem Ausmaß, verhielten sich diese beiden Religionssysteme in Amerika.

## **2. Das Wissen um die beseelte Natur bei den Indianern**

Im Unterschied zu Lateinamerika, wo die spanischen Konquistadoren zum Teil auf durchorganisierte Hochkulturen wie die der Inkas und Azteken trafen, lebten in Nordamerika auf einer riesigen Fläche mehr als 500 ganz unterschiedliche indianische Stämme mit ganz unterschiedlichen Sprachen und Stammeskulturen. Es gab, vor allem in den Südstaaten der heutigen USA, gut organisierte Ackerbaugesellschaften und sogar regelrechte Kleinstädte, die untereinander Handel trieben, während andere Stämme als Jäger und Sammler ein Nomadenleben führten.

"Die Indianer empfanden die Natur als beseelt, als lebendes Wesen", schreibt Karlheinz Deschner in *Der Moloch* weiter: "Sie fühlten sich eins mit ihr, verwandt mit Tieren und Bäumen. Und alles gehörte allen. Alles war Teil einer 'gemeinsamen Mutter', von der man zwar lebte, gewiß, aber mäßig, die man schonte, auch schützte. Sammler waren sie und Jäger, doch sammelten und jagten sie nur das Notwendigste." Und: "Sie kannten die krassen sozialen Unterschiede nicht" wie die evangelischen und katholischen Eroberer. (*München 2002, S. 29*)

Der Gemeinsinn, den die Indianer hervorbrachten, war teilweise erstaunlich. So schlossen sich bereits vor der Ankunft der Europäer einige Stämme der Irokesen zu einer Liga zusammen, die demokratisch organisiert war. Ein Zeitgenosse von Benjamin Franklin, einem der US-amerikanischen "Gründerväter", schrieb im 18. Jahrhundert: "Die Indianer haben die Römer übertroffen. ... Man betrachtet die Anführer als Diener ihres Volkes und nicht als dessen Herren; außerdem können sie bei Fehlverhalten abgewählt werden. ... Sogar Frauen können für politische Ämter gewählt werden, und der Reichtum wird relativ gleichmäßig unter allen verteilt." (*Die Wurzeln Amerikas, in: Zeitschrift, Januar 2000*)

Die Indianer waren gewiß keine Menschen, die man idealisieren sollte. Sie jagten nicht nur Tiere, sie bekriegten sich auch gegenseitig. Doch der Gemeinsinn, den die Indianer ebenfalls hervorbrachten, war teilweise erstaunlich, so Karlheinz Deschner weiter, und der Egoismus der Invasoren scheint ihnen eher fremd gewesen zu sein.

David Thompson, ein kanadischer Kartograph, der um das Jahr 1800 häufig mit Indianern Kontakt hatte, schrieb: "Hat einer bei der Jagd kein Glück gehabt oder hat er seine wenigen Habseligkeiten durch irgendein Mißgeschick verloren, so darf er sicher sein, daß er von den anderen unterstützt wird, soweit es nur in ihrer Kraft steht. In der Krankheit sorgen sie füreinander bis zum letzten Atemzuge." (*S. 30*) ...

Einander in Krankheit beizustehen, das war zum Beispiel nach Ankunft der Europäer besonders gefragt, denn diese brachten zahlreiche Krankheitserreger mit, gegen die die amerikanischen Ureinwohner keine Abwehrkräfte hatten. Ganze Stämme, vor allem im Süden der USA, durch den zeitweise plündernde spanische Mörderbanden zogen, wurden durch Seuchen wie Pocken, Typhus oder Cholera ausgelöscht.

Erste Begegnungen der Neu-Ankömmlinge mit den Ureinwohnern verliefen noch meist friedlich. Die Indianer verhielten sich meist abwartend und zurückhaltend, oft sogar gastfreundlich und hilfsbereit. "Moralisch", schreibt Karlheinz Deschner, "waren 'die Wilden' den Weißen, alles in allem, weit überlegen." (S. 32)

Die europäischen Neusiedler kämpften in den ersten Jahren in einer ihnen fremden Umgebung ums Überleben und waren auf Hilfe angewiesen. Indianer halfen ihnen teilweise sogar mit Vorräten aus, erklärten ihnen den Anbau von Mais oder trieben Handel mit den Siedlern.

### **3. Evangelischer holländischer Generaldirektor: Friedliebende Nachbarn erwürgt und ihnen die Köpfe abgehackt**

Doch das war nicht von Dauer. Es kamen immer mehr sogenannte "Siedler" über das Meer und beanspruchten Land für sich. Bald gab es erste Zusammenstöße, es begannen erste Kämpfe und auch erste Massaker der Europäer an den Ureinwohnern.

So ließ der niederländische Generaldirektor der Westindischen Kompanie im Jahr 1643, wie Karlheinz Deschner berichtet, "hundert friedliebende Algonkin-Indianer ... im Schlaf erwürgen und allerlei abgehackte Köpfe einbringen." Hochrangige Vertreter der eigenen Kompanie bekannten daraufhin: "Die Indianer lebten unter uns wie Schafe. Sie taten für uns alles Menschenmögliche und gaben uns zu essen, wenn uns die Vorräte ausgingen; der Direktor aber hat sie durch seine verabscheuungswürdige Handlungsweise derart gegen uns gestimmt, daß unmöglich abzusehen ist, wie der Friede wiederhergestellt werden könnte." (S. 55)

Die Mörder, die den Frieden zerstörten, nannten sich zu Unrecht "Christen"! Denn Christus ist der Friedefürst, der als Jesus von Nazareth auf dieser Erde absolut gewaltlos lebte und Seinen Jüngern sagte: "Stecke dein Schwert in die Scheide! Denn wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen!"

Was wäre geschehen, wenn die Neusiedler nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich Christen gewesen wären, wenn sie das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe beherzigt und gelebt hätten? Wie sähe das Land heute aus? Und wie würde es den Nachkommen der damaligen Indianer heute gehen? Millionen von Menschen wären am Leben geblieben, möglicherweise hätte sich zwischen Siedlern und Ureinwohnern ein friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt und Achtung aufbauen können.

Statt dessen führten die Europäer einen schändlichen, gewalttätigen und zutiefst unchristlichen Eroberungsfeldzug. Die Ermordeten starben dabei jedoch im Glauben, ihre Mörder seien Christen. Und wer weiß, wie viele der Seelen von Ermordeten bis heute glauben, daß der Gott, dessen Namen die Weißen im Munde führten und Christus, Sein Sohn, auf den sie sich die Weißen zu Unrecht beriefen, für ihr grausames Schicksal verantwortlich sind.

Doch es war nicht Christus, unser Bruder und Erlöser, der die Ureinwohner Amerikas quälen und töten ließ. Es waren Menschen, die sich fälschlicherweise auf Ihn, den Friedefürsten, beriefen, die jedoch in Wirklichkeit das Gegenteil von dem taten, was Jesus, der Christus, als Mensch lehrte und vorlebte. Und es war auch nicht der Schöpfergott, der dieses Leid in die Welt gebracht hat. Er, der All-Eine, ist der Vater-Mutter-Gott aller Menschen, gleich welche Hautfarbe sie haben oder welcher Religion sie anhängen. Seine Liebe gilt allen Menschen und Schöpfungswesen gleich.

Die brutalen Eroberer kamen aus Europa. Der Journalist Wolf Schneider schrieb dazu: "Englands Verlierer also zogen aus, um in Amerika die Indianer zu Verlierern zu machen." (*Geo-Epoche*, "Die Indianer Nordamerikas", Oktober 2000, S. 60)

Es waren Menschen, denen, wie Deschner schreibt, "das alte Europa ... im Nacken" saß, "sein Feudalismus, seine Kriege, sein Kriegsdienst, seine Folter". Vielleicht waren sie eben, wie er fortfährt, "Davongejagte, Abenteurer, Desperados, fast durchweg Habenichtse, die jetzt buchstäblich um jeden Preis ihr Glück machen wollten, Wagehälse, Hasardeure, die eine Entschädigung suchten für ihr Unglück, die alles auf eine Karte setzten." (S. 35)

#### **4. Die Puritaner, die "Pilgerväter" und ihr Glaube an ihr "gelobtes Land"**

Doch gehen wir einmal der Frage nach: Wer blieb denn vorerst in Europa zurück? Und wer hat denn den alten Kontinent Europa so kriegerisch gemacht, so brutal, so ungleich, wer hat den Feudalismus mit ins Leben gerufen und über Jahrhunderte gestützt? Das waren die Institutionen Kirche, die den alten Kontinent bis in die tiefsten Poren hinein geprägt hatten - und das alles im Namen Gottes. Es sind bis heute die katholischen oder evangelischen Gewandungen des "Systems Baal", der gewalttätigen Gegenmacht zum Schöpfergott und Seinen Geboten seit Menschengedenken, was deren eigene Geschichte vielfach aufzeigt.

Unter den ersten Siedlern waren zahlreiche tiefreligiöse, um nicht zu sagen fanatisch religiöse Menschen - und gerade sie werden bis heute in den Vereinigten Staaten als die ersten "Pilgerväter" verehrt, die, so sagt man, den Grundstein für die "Besiedlung" eines neuen Kontinents gelegt haben sollen. Und schon deshalb lohnt es sich, da einmal genauer hinzusehen:

Im November 1620 landeten 102 Männer, Frauen und Kinder mit dem Schiff "Mayflower" an der Küste des heutigen Massachusetts. Sie gehörten den Puritanern an, einer besonders glaubensstrengen evangelischen calvinistischen Richtung. Sie waren aus England zunächst nach Holland geflohen, ehe sie dann das Angebot eines Investors annahmen, ihnen die Überfahrt ins "gelobte Land", wie sie es nannten, zu finanzieren.

Die Zielsetzung dieser Unternehmung trug ausgesprochen religiöse Züge. Die Puritaner sahen sich selbst als "auserwähltes Volk", als Werkzeuge der "göttlichen Vorsehung". Sie wollten "die Reformation vollenden" und der Welt ein Beispiel geben und sie orientierten sich an der Bibel. (*Gustav Blanke, Das amerikanische Sendungsbewußtsein, in: Gott und Politik in USA, Frankfurt 1988, S. 188*)

Die Reformation, die Martin Luther 1517 angestoßen und die der französische "Reformator" Jean Calvin später weitergeführt hatte, war nach Ansicht der Puritaner in der anglikanischen Kirche Großbritanniens auf halbem Weg stehengeblieben. Um sie zu vollenden, orientierten sich die Puritaner streng an der Bibel, denn sie war für sie das Gesetz, das Antworten auf alle Fragen bereithält. Doch die Bibel ist eben gerade nicht das reine Gotteswort. Sie stammt von den unterschiedlichsten Autoren.

Wir finden darin einerseits einige Texte, die für die gesamte Menschheitsgeschichte bis heute richtungweisend sind wie die Zehn Gebote Gottes durch den Gottespropheten Mose oder die Bergpredigt des Jesus von Nazareth.

Wir finden auf der anderen Seite aber auch ungezählte Verfälschungen und Hinzufügungen, die die Priester der jeweiligen Zeitepoche hineingeheimnist haben und die mit Gott, dem Ewigen, und mit Christus nicht das Geringste zu tun haben: Etwa die Behauptungen, Gott sei ein strafender Gott, der sogar Völkermord und Todesstrafe befohlen habe, oder es sei Gottes Wille, daß Priester, die Er, der Ewige, nie eingesetzt hat, auf grausame Art Tiere töten, um sie Ihm, dem Gott der Liebe, zum Opfer zu bringen.

#### **5. Die evangelischen "Väter" der Gewalt: Martin Luther und Jean Calvin**

Die Frage ist also immer: Was greift man heraus und mit welchen Inhalten füllt man es? Luther und Calvin, auf deren Schriften die Eroberer in diesem Teil des bisher "unbekannten" Kontinents ihre größeren und kleineren Glaubenszirkel aufbauten, hoben in ihren Lehrschriften jedenfalls nicht die Bergpredigt des Jesus von Nazareth mit ihrer Lehre der Nächsten- und Feindesliebe hervor.

Sie legten statt dessen viel Wert auf diejenigen Stellen der Bibel, in denen vom strafenden

Gott die Rede ist und von Gewalt und Totschlag, die teilweise angeblich von Gott angeordnet worden seien. Aus den bereits erwähnten Völkermord-Szenen der Bibel wurde später der Völkermord an den Indianern - und die Indianer wurden ähnlich abgeschlachtet wie in der Bibel die Opfertiere im Tempel, angeblich zu Gottes Wohlgefallen.

Sowohl Luther als auch Calvin, deren Geist den europäischen Protestantismus prägte, rechtfertigten im Gegensatz zum Pazifisten Jesus Gewalt und Krieg und auch die Verfolgung Andersdenkender. Martin Luther rief z.B. bei den sich gegen die Unterdrückung durch die Fürsten wehrenden Bauern mit folgenden Worten zum Massenmord auf: "Solch wunderliche Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel eher mit Blutvergießen verdienen kann, besser denn andere mit Beten." (WA 18, S. 357 ff.)

Das also waren Luthers Vorstellungen vom Weg zum Himmelreich - und genau das sollten auch die Indianer später zu spüren bekommen. Und Jean Calvin errichtete in Genf nicht nur eine fanatische Diktatur, er ließ auch religiös Andersdenkende wie den Arzt Michel Servet auf grausame Art hinrichten, nur weil dieser eine andere Vorstellung von der göttlichen Dreifaltigkeit hatte als er.

"Auge um Auge, Zahn um Zahn" - diese Worte aus dem Alten Testament der Bibel lasen die priesterlich inspirierten kriegerischen Eroberer aller Zeiten immer wieder als Aufforderung zum Totschlag - und ein Anlaß zum Losschlagen ließ sich dann immer finden oder konstruieren.

Der Gottesprophet Jesaja hingegen hat die Friedfertigkeit angekündigt. Friede zwischen Mensch, Natur und Tieren, denn in allem ist der Gottesgeist gegenwärtig, es ist die große Einheit der Schöpfung, woraus sich die Achtung vor allen Lebensformen ergibt. Es ist ein Respekt für die göttliche Schöpfung, wie ihn die Indianer wohl wesentlich eher empfunden haben als ihre Peiniger.

Solche Gedanken aus der göttlichen Welt spielten für die Reformatoren und ihre Nachfolger so gut wie keine Rolle. Sie hätten auch die neuen Herren des Landes nur dabei gestört, in kürzester Zeit auch fast sämtliche Bisons der nordamerikanischen Prärie auszurotten. Man entzog damit den dort lebenden Indianern ... auch die Lebensgrundlage, und gleichzeitig machte man Platz für die riesigen Rinderherden der Neusiedler, die für die Schlachthöfe von Chicago bestimmt waren. Karlheinz Deschner erwähnt in diesem Zusammenhang das unter den protestantischen Eroberern kursierende und gegen Christus und die Schöpfung Gottes gerichtete Sprichwort "Der Indianer hat nicht mehr Seele als ein Büffel".

Anfang des 19. Jahrhunderts gab es auf dem Gebiet der heutigen USA ca. 60 Millionen Bisons. Im Jahr 1902 gab es nur noch 23 einzelne dieser prachtvollen Büffel. Dazwischen kamen die weißen Siedler, überwiegend Protestanten, und metzelten alle Tiere nieder - teils für Schuhsohlen, teils, um den Indianern die Ernährungsgrundlage zu entziehen und um sie auszuhungern, teils aus Spaß am Morden. Die letzten 10.000 Bisons wurden durch Scharfschützen an den Wasserstellen abgeknallt. "Allein der Glaube genüge für das Seelenheil", so die Religion des weißen Mannes.

## **6. Verhängnisvolle evangelische Lehre: Angebliche Vorherbestimmung, gnadenlose Kriege, angeblich strafender Gott, angebliche ewige Höllenqualen**

Zu dem verhängnisvollen Erbe, das die Reformatoren ihren Anhängern in die neue Welt mitgaben, gehörte aber nicht nur die Rechtfertigung von Krieg und Gewalt und die Herabwürdigung der Natur und der Tiere. Dazu gehörte auch die Angst vor einem angeblich strafenden Gott. Sowohl Luther als auch Calvin sprachen den Menschen zudem jeglichen freien Willen ab. Sie lehrten die sogenannte Vorherbestimmung, ein schreckliches Gottesbild: "Gott" habe angeblich manche Menschen zu einem Leben nach seinem Willen vorherbestimmt, andere jedoch zu einer angeblich ewigen Hölle - und zwar, noch ehe sie überhaupt geboren sind!

Gott, der die All-Liebe ist, soll also einige Seiner Kinder, die Er, der Ewige, selbst geschaffen



hat, zu ewigen Höllenqualen vorherbestimmen? Mit der Lehre des Jesus, des Christus, hat das nicht das Geringste zu tun.

Doch wie geht es Menschen, die auf diese Weise über Jahre hinweg indoktriniert werden? Sie leiden oft unter einer bohrenden Angst, zu den zur Hölle vorherbestimmten armen Seelen zu gehören. Von einem angeblich grausamen und willkürlichen Gott, der ihr Schicksal schon von vorne herein festgelegt habe, wie Luther und Calvin ihn lehrten, können sie dabei keine wirkliche Hilfe erwarten.

So lehrte Luther, der Gründervater der evangelischen Kirchen, auch: "Wenn ich also auf irgendeine Weise begreifen könnte, wie denn dieser Gott barmherzig und gerecht ist, der solchen Zorn und solche Ungerechtigkeit zeigt, wäre der Glaube nicht nötig." (WA 18, S. 633)

Wenn sie aber bereits in ihrer eigenen Glaubensgruppe von solchen Schrecken umgeben sind, wie werden in einer solchen Religion Menschen betrachtet, die nicht an ihren "Gott" glauben und die als sogenannte "Heiden" gelten?

William Bradford, einer der Teilnehmer der Mayflower-Expedition, berichtet, daß für viele Puritaner Amerika "zu diesen wilden und unbesiedelten Ländern (gehöre), welche ertragreich und für Besiedelung geeignet sind und wo es nur wilde und viehische Menschen gibt." (*Geo-Epoche Nr. 11, S. 45*)

Jesus von Nazareth sprach von Seinem und unserem Vater als von dem Gott der Liebe, und Er sagte: "Kommet alle zu Mir her, die ihr mühselig und beladen seid, Ich will euch erquicken." Er machte also keine Unterschiede. Priester und Theologen hingegen machen häufig Unterschiede und bauen damit Feindbilder auf. Und diese Fehlhaltung übertragen sie dann auf ihre Gläubigen. Und das über Generationen.

Hans-Ulrich Wehler, Professor für Geschichte und Philosophie und einer der besten Kenner der nordamerikanischen Geistesgeschichte, bestätigte dies in einem Vortrag an der Universität Bielefeld im Jahr 2002. Er sagte über die Grundeinstellung mancher amerikanischer Politiker bis in unsere Tage Folgendes: "Diesem fortlebenden Auserwähltheits- und Sendungsglauben entspricht seit je her und noch immer zum einen die Externalisierung des Bösen, zum anderen die Stilisierung des Gegners zum Todfeind, der entweder zerstört oder zur 'bedingungslosen Kapitulation' gezwungen werden muß." ([http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Pressestelle/dokumente/Reden/Jahresempfang\\_Rede\\_Wehler.html](http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Pressestelle/dokumente/Reden/Jahresempfang_Rede_Wehler.html))

## **7. "Puritaner" - Die bibeltreuen Briten erklärten die Indianer einfach zu "Kindern Satans", und das grausame Morden begann**

Das war jedenfalls der religiöse Hintergrund, vor dem der Völkermord an den Indianern stattfand. Die anfängliche Zurückhaltung der Puritaner gegenüber den Indianern, die um sie herum lebten, dauerte ungefähr 17 Jahre, von 1620 bis 1637. In den Anfangsjahren waren die puritanischen Neusiedler nämlich noch auf die Hilfe der Indianer angewiesen, um unter widrigen Umständen zu überleben, doch das änderte sich. Sie feierten sogar noch gemeinsam Erntedank, das berühmte Thanksgiving, bei dem mittlerweile jedes Jahr Millionen von Truthähne ihr Leben lassen müssen.

In der Tageszeitung *Main-Echo* schreibt der Journalist Thomas Burmeister:

"1637 meinten die Puritaner, die erst wenige Jahrzehnte zuvor an der Massachusetts-Bay in Nordamerika eine neue Heimat gefunden hatten, daß sie mehr Land brauchen könnten. Kurzerhand erklärten sie die seit Menschengedenken hier lebenden Pequot-Indianer zu 'Kindern Satans' und bliesen zum 'Heiligen Krieg'. Selten ist ein Volk von übermächtigen Feinden so gründlich ausgerottet worden wie die Pequot von den bibeltreuen englischen Einwanderern."

Einer der sogenannten Pilgerväter, William Bradford, schrieb über das Gemetzel, und ich zitiere aus dem Buch *Im Namen Gottes* von Karen Armstrong:

"Diejenigen, die dem Feuer entkamen, wurden mit dem Schwert erschlagen. Einige wurden in Stücke gehauen, andere mit Dolchen durchbohrt, so daß man mit ihnen schnell fertig war. Nur

wenige entkamen. Es heißt, man habe auf diese Weise vierhundert getötet. Es war schrecklich anzusehen, wie sie im Feuer brien, und auch die Ströme von Blut waren entsetzlich. Außerdem roch und stank es, aber der Sieg war ein süßes Opfer, und sie (die Pilgerväter) beteten danach zu Gott, der alles so wunderbar für sie gefügt hatte."

Karlheinz Deschner zitiert hierzu den Anthropologen Paul Radin, der schrieb: Erst fielen sie "auf die Knie, dann fielen sie über die Eingeborenen her". (S. 54)

Und ihre Theologen lieferten die Begleitmusik dazu. Deschner schreibt: "Und so hetzten auch jetzt gerade Geistliche die Menschenjagd an, waren es Kreaturen wie Cotton Mather oder William Hubbard, die ihre Schlachtopfer, die 'barbarischen, ungläubigen Indianer', 'Auswurf der Menschheit' schimpften, 'Unrat und Bodensatz', 'Ungeheuer ohne Glauben', und ihre Religion 'reinen Teufelskult'." (S. 53)

John Underhill, ein "Veteran" dieses Krieges - so berichtet Karen Armstrong weiter - stellte sich nach diesem Massaker die Frage: Hätten sie sich als Christen mitfühlender verhalten müssen? Er beantwortete die Frage (zynisch) mit einem entschiedenen Nein: Gott hatte die Engländer unterstützt, "so daß wir genug Licht für unser Tun hatten".

So wüteten und mordeten also die strenggläubigen Protestanten, die ausgezogen waren, um eine bessere Welt aufzubauen. Doch "die Verheißungen einer neuen, christlichen Welt galten nicht für Amerikas Ureinwohner", schreibt Barbara Jentsch in der Wochenzeitung *Freitag*. (24.12.2004)

### **8. Der evangelische "Gott" gab den Auftrag, den Indianern "das Land wegzunehmen" - Auch Quäker begannen mit dem Morden**

Die Puritaner hatten, so noch einmal Karen Armstrong, keinerlei Gewissensbisse, wenn sie Indianer töteten. So sagte der puritanische Prediger Alexander Leighton, Gott sei ein großer Krieger und die Bibel sei das beste Lehrbuch des Krieges.

Und der Pfarrer John Cotton hatte gelehrt, sie könnten die Eingeborenen angreifen, auch ohne provoziert zu werden, weil sie nicht nur das natürliche Recht auf das Territorium besaßen, sondern sogar einen Auftrag von Gott, "ihnen das Land wegzunehmen". (Karen Armstrong, *Im Namen Gottes, München 2014*)

Als den Indianern klar wurde, daß die Neuankömmlinge dabei waren, ihre Existenzgrundlage als Indianer zu zerstören, ihre Gemüsegärten und Jagdreviere zu besetzen, um dort ihre importierten landwirtschaftlichen Monokulturen zu errichten, setzten sich einige von ihnen im März 1622 zur Wehr. Die Geldgeber der Siedler in Virginia, die der anglikanischen Kirche angehörten, die Virginia Company, gab daraufhin im Gegenzug die Weisung an ihre Kolonisten, "sich alles Land anzueignen und alle beteiligten Stämme auszurotten". "Zerstört die, die uns zerstören wollten", hieß es in der Verlautbarung. So hatte also der evangelisch begründete Völkermord an den Indianern in Nordamerika begonnen.

Der Journalist Wolf Schneider berichtet: "Und so zogen die ... Engländer in Nordamerika in den großen, mehr als zweieinhalb Jahrhunderte währenden Krieg gegen die Indianer. Sie brannten die Dörfer nieder, vernichteten die Ernten, jagten die Einheimischen wie Vieh."

Und die Eindringlinge und Eroberer waren den Einheimischen nicht nur an Zahl von Menschen und Waffen haushoch überlegen, sondern, wie der Journalist Wolf Schneider weiter schreibt:

"Ihre größte Stärke lag indes in ihrer Macht und goldgierigen Zielstrebigkeit, ihrem Willen zu jeder Brutalität und Hinterlist - und dies mit gutem Gewissen, denn die Indianer waren ja Heiden, die durch Bekehrung zu erlösen den Spaniern der Papst befahl, den Engländern später die anglikanische Kirche oder das puritanische Gewissen; wenn die Wilden denn überhaupt Menschen waren." (Geo-Epoche Nr. 4, S. 66)

Eine Ausnahme unter den meist protestantischen Religionsgruppen, die Nordamerika besiedelten, waren zumindest anfangs noch die *Quäker*, die Pazifisten waren und deshalb auch in

Nordamerika von anderen Protestanten angefeindet und verfolgt wurden. Doch auch diese Ausnahme war nicht von Dauer.

Hatte der Quäker William Penn Ende des 17. Jahrhunderts noch jegliche Gewaltanwendung in seiner indianerfreundlichen Gründung Pennsylvania abgelehnt und sich für indianisches Besitzrecht eingesetzt, so setzte bereits sein Enkel, der Gouverneur William Penn, eine Skalp-prämie für Indianer aus, was zu wahllosen Tötungen führte.

Im 18. Jahrhundert verteilte man dann an die Indianer Betttücher, die mit Pockenviren ver-seucht sind, denn es wäre, so der britische General Amherst, "zu schade, britische Soldaten gegen dieses Ungeziefer einzusetzen". (*Der Moloch*, S. 63)

Nicht einmal von den zum sogenannten abendländischen "Christentum" bekehrten Indianern machte man mit dem Morden Halt. Karlheinz Deschner schrieb:

"Als während des Unabhängigkeitskrieges eine Schar von mehreren hundert 'bekehrten' India- nern, 'Praying Indians', von Zufluchtsort zu Zufluchtsort getrieben, schließlich, dem Verhun- gern nah, in einen früheren zurückkehrte, um die schon eingebrachte Ernte zu holen, lauerten zweihundert Weiße, lauerten zweihundert weiße Christen den roten Christen auf. Sie gaben sich als Freunde aus, überredeten die Unglücklichen, ihre Waffen abzugeben, metzelten sie dann nieder und skalpierten sie, nicht nur die Männer, auch die alten Frauen und 34 Kinder; offenbar selbst Indianerinnen, wie ein zeitgenössischer Stich festhält, mit dem Kind an der Brust."

Als die Vereinigten Staaten von Amerika dann Ende des 18. Jahrhunderts nach diesem Krieg ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, verankerten sie in ihrer Verfassung die Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche, um unter der Vielzahl von religiösen Gruppen und Konfessionen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dies war und ist eine zwar eine wichtige Errungenschaft, vor allem im Vergleich mit dem fortgesetzten Konfessionsterror in Europa. Das freie Bürgerrecht hingegen wurde sowohl den Ureinwohnern als auch den Sklaven aus Afrika noch für mehr als ein Jahrhundert vorenthalten.

Die Sklaverei wurde übrigens, ebenso wie die Ausrottung der Indianer, immer mit jeweils passenden Bibelstellen begründet. So heißt es zum Beispiel - nur eine Stelle von vielen - im 2. *Buch Mose, Kapitel 25, Vers 44*: "Die Sklavinnen und Sklaven, die euch gehören sollen, kauft von den Völkern, die rings um euch wohnen; von ihnen könnt ihr Sklaven und Sklavinnen erwerben."

Dies soll angeblich Gott, der Ewige, durch den Gottespropheten Mose gesagt haben - eine der vielen Fälschungen, die die Priesterkaste in dieses Buch hinein gefälscht hat und was weder von Gott noch von Mose stammte.

In dieser Hinsicht liefen die Schriftgelehrten schon immer zu intellektuellen Höchstleistungen auf - wenn jedoch Mitgefühl für den Nächsten gefragt ist, gehen viele vorbei, so wie die Schriftgelehrten im Gleichnis von Jesus vom "barmherzigen Samariter" an dem Mann vorbeigingen, der unter die Räuber gefallen war.

Und trotz der - wie gesagt: richtungsweisenden - Trennung von Staat und Kirche blieb der Protestantismus im Hintergrund die herrschende Staats-Ideologie.

### **9. Die protestantische Staatsideologie: "Frieden" durch Krieg in aller Welt - Fast alle Verträge gebrochen**

So ließ sich beispielsweise **Präsident James Polk** - ein Nachfahre des bekannten schottischen Missionars John Knox und in einer evangelischen Schule groß geworden - vom evangelischen Presbyterianer zum evangelischen Methodisten umtaufen. Und mit **James Garfield** war 1881 ein evangelischer Prediger sogar selbst Präsident.

Ein Kerngedanke dieser protestantischen Staats-Ideologie war im 19. Jahrhundert der Begriff "manifest destiny", zu Deutsch "die schicksalhafte Bestimmung des Volkes", seinen angeblich gottgewollten Einfluß in der Welt immer weiter auszudehnen, um dadurch zu einem Vorreiter

für andere Völker zu werden. Oder, wie es der lutherische Theologe und Amerika-Kenner Geiko Müller-Fahrenholz in der katholischen Zeitung *Publik-Forum* (27.6.2003) umschrieb: "Wenn ich Gottes Instrument bin, sind auch meine Methoden und Taten von Gott legitimiert. Wenn dabei Menschen zu Schaden kommen, tragen diejenigen die Schuld, die sich den Segnungen meiner Mission widersetzen."

Das Magazin *Der Spiegel* nannte dieses Prinzip "die Schicksalsbestimmung der Vereinigten



Staaten, Frieden durch Krieg in die Welt zu bringen". (17.2.2003)

Nach Gustav Blanke, Professor für Amerikanistik in Mainz, beinhaltet dieses Prinzip unter anderem auch die Expansion der Vereinigten Staaten vom Atlantik bis zum Pazifik. In dem Buch *Gott und Politik in USA* schrieb er: "Die Expansion zum Pazifik war danach 'gottgewollt', 'natürlich', 'naturgesetzlich' und 'unabwendbar'." (S. 196)

Die Ureinwohner, die dieser Expansion im Wege standen, wurden daher brutal beseitigt. Denn eine freie Entscheidung der Indianer war in dieser protestantischen Ideologie nicht vorgesehen. Natürlich hat das mit dem Willen Gottes überhaupt nichts zu tun. Eine angeblich göttliche Mission, bei der Männer, Frauen und Kinder wahllos abgeschlachtet werden, bei der die Gottes- und Nächstenliebe, die Jesus, der Christus lehrte, zweieinhalb Jahrhunderte lang mit Füßen getreten wurde, täglich aufs Neue, ist das Gegenteil dessen, was Christus, der Friedefürst, lehrt.

Die Verfolgung und Ausrottung der Indianer wurde das gesamte 19. Jahrhundert (!) über zu einer offiziellen Angelegenheit des Staates und wurde ab dieser Zeit systematisch und bürokratisch äußerst effizient betrieben. Zu dieser Systematik gehörte es, mit den einzelnen Stämmen immer neue Verträge abzuschließen, oft mit Druck und Erpressung, um diese Verträge anschließend samt und sonders wieder zu brechen. Man versprach ihnen einen bestimmten

Kaufpreis, besseres Land oder garantierte ihnen erträgliche Lebensbedingungen. Erfüllt wurde davon so gut wie nichts.

Mit der Abschachtung aller Bisons versuchten die Jäger und US-Behörden auch, die Ernährungsgrundlage von Indianerstämmen wie der Sioux zu zerstören. Teilweise war es auch ein Ermordungs-Spaß der konfessionellen Scheinchristen. Nach katholischer und evangelischer Lehre sind die Tiere seelenlos, gehen bei ihrem Tod zugrunde und haben kein oder allenfalls sehr wenig Schmerzempfinden. Doch sind nicht eher die Priester, Pfarrer und die mit ihnen verbündeten Politiker und Jäger seelenlos?

Wolf Schneider schreibt: "Waren die Indianer also Menschen, so doch vorerst Heiden und somit Mitmenschen noch lange nicht. An Vereinbarungen mit ihnen hielten sich Europäer nur so lange, wie sie sich als die Schwächeren empfanden; sobald sie sich stark genug fühlten, zerrissen sie jeden Vertrag. Darauf waren die Indianer zumal Nordamerikas nicht gefaßt: Wer miteinander die Friedenspfeife geraucht hatte, der war eine Verpflichtung eingegangen, an die er sich hielt." (*Geo-Epoche* Nr. 4, S. 67)

Und Karlheinz Deschner schreibt in seinem Buch *Der Moloch*: "Gebrochene Verträge und Versprechen, überhaupt alle Mittel des Betruges gegenüber Indianern waren so selbstverständlich wie das Abstechen ihrer Frauen und Kinder." Die US-Regierung "schloß in den folgenden hundert Jahren 370 Verträge mit den Indianern, und fast jeden Vertrag brach sie! Keine Regierung der Welt weist in einem so kurzen Zeitraum eine derartig schmachvolle Vertragsgeschichte auf!" (S. 65)

#### **10. Völkermord unter evangelischer Präsidentschaft**

Wie sehr die menschenverachtende Ideologie mit protestantischen Wurzeln in den Köpfen der Menschen Fuß gefaßt hatte, sieht man schon daran, daß auch die Mehrzahl der amerikanischen Präsidenten sich davon anstecken ließ.

So sagte etwa der dritte **US-Präsident Thomas Jefferson**, der ansonsten als "aufklärerischer" Vertreter von Religionsfreiheit galt, aber eben nicht gegenüber den Indianern: "Wir werden gezwungen sein, sie wie die Tiere aus den Wäldern in die Felsengebirge zu treiben. ... Aber der Krieg wird dort nicht Halt machen. Er wird nicht aufhören, sie zu verfolgen, solange noch einer von ihnen übrig ist, diesseits des Mississippi." (*Der Moloch*, S. 66)

Und genau so kam es. Der siebte US-Präsident, **Andrew Jackson**, ein besonders brutaler Indianerverfolger, unterzeichnet 1830 den Indian Removal Act, der ihn ermächtigte, alle noch im Osten der USA lebenden Indianer über den Mississippi nach Westen zu deportieren - "eine der größten Zwangsumsiedlungen der Geschichte", wie Karlheinz Deschner schreibt (S. 67). Präsident Jackson sollte ursprünglich protestantischer Pfarrer werden, gelangte über die Wirren des Krieges aber in die Politik und wurde nach seinem Tod im Nachruf als "alter Soldat, Patriot und Christ" gewürdigt.

Der französische Staatsphilosoph Alexis de Tocqueville wird im Dezember 1831 bei eisigen Temperaturen Zeuge der von Jackson angeordneten Deportation von 15.000 Choctaw-Indianern mit Schiffen, die wie 64.000 andere Stammesangehörige das Land verlassen mußten, in dem ihre Ahnen seit Hunderten von Jahren gelebt hatten. Lassen wir einige Satze davon einmal auf uns wirken:

"Kein Klagelaut war zu vernehmen und kein Weinen, obwohl sich unter den Choctaws auch Kleinkinder, Greise und Schwerkranke befanden. Einzig die Hunde heulten markerschütternd, als sie bemerkten, daß ihre Besitzer sie zurücklassen würden. Rasch entschlossen stürzten die Tiere in die eisigen Fluten und schwammen dem Dampfer hinterher. Über der ganzen Szene lag eine Stimmung des Ruins und der Zerstörung, etwas, das einen endgültigen und unwiderflichen Abschied bezeugte; man konnte das Geschehen nicht beobachten, ohne daß sich einem das Herz zusammenschnürte." (*Die Zeit*, 21.7.2011)

Wenige Jahre später erfolgte die Deportation der Cherokees. Karlheinz Deschner schreibt

darüber:

"Gegen die Cherokees wird das Militärrecht eingeführt. ... Die Armee spürt die Indianer mit Bluthunden auf. Man verhaftet, erhängt sie, holt die Männer vom Feld, die Frauen aus ihren Häusern, entreißt Kinder ihren Eltern. Schließlich schleppt man 15.000 Cherokees nach Arkansas, und Tausende kommen dabei um. Der Soldat Burnett ... berichtet, daß Verjagte durch Eis- und Schneesturm barfuß gehen mußten, daß sie an Kälte, Krankheit, Mißhandlungen zugrunde gingen. 'Nie vergesse ich die stumme Trauer dieses Morgens. Häuptling John Ross stimmte das Gebet an, und als das Signal geblasen wurde, sprangen die Kinder auf und winkten mit ihren kleinen Händen ihren Heimatbergen Lebewohl, die sie nie wieder sehen würden' ... Der Zug der Vertriebenen wurde ein Todesmarsch. ... Als die Reise zu Ende war, bezeichneten 4.000 stumme Gräber unseren Weg." (S. 67)

Und wofür vertrieb man sie auf eine Weise, die nicht schlimmer sein konnte? Historiker sagen: Aus purem Profit, aus Gier nach Land, nach Gold, nach Weideflächen für die neu entstehende Massentierhaltung.

"Bei den Indianerkriegen gegen Mitte des 19. Jahrhunderts und danach", so berichtet Deschner weiter, "dem 'Indian War', dem 'Langen Tod', ging es schlicht um Ausrottung, vor allem der Männer, doch oft auch der Frauen, Kinder. Es kam zu brutalsten Terrorakten. Da und dort wurden die Frauen auch durch ganze Männerhaufen vergewaltigt, ihre Kinder verklärt. Man gestand Indianern kein Recht auf Grundbesitz zu.

Man brannte ihre Dörfer nieder, vernichtete ihre Herden, ihre Ernten, Kleidung, Lebensmittel. Manchmal jagte man sie wie Kaninchen, behandelte sie fast wie Ungeziefer. Man trieb die letzten Überlebenden in immer kleinere Reservationen, und dann überschwemmten Goldwäscher und Siedler auch sie. Es war der totale Krieg."

### **11. Auch Abraham Lincoln war beteiligt**

"Die Befehle des US-Generals Carleton 1862 unter der Präsidentschaft des evangelisch-baptistischen **Abraham Lincoln** lauteten: 'Keine Beratungen sind mit ihnen abzuhalten, keine Gespräche zu führen ... Die Männer sind zu töten, wo immer sie gefunden werden.'" (S. 69)

Abraham Lincoln selbst hatte sich einst als junger Mann als Freiwilliger für den Krieg gegen die Sauk-Indianer gemeldet.

1864 verwandelt General Sheridan "das Shenandoah-Tal in eine ausgebrannte Wüste, so daß, lobt **General Grant**, der fünf Jahre später Präsident der USA wurde, selbst die Krähen, die darüber fliegen, kein Futter mehr finden." (S. 71)

Der Offizier John Milton Chivington schlich sich mit seinen Soldaten in der Morgendämmerung an rund 150 Hütten der Cheyenne heran und läßt 450 Menschen ermorden, hauptsächlich Frauen und Kinder. Chivington war evangelisch-methodistischer Prediger und war einige Jahre zuvor noch als Missionar unterwegs. Nach diesem Massaker stand er als Kriegsverbrecher vor Gericht, doch Präsident Abraham Lincoln stellte sich hinter ihn, woraufhin er frei gesprochen wurde.

Zwei Jahre später sagte der ihm vorgesetzte General Sheridan: "Alle Indianer, die sich an ihren alten Jagdgebieten festklammern, sind feindlich und werden es bleiben, bis sie abgeschossen sind." Oder: "Je mehr wir dieses Jahr töten, desto weniger brauchen im nächsten Jahr getötet werden." (S. 73)

Karlheinz Deschner schrieb: "Nur allzu oft wurden die Massaker gebilligt oder gar geleitet 'von Regierenden, Geistlichen, militärischen Kommandanten', wurden sie geschürt und verteidigt' von der Kanzel."

**Grover Cleveland**, der in der Endphase der Indianerkriege Präsident der USA wurde, wuchs als Pfarrerssohn in einem streng geführten protestantisch-calvinistischen Pfarrhaus auf und vertrat ausdrücklich die calvinistische Prädestinationslehre, wonach das Schicksal jedes Menschen angeblich vorher bestimmt sei.





*Das Massaker am Fluß Wounded Knee am 29.12.1890, wie es der Zeichner Frederick Remington sah und in der Zeitung Harper's Weekly 1891 veröffentlichte.*

Die sich dort aufhaltenden friedfertigen Indianer hatten keine Chance gegen die Gewehre der US-Armee und wurden alle massakriert oder "abgeknallt", einschließlich fliehender Frauen und Kinder.

Noch 1890, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, wird am Wounded Knee ein letztes regelrechtes Massaker durchgeführt. Fliehende Frauen mit ihren Kindern in den Armen schoß man nieder, nachdem der Widerstand längst aufgehört hatte und nachdem bereits jeder Krieger tot oder sterbend auf dem Boden lag. "Gestapo-Methoden", schreibt Deschner dazu, "doch ein halbes Jahrhundert früher!"

Unter Präsident **Benjamin Harrison**, der von einer streng protestantischen Mutter erzogen wurde und mit der Tochter eines protestantischen Predigers verheiratet war, wurden kurz danach die letzten Indianer-Schutzgebiete in Oklahoma an die weißen Siedler übergeben. Und auch die noch verbliebenen Indianer-Reservate hat man in den folgenden Jahren um weitere 2/3 verkleinert.

## **12. Präsident Roosevelt im 20. Jahrhundert: "Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde"**

Noch im 20. Jahrhundert sagte der 32. US-Präsident **Theodor Roosevelt**, welcher der Reihe nach drei evangelischen Konfessionen angehörte: "Jedenfalls hat der bösartigste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer." Und weiter: "Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde." (S. 75)

Im 20. Jahrhundert war der Völkermord zwar zu Ende. Doch die abgrundtiefe Verachtung und Abwertung, die aus diesen Worten des evangelischen Präsidenten Theodor Roosevelt spricht, war damit nicht zu Ende. Bis heute leiden die Nachkommen der Überlebenden unter den Folgen dieser Ausgrenzung und Marginalisierung. Im Grund ist fast ein ganzes Volk, das nie eine echte Chance hatte, diesen quälend langen Kampf zu gewinnen, bis heute mehr oder weniger noch immer traumatisiert von dem Schrecken ohne Ende, der sich über Jahrhunderte hinzog. Das zeigen die hohen Prozentzahlen von Selbstmord und Alkoholsucht unter den heute lebenden Indianern.

Und neue Traumata kamen hinzu: Eine ganze Generation von jungen Indianern durchlief noch im 20. Jahrhundert großangelegte Umerziehungsversuche in meist kirchlich geführten Heimen. Dort versuchte man, den jungen Menschen ihre Kultur abzuerziehen und sie zu folgsamen Protestanten oder Katholiken zu machen. Viele wurden in diesen Missionsschulen auch mißhandelt oder sexuell mißbraucht, wie zahlreiche Betroffene berichten.

Erst im Jahr 2000 entschuldigte sich der Leiter des Büros für Indianische Angelegenheiten,

einer Behörde des US-Innenministeriums, für die Massaker und Verbrechen, die von seiner Behörde in den 175 Jahren ihres Bestehens begangen worden waren. Er sagte: "Das Trauma von Scham, Angst und Wut ist von einer Generation an die nächste weitergegeben worden und kommt zum Ausdruck in zügellosem Alkoholismus, Drogenmißbrauch und häuslicher Gewalt." (*Süddeutsche Zeitung*, 11.9.2000)

Abgesehen von dieser Entschuldigung eines Einzelnen kann aber von einer wirklichen Aufarbeitung oder Wiedergutmachung dieser schrecklichen Ereignisse kaum eine Rede sein - nicht von amtlicher politischer Seite und auch nicht von Seiten der beteiligten Religionsgemeinschaften.

Professor Hans-Ulrich Wehler sagte dazu in seinem Vortrag (*siehe oben*), daß es in den USA in der Hauptstadt Washington zwar ein Museum über den Holocaust an den Juden gebe, der bekanntlich von deutschen überwiegend Protestanten und Katholiken begangen wurde, "doch keine vergleichbaren bundes- oder einzelstaatlichen Denkmäler oder Museen für die ermordeten Indianer, auch nicht für die Abermillionen von Sklaven aus Afrika". Wehler führt dies in seinem Vortrag sinngemäß wiederum auf den Mangel an Selbstkritik und die Suche nach Sündenböcken zurück, die, wie wir gesehen haben, ihre Wurzeln nicht zuletzt in der reformatorischen Theologie eines Luther oder Calvin haben.

### **13. Wie geht es den Seelen der Hingemordeten heute?**

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Jesus von Nazareth lehrte etwas ganz anderes. Er, der Friedefürst, sprach davon, daß wir zunächst den Balken aus dem eigenen Auge ziehen, also das eigene Fehlverhalten erkennen und bereuen sollten, ehe wir dem Nächsten helfen können, den Splitter aus dem eigenen Auge zu ziehen. Er sprach davon, daß wir uns mit unseren Mitmenschen versöhnen sollen, solange wir mit ihnen auf dem Weg sind. Er forderte uns zum Mitgefühl mit allen Menschen auf: "Was ihr dem Geringsten meiner Brüder angetan hab, das habt ihr mir getan."

Die Indianer von heute leiden noch immer unter Folgen eines schauderhaften Völkermords. Und wie steht es um die Seelen der ermordeten, gequälten, betrogenen, vertriebenen, in hoffnungsloser Öde zurückgelassenen Indianer? Wie geht es den Seelen der vergewaltigten Frauen, der ihren Eltern entrissenen und brutal erschlagenen Kinder? Wo sind sie heute?

Aus Offenbarungen des Christus-Gottesgeistes durch die Gottesprophetin Gabriele ist bekannt, daß die Seelen verstorbener Menschen weiterleben. Sie halten sich meist in jenseitigen Welten auf, bis sie ihre Seelen soweit von Belastungen gereinigt haben, daß sie wieder zurück zu Gott in die reinen himmlischen Welten gelangen. Oder bis sie eine weitere Einverleibung als Mensch auf sich nehmen, um hier auf Erden weiter zu wachsen und zu reifen. Denn auch die Möglichkeit der Reinkarnation gehörte schon zu Jesu Zeiten zum Grundwissen der ersten Christen.

Doch wie ergeht es der Seele eines Menschen, der z.B. sehr plötzlich und auf grausame Weise sterben mußte? Unter Umständen wird diese Seele im Jenseits lange Zeit benötigen, um den Tätern zu vergeben, um sich von den Bildern und Vorwürfen zu lösen und ihren Weg als Seele in den jenseitigen Welten weiterzugehen - zumal dann, wenn sie von den Mördern in dem Glauben gelassen wurde, Gott, der Ewige, oder Christus, Sein Sohn, hätten dieses Leid verursacht, weil die Mörder in ihrem Blutrausch immer wieder den Namen des Allerhöchsten im Munde führten und durch ihr Tun furchtbar schändeten?

### **14. Christus hat mit allen den Grausamkeiten der Institutionen Kirche, den Vertretern des "Systems Baal", nichts zu tun**

Durch das Prophetische Wort der heutigen Zeit, durch Gabriele, eine Frau aus dem Volk, die dem Ewigen seit mehr als 40 Jahren als Sprachrohr dient, offenbarte sich im Jahr 1981 ein hohes Geistwesen, das einst im irdischen Propheten Jesaja inkarniert war und gab umfassende Aufklärung zu diesem Thema. Auch wer nicht daran glaubt, daß es sich hier um eine "Offen-



barung" handelt und wer demgemäß der Autor der nachfolgenden Zeilen ist, kann vor dem Hintergrund der hier dargelegten Fakten über den Völkermord an den Indianern zumindest über den Inhalt nachdenken:

"Der Geist Jesu Christi weht erneut außerhalb der Institution Kirche. Zu allen Zeiten verströmte sich der Geist Gottes durch die Propheten, die vorwiegend außerhalb der Kirche in Erscheinung traten. Jesus Christus, der lebendige freie Geist, bekennt sich nicht zu den einengenden Dogmen, Riten, Satzungen und auch nicht zu dem Machtstreben, das in der äußeren Kirche seit dem Ende des Urchristentums dominiert. Sein einziger Ruf lautet: Folget Mir nach! ...

Die Bibel brachte der Menschheit nicht den Frieden, weder in den Jahrhunderten, als es den Christen bei Strafe verboten war, die Texte in ihrer Muttersprache zu lesen, noch in der Jetztzeit, in der sie wieder fanatisch vertreten wird. ... Überall dort, wo das Gotteswort fanatisch vertreten wird, weht nicht der Heilige Geist. Der Geist Gottes kennt keinen Fanatismus, sondern nur eine Klarstellung der Ursachen, die zur Wirkung drängen. ... Es steht geschrieben: 'Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe.'

Nach Seiner Auferstehung hielt der Herr Seine Ankündigung, den Seinen noch tiefere Wahrheiten zu übermitteln. Er lehrte durch Propheten und Prophetinnen im Urchristentum und dann erneut im Mittelalter. Er, der Herr, wollte die Seinen erst belehren und dann mit dem Geist der Wahrheit und der Erkenntnis taufen, um sie dann hinaus zu senden und diejenigen das Evangelium zu lehren, die nicht an Ihn glaubten. Der Herr wollte keine Unerleuchteten hinaus senden, sondern Erleuchtete. Sein Wort galt nicht nur den Aposteln, sondern der gesamten Christenheit.

Die Christen gingen wohl hinaus, um andere zu Christen zu machen. Ihre Gesinnung jedoch war nicht die selbstlose Liebe, sondern das Schwert des Hasses und die Gier nach Macht und Ansehen. So töteten und folterten sie grausam des Herrn Kinder und glaubten, auf diese Weise ein Christentum erwecken zu können. Dieses Blutbad, das sie im Namen Christi anrichteten, ist noch nicht gesühnt und deshalb gegenwärtig. Bis zur Jetztzeit gab die Institution Kirche jenen Völkern, die sie auch ihrer Schätze beraubte, weder diese zurück, noch leistete sie Abbitte für das grauenvolle Geschehen.

Der Haß der damaligen getöteten Menschen haftet heute noch an deren Seelen. Diese in den Reinigungsebenen befindlichen Seelen trachten nach Rache. Ihr Vergeltungsdrang ist vorwiegend auf Christus ausgerichtet und auf all jene, die sich Christen nennen und am Blutbad mitschuldig waren. Die rohen Gesellen einer verweltlichten Macht, die sich Christen nannten und das Blutbad im Namen Christi und im Namen Seines erlösenden Kreuzes ausführten, sind in den Augen der rachedurstigen Seelen nicht die Mörder, sondern Jesus Christus, in dessen Namen sie das Niedrigste vollbrachten."

### **15. "Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht!"**

Liebe Leserinnen, liebe Leser, mit den Grausamkeiten, mit den unvorstellbaren Verbrechen, die in Seinem Namen begangen wurden, hat Er, der Friedefürst, der Erlöser aller Menschen und Seelen, aber überhaupt nichts zu tun! Er hat keinen Menschen ausgegrenzt, sondern Er hat gesagt: "Kommt alle zu Mir her, die ihr mühselig und beladen seid!" Er hat uns Menschen den Gott der Liebe nahe gebracht, den All-Einen, der alle Seine Erdenkinder unendlich liebt, der auch die Natur und die Tiere liebt und mit Seinem Geist beständig beatmet. Mögen deshalb auch die Seelen der Hingemordeten erkennen: Christus hat mit all diesen Grausamkeiten, die euch widerfahren sind, nichts zu tun!

Er war als Jesus von Nazareth der geistige Revolutionär, der jegliche Gewalt und jeglichen Betrug ablehnte. Wer Gewalt, Mord, Totschlag, Raub und Betrug begeht, der verstößt gegen die Gesetze Gottes und wird nach dem Gesetz von Saat und Ernte früher oder später erleiden,

was er verursacht hat. Erst wenn er seine Fehler von Herzen bereut, um Vergebung bittet, den Schaden wenn möglich wiedergutmacht und das als falsch Erkannte nicht mehr tut, kann eine Versöhnung stattfinden, wenn ihm dann von den Opfern verziehen wird. Christus lebt mit Seiner Kraft auch in jeder Seele und in jedem beseelten Menschen und steht in jedem Moment bereit, uns beizustehen, um Gott in uns näherzukommen.

Wenn also wieder einmal für einen der evangelischen "Reformatoren" ein sogenanntes Jubiläum gefeiert wird wie für Martin Luther im Jahr 2017, dann mag dies protestantisch, lutherisch oder calvinistisch genannt werden - christlich ist es jedoch angesichts der schrecklichen Tatsachen, die wir hier dokumentiert haben - und es war nur ein kleiner Ausschnitt -, sicher nicht. Das hier Dargelegte geht vor allem auf das "Konto" der protestantischen Gewandung des "Systems Baal", das zu allen Zeiten bestrebt war und ist, die Boten des Reiches Gottes zu verfolgen und die Schöpfung Gottes zu zerstören.

Doch der Gott der Liebe, den uns Jesus, der Christus, nahe brachte, kann nicht besiegt werden, und aus der geistigen Welt erreicht uns in unserer Zeit deshalb auch der Ruf: "Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht - der Geist unseres himmlischen Vaters ist mit uns. Brüder und Schwestern, fürchtet euch nicht - der Christus Gottes ist mit uns." Christus, der Freie Geist - außerhalb der Kirche.<<

Peru und Bolivien wurden im Jahre 1883 von Chile geschlagen und mußten nach dem sog. "Salpeterkrieg" (1879-83) mehrere Provinzen an Chile abtreten. Bolivien verlor damals seinen bisherigen Zugang zum Meer.

Der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) erwarb im Jahre 1883 Kolonien in Südwestafrika (heute Namibia).

## **1884**

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1884 die Unfallversicherung eingeführt.

Bismarck erläuterte während seiner Reichstagsrede vom 20. März 1884 die sozialen Probleme der Arbeiter und die Aufgaben des Staates (x237/198): >>... Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird.

Verfällt er aber der Arbeit auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat.

Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig. ...

Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungssorgen, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. ...

Für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft.

Das ist menschlich und nicht unnatürlich, und solange ihm der Staat da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, solange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staates durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zum sozialistischen Wunderdoktor laufen. ...<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die "Anarchie" (x801/534):  
>>Anarchie (griechisch "Herrschaftslosigkeit") bezeichnet einen Zustand der menschlichen Gesellschaft, namentlich des Staates, in welchem die zur Herrschaft berechnigte Gewalt entweder ganz aufgehoben, oder in der Ausübung ihrer Machtbefugnisse teilweise oder vollständig gelähmt ist, wie dies z.B. wiederholt in Frankreich der Fall gewesen. Anarchisch, rechtlos, im Zustand der Gesetzes- und Herrschaftslosigkeit befindlich.

Anarchist, derjenige, welcher einen anarchistischen Zustand anstrebt, wie dies schon in früheren Zeiten mehrmals, in der neuesten Zeit aber durch die Nihilisten in Rußland, in der Schweiz, ferner in Österreich, Frankreich, Irland und England wie auch in Nordamerika durch Verbindungen bezweckt wird, die sich mitunter selbst den Namen Anarchisten beigelegt haben.

Viele Anhänger der Sozialdemokratie, der Internationale, des Kommunismus dürften richtiger als Anarchisten zu bezeichnen sein. Die deutsche Sozialdemokratie, welche das gesamte bürgerliche Leben durch den Staat und durch dessen Zwangsgewalt regeln will, betont jedoch den Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten mit großer Schärfe und lehnt den Zusammenhang mit den Anarchisten nachdrücklichst ab.

Wiederholte Dynamitattentate der Anarchisten ... veranlaßten den Erlaß eines Gesetzes für das Deutsche Reich vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (sogenanntes Dynamitgesetz).<<

Bismarck erklärte am 26. Juni 1884 während einer Rede im deutschen Reichstag (x239/181):  
>>... Ich wiederhole, daß ich gegen ... Kolonien (bin), die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühe Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. ...

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich ... vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. ...

Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen ... zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. ...<<

Angesichts der gewaltigen Auswanderungswelle (1810-69 = 2,75 Millionen und 1870-89 = 1,90 Millionen deutsche Auswanderer) mußte Bismarck seine Zurückhaltung schließlich allmählich aufgeben (x056/201). Die deutsche Kolonialpolitik wurde später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern.

Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich später jedoch keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte(x074/1.006).

Der deutsche Schriftsteller Paul de Lagarde (1827-1891) schrieb im Programm für die Konservative Partei Preußens im Jahre 1884 über die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223):  
>>Ältere Mädchen sind nur in ganz vereinzelt Fällen – etwa als Schwestern – imstande, jüngere Geschlechtsgenossinnen zu erziehen. Daß sie zu unterrichten stets außerstande sind, Unterricht in Handarbeit, im Lesen, Schreiben und Rechnen ... ausgenommen, versteht sich

völlig von selbst. ...

Mädchen auch der höheren Stände (sollen) ... Lesen, Schreiben und etwas Heimatkunde, Stricken, Nähen und Kochen ... (lernen). Das Regelrechte ist, daß Mädchen heiraten und ihre Bildung in der Ehe gewinnen. ... Ein einziger Mann, der in seiner Pflichttreue und Begeisterung einem Mädchen bekannt wird, ... wirkt bildender als alle ... (Welt- und Literaturgeschichten, Monatshefte und Zeitschriften).<<

Die französische Regierung beauftragte am 5. Februar 1884 den Bevollmächtigten im Kongo mit folgenden Aufgaben (x239/179): >>Ihre Aufgabe soll darin bestehen, ... die Grundlagen für unsere Niederlassung in den ihnen zugewiesenen Gebieten zu schaffen. ... Sie müssen in kurzer Frist das Territorium geographisch aufnehmen, die äußere Gestalt und Beschaffenheit des Terrains näher bestimmen; Ihr Ziel muß es dabei sein, all das, was für unseren Handel und unsere Industrie von Interesse sein könnte, zu erfassen (Erzvorkommen, Arten verwertbarer Bäume, für die Kolonisation geeignete Landstriche) – mit einem Wort: Sie sollen sich all dessen vergewissern, was dem Vaterland neue Erkenntnisse und materielle Vorteile erbringen kann. ...

Es empfiehlt sich dabei, den Schwarzen unter allen Umständen versöhnlich gegenüberzutreten und es – solange dies nicht unerlässlich ist – zu vermeiden, sich der Gewalt und der Überlegenheit unserer Waffen zu bedienen.

Der Bevollmächtigte der Regierung schließt mit den Häuptlingen der Eingeborenen die Verträge ab, die er für die Erweiterung unseres Einflusses für nützlich hält. Mit Hilfe von geeigneten Maßnahmen, über die er selbst zu befinden hat, soll er die Bewohner an den Gedanken gewöhnen, sich eines Tages der verwaltungsmäßigen Abhängigkeit unserer Kolonie unterstellt zu sehen; er wird ihnen zeigen, daß unser Schutz ein sicheres Unterpfand des Friedens und der Freiheit ist. ...<<

Frankreich führte 1884/85 Krieg gegen China.

Die deutschen Afrikaforscher und Kolonisten Carl Peters (1856-1918) sowie Gustav Nachtigal (1834-1885) erwarben im Jahre 1884 Kolonien in Ostafrika, Togo und in Kamerun für das Deutsche Reich.

### **1885**

In der sogenannten "Kongo-Akte" untersagten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.

In dieser "Kongo-Akte" erkannten die 14 Teilnehmerstaaten auch den neugebildeten Staat Kongo als persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. an.



Abb. 44 (x190/218): Karikatur über den belgischen König Leopold II. im Kongo: "Vom Kautschuk umschlungen".

Die "Kongo-Akte" enthielt folgende Bestimmungen (x239/180): >>Art. 1: Der Handel aller Nationen soll vollständige Freiheit genießen. ...

Art. 6: Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zweck geschaffen und organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. ...

Art. 13: Die Schifffahrt auf dem Kongo ... soll für die Kauffahrteischiffe aller Nationen ... vollkommen frei sein. ...

Art. 35: Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handel- und Durchgangsfreiheit unter den Bedingungen, welche für letztere vereinbart wurden, zu schützen. ...<<

Bismarck beklagte sich während einer Reichstagsrede am 28. November 1885 über den mangelhaften Nationalstolz der deutschen Auswanderer (x025/204): >>... Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen

Überschuß: ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen sich von seiner Nationalität lossagt.<<

Aufgrund der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien kam es 1885/86 zum serbisch-bulgarischen Krieg, der mit einem Sieg Bulgariens endete.

Der Student Zvetan Zvetkov Radoslavov (1863-1931) verfaßte im Jahre 1885 den Text der späteren Nationalhymne Bulgariens (x230/30):

>>Stolzes Balkengebirge,  
Neben dem die Donau blaut,  
Die Sonne bescheint Thrakien,  
Flammt über dem Pirin. Heimat!  
Liebe Heimat,  
Du bist ein Paradies auf Erden,  
Deine Schönheit, dein Zauber,  
Ach, sie sind ohne Ende!<<

Großbritannien führte im Jahre 1885 den dritten Krieg gegen Birma und eroberte das Land. Der König von Birma wurde anschließend nach Indien deportiert.

Der französisch-chinesische Krieg 1884/85 endete für China mit dem Verlust Annams (Kernland des heutigen Vietnam).

Italienische Truppen besetzten im Jahre 1885 Massaua (im heutigen Eritrea) am Roten Meer.

Französische Truppen besetzten im Jahre 1885 die Insel Madagaskar.

### **1886**

Der bayerische König Ludwig II. (1845-1886, seit 1864 König, ließ zahlreiche Schlösser errichten, 1886 für geisteskrank erklärt) ertrank im Juni 1886 im Starnberger See.

Von 1886-1913 erwarb der preußische Staat zielstrebig polnischen Grundbesitz ("Preußisches Ansiedlungsgesetz zur Stärkung des Deutschtums von 1886") und siedelte östlich der Oder verstärkt Siedler an. Infolge der aggressiven Germanisierungspolitik mußten ab 1886 rd. 26.000 polnische "Unruhestifter" die Provinzen Posen und Westpreußen verlassen. In den deutschen Ostprovinzen arbeiteten in jener Zeit ständig mehr als 800.000 osteuropäische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.

Während der deutschen Industrialisierung wanderten über 300.000 polnische Arbeiter in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien, um sich dort niederzulassen.

Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagierte 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpfte die parlamentarische Republik Frankreichs (x142/344).

Der französische Schriftsteller Edouard A. Drumont (1844-1917, Begründer des radikalkonservativen Antisemitismus in Frankreich) veröffentlichte im Jahre 1886 in Paris sein zweibändiges Buch "La France Juive" ("Das Jüdische Frankreich"), daß trotz radikaler Judenhetze ein Bestseller wurde.

Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) schrieb im Jahre 1886 über den französischen Antisemitismus (x043/345): >>Der Antisemitismus in Frankreich hatte bis in die jüngste Zeit noch etwas Gutartiges. Daß äußerte sich unter anderem darin, daß er nicht ausschließlich gegen die Juden gerichtet war. Wo er direkt auf die Juden losging, bestritt er nicht, daß sie Menschen sind. Man ist davon anfangs ganz überrascht, wenn man aus anderen Ländern kommt.

In Frankreich wurde den Juden hauptsächlich vorgeworfen, daß sie aus Frankfurt stammen. Die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand, denn einige kommen aus Mainz, ja selbst aus Speyer. Das Geld nahm man ihnen nur dann übel, wenn sie welches hatten. ...

Besonders gut geht es ihnen hier beim Sterben. Wenn ihr prachtvolles Leben, um das sie so

beneidet werden, glücklich vorüber ist, so begräbt man Judenmenschen mitten unter Christenmenschen. ...<<

Geronimo (1829-1909, Häuptling der Chiricahua-Apachen, führte von 1882-86 in Südarizona die letzten erbitterten Kämpfe gegen die übermächtigen US-Truppen unter General George Crook) geriet 1886 in Gefangenschaft.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Apachen-Häuptling Geronimo (x068/69): >>Der letzte Indianerkrieg endet mit der Gefangennahme des Apachen-Häuptlings Geronimo im September 1886: er hatte vier Jahre die Amerikaner bekämpft, in Arizona, Neu-Mexiko und Mexiko. Im nächsten Monat weiht US-Präsident Cleveland in der Upper Bay, südwestlich vor der Spitze Manhattans, die "Freiheitsstatue" ein. Bernard Shaw höhnt, er sei für seine Ironie bekannt. Doch im Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu errichten, darauf wäre selbst er nicht gekommen. ...<<

### **1887**

Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbarten das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wurde.

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski forderte im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. ...

Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngeländen auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzzeit.<<

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.

Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836-1914) erklärte 1887 im Parlament (x233/117): >>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte König-

reich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...

Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<

Im Jahre 1887 wurden die letzten "dauernden Wohnsitze" der nordamerikanischen Ureinwohner (in den heutigen Staaten Oklahoma, Kansas, Nebraska und Dakota) durch ein neues Gesetz ("Dawn- oder Allotment-Act") aufgelöst und der Landeshoheit der einzelnen US-Bundesstaaten unterstellt.

Der britische Afrikareisende Henry Morton Stanley berichtete über seine Expedition in den südlichen Sudan im Jahre 1887 (x239/178): >>Am 12. Dezember verließen wir bei Morgengrauen unser Lager, unbehindert und ohne eine menschliche Stimme zu hören.

Bis 9 Uhr schien niemand im ganzen Tal alarmiert zu sein. Unser Weg führte durch Schluchten und enge Täler. ... Inmitten einer üppigen Vegetation erblickten wir Dörfer. Wir ließen sie unbehelligt in der Hoffnung, die wilde Bevölkerung möge dies als Zeichen verstehen, daß wir eine friedliche Gruppe von Männern waren.

Aber kurz nach 9 Uhr ... hörten wir die ersten Kriegsschreie. ... Gegen 11 Uhr verfolgten uns hartnäckig zwei getrennte Gruppen von Eingeborenen. Gegen Mittag war aus diesen beiden Gruppen eine große erregte Menge geworden.

Wir hörten Zurufe: "Wir werden Euch noch vor Anbruch der Nacht beweisen, daß wir Männer sind. Ihr werdet alle heute sterben".

Die Menge folgte uns, machte immer wieder Scheinangriffe und belästigte uns mit Geschrei und Drohungen. ...

Schließlich, gegen 15.30 Uhr, erblickten wir die Dörfer des Bavira-Stammes, auf einer offenen Ebene gelegen und zu beiden Seiten eines tiefen und steilen Flußbettes. ...

Wir legten unsere Lasten ab ... und starteten dann einen entschlossenen Scheinabgriff. Dieser schlug die Eingeborenen in die Flucht. Um sie dafür zu bestrafen, daß sie uns über 4 Stunden verfolgt hatten, setzten wir alle Hütten ... in Brand. ...

Wir machten dabei die Beobachtung, daß sich die Erregung der Eingeborenen immer mehr zu steigern schien bis zu dem Augenblick, an dem wir ihre Dörfer anzündeten. Doch als das Feuer ihre Heime vernichtete, legte sich die Erregung. Wir zogen daraus den Schluß, daß Feuer einen bemerkenswert beruhigenden Einfluß auf die Nerven der Eingeborenen hat. ...<<

## **1888**

Kaiser Wilhelm I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Bismarck berichtete später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449): >>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<

Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. hieß es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.

Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<

Friedrich III. (1831-1888, nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitete sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) starb, übernahm Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.



Danach waren die Tage des "eisernen Reichskanzlers" gezählt, denn Kaiser Wilhelm II. war zwar ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser war damals noch ein unerfahrener und arroganter Herrscher.

Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronerede (x980/...): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherrn verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Die britische Königin Viktoria berichtete über ein Gespräch mit dem deutschen Reichskanzler Bismarck in Berlin (x233/115): >>Charlottenburg, 25. April 1888.

Ich hatte eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm und war angenehm überrascht, ihn so liebenswürdig und freundlich zu finden. ...

Er sprach viel über das deutsche Heer und von der ungeheuren Zahl von Männern, die im Notfall unter Waffen gestellt werden könnten, ihrer Eignung zur Landesverteidigung usw.; von seinem großen Ziel den Krieg zu verhüten, was, wie ich bemerkte, auch unseres sei; von Rußlands Unzuverlässigkeit.

Falls Österreich angegriffen werde, müßte Deutschland es vertragsgemäß verteidigen; dann würde die Gefahr entstehen, daß Frankreich sich mit Rußland verbünde. In diesem Falle sagte er, könne England mit seiner großen Flotte von großem Nutzen sein. ...

Ich sagte, Frankreich wünsche keinen Krieg, was er zugab, doch wäre die Regierung so schwach und machtlos, daß sie zu irgend etwas gezwungen werden könnte.

Er glaube, Österreich zeige zu viel Furcht vor Rußland, was für mich seltsam klang, da der (österreichische) Kaiser zu mir dieselbe Bemerkung über Fürst Bismarck gemacht hatte. ...

Ich sprach über Wilhelms Unerfahrenheit und daß er überhaupt nicht genug gereist sei. Fürst Bismarck erwiderte, daß Wilhelm zwar von nicht militärischen Dingen gar nichts wisse, daß

er aber sagen könne, "wenn er ins Wasser geworfen würde, würde er auch schwimmen können", denn er sei wirklich klug.<<

Deutsche Truppen schlugen im Jahre 1888 einen Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika nieder. Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Kolonialpolitik (x307/194-196): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem mußte Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landesparks entschieden.

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. In den Jahren 1884/85 etwa, als die deutsche Regierung versuchte, den imperialistischen Appetit der Bevölkerung zu stillen, indem sie den Erwerb einer bescheidenen Sammlung kolonialer Besitzungen billigte, stieß sie auf eine abweisende Antwort aus Großbritannien. Im Jahr 1886 hatte der Bremer Kaufmann Heinrich Vogelsang Land entlang der Angra-Pequena-Küste im heutigen Namibia gekauft.

Im darauffolgenden Jahre fragte Bismarck offiziell die britische Regierung, ob sie die Absicht habe, Ansprüche auf diese Region zu erheben. Aus London kam eine schroffe Erwiderung, daß Großbritannien nicht gewillt sei, es einem anderen Land zu gestatten, irgendwo in der Region zwischen dem portugiesischen Angola und der britischen Kapkolonie Fuß zu fassen.

Berlin antwortete mit zwei Fragen, um die Lage zu sondieren: Worauf stütze sich der britische Anspruch? Und ob die britischen Behörden es auf sich nähmen, deutsche Siedler in der Region zu beschützen?

Es vergingen Monate, bis Whitehall sich herabließ, eine Antwort zu schicken. Bismarck war über diese herablassende Art verärgert, aber es bestand kein Anlaß, dies persönlich zu nehmen – London verhielt sich 1895/96 genauso abweisend und hochnäsiger, als es mit den Amerikanern wegen des venezolanischen Grenzstreits zu tun hatte. ...<<

## **1889**

Im Deutschen Reich wurde im Jahre 1889 die Invaliditäts- und Rentenversicherung eingeführt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Sklaverei in Afrika im Jahre 1889 (x814/1.019-1.020): >>(Sklavenstaaten) ... Was die gegenwärtige völkerrechtliche Beurteilung der Sklaverei seitens der zivilisierten Staaten anbetrifft, so ist dieselbe als schlechthin völkerrechtswidrig noch nicht aufzufassen. Wohl aber gilt dies von den Sklavenjagden und von dem Sklavenhandel. Die Abschaffung der Sklaverei in Afrika selbst ist von dem Fürsten Bismarck am 26. Januar 1889 im Reichstag als zur Zeit untunlich bezeichnet worden.

Auf die Beseitigung des afrikanischen Sklavenhandels aber wird nach dem Vorgang Englands auch von Deutschland hingewirkt. Dem sogenannten Quintupelvertrag vom 20. Dezember

1841 war Preußen bereits beigetreten. Dieser von Großbritannien, Österreich, Preußen und Rußland, nicht aber von Frankreich ratifizierte Vertrag statuierte ein wechselseitiges Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter den Flaggen der kontrahierenden Staaten fahrenden Schiffen zum Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels und eine Beschlagnahme von Sklavenschiffen in einem bestimmten Meeresgebiet um Afrika herum.

An Stelle Preußens trat am 29. März 1879 das Deutsche Reich in jenen Vertrag ein, und der Reichstag erteilte am 19. Mai 1879 hierzu die Genehmigung.

Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 erklärt aber im Art. 9 folgendes: "Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Signatarmächten anerkannt werden, der Sklavenhandel verboten ist und die Operationen, welche zu Land oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als verboten anzusehen sind, so erklären die Mächte, welche in den das konventionelle Kongobecken bildenden Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben oder ausüben werden, daß diese Gebiete weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sklaven, gleichviel welcher Rasse, benutzt werden sollen.

Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen."

Diese Verpflichtung erstreckt sich auf die 14 Staaten, welche die Berliner Generalakte unterzeichnet haben, sowie auf den Kongostaat.

Um aber der Sklavenausfuhr in Ostafrika wirksam zu begegnen, welche namentlich von Sansibar aus auf arabischen Dhaus (Segelschiffe) unter französischer Flagge schwunghaft betrieben wurde, erklärten Deutschland und England am 2. Dezember 1888 für die Küstenlinie des Sultanats von Sansibar den Blockadezustand; doch wurde diese Blockade nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und die Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Im Anschluß hieran erklärte auch Portugal für den nördlichen Teil des portugiesischen Gebietes an der Ostküste von Afrika den Blockadezustand. Demnächst schloß sich auch Italien der ostafrikanischen Blockade an. ...<<

Die konservativen, gemäßigten "Alttschechen" wurden ab 1889 von den radikalen "Jungtschechen" abgelöst. Gleichzeitig wanderten verstärkt tschechische Facharbeiter in die deutsch-böhmischen Industriegebiete und drängten den deutschen Bevölkerungsanteil ständig weiter zurück. Da sich die radikalen Jungtschechen überall gegenüber den gemäßigten Tschechen durchsetzten, herrschte in Böhmen zeitweilig der Ausnahmezustand und es ereigneten sich vielfach bürgerkriegsähnliche Zustände.

In Böhmen entwickelte sich außerdem ein erbitterter Sprachenstreit. Als die deutsche Amtssprache vielerorts verboten und durch das Tschechische verdrängt wurde, fühlten sich die Deutschen benachteiligt und wehrten sich. Erst mit dem sog "Mährischen Ausgleich" (1905) versuchte Österreich-Ungarn, eine gerechte Lösung der Sprachen- und Nationalitätenfrage zu erreichen (x054/165).

Die Pazifistin Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, erhielt 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis) schrieb im Jahre 1889 in ihrem Buch "Die Waffen nieder!" (x069/94): >>... Im Zeitalter der Luftfahrzeuge und Giftgase kann man der Gewalt nicht mehr mit Gewalt bekommen. Das bedeutet entweder das Ende der Gewalt oder das Ende der Menschheit.

Rache und immer wieder Rache! Wann nimmt das ein Ende? Wie kann Gerechtigkeit erlangt, wann altes Unrecht gesühnt werden?

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen – nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.<<

Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg berichtete im Jahre 1889 (x233/137): >>... Die Russifizierung in den baltischen Provinzen und die Verfolgung der lutherischen Pastoren wurden in brutaler Weise fortgesetzt.

Mit Pobedonoszew (Berater des Zaren Alexander III.) hatte ich manches interessante Ge-

sprach; er verhehlte mir nicht, daß er mit kaltem Blute, ohne religiösen Fanatismus, die Einheit der Kirche im ganzen Reich anstrebt. "Wer vom orthodoxen Glauben abfällt", sagte er oft, "hört auf, Russe zu sein, nicht nur in seinem Denken und Handeln, sondern sogar in der Lebensweise und Kleidung".<<

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Kriegsminister Boulanger wurde im Jahre 1889 gestürzt und mußte ins Ausland fliehen.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich (x1.001/73-75):

### >>... **Die Jesuiten und General Boulanger**

... Die Feindseligkeit am Ende des 19. Jahrhunderts seitens des Staates, deren Opfer die fromme Partei zu sein vorgab, wird wohl der Berechtigung nicht ermangelt haben, wenngleich diese Feindseligkeit oder besser gesagt Skepsis bis dahin weit positiver aussah. Genau genommen zeigte sich laut Abt Brugere die geistliche Widerstand gegen das Regierungssystem, das sich Frankreich freiwillig gab, bei jeder Gelegenheit.

Obwohl von der Geistlichkeit stark unterstützt, schlug im Jahre 1873 der Versuch, die Monarchie mit Graf von Chambord (Heinrich Karl von Bourbon, Graf von Chambord; französischer Thronanwärter, 1820-1883) wiederherzustellen, fehl, weil der Prätendent (Thronbewerber) sich hartnäckig weigerte, die dreifarbige Fahne, für ihn das Symbol der Revolution, zu übernehmen.

"So wie er leibt und lebt, scheint der Katholizismus der Politik oder einer bestimmten Art von Politik verpflichtet. ... Monarchietreue wurde von Generation zu Generation weitergegeben, in den alten Adelsfamilien genauso wie im Bürgertum und im gemeinen Volk, in den katholischen Gebieten im Westen und im Süden.

Deren Nostalgie eines alten und idealisierten, in einem abenteuerlichen Mittelalter angesiedelten "Regimes" (Regierungssystem) war verbunden mit dem Verlangen glühender Katholiken, deren Hauptsorge in der Rettung der Religion bestand; mit dem rechtmäßigen und frommen, als für die Kirche günstigste Regierungsform angesehenen Königshaus von Chambord stellten sich diese geschlossen hinter Veuillot (Louis François Veuillot; französischer Schriftsteller, ab 1848 Chefredakteur der katholischen Zeitschrift "L'Univers", 1813-1883).

Jenseits des Zusammenschlusses dieser politischen und religiösen Kräfte wurde in der angespannten Situation nach dem Kriege eine Art reaktionäre (fortschrittsfeindliche), von Monsignore Pie, Bischof von Poitiers, perfekt veranschaulichte Mystik (gefühlbetonte Bestrebung nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) geboren sowie deren beste Inkarnation (Verkörperung) in der kirchlichen Welt: "Frankreich, das ein anderes Oberhaupt erwartet und nach einem Meister ruft ... , erhält von Gott erneut "das Zepter des Universums, das ihm für eine Zeitlang aus den Händen gefallen war", an dem Tage, wo es wieder gelernt haben wird, auf seine Knie zu gehen."

Dieses von einem katholischen Historiker gezeichnete Bild ist aussagekräftig. Es hilft, die Schritte zu verstehen, die wenige Jahre später dem vergeblichen Restaurationsversuch (Wiederherstellungsversuch) des Jahres 1873 folgten.

Derselbe katholische Historiker beschreibt die damalige politische Haltung des Klerus folgendermaßen:

"Zur Wahlzeit werden die Presbyterien (Altarräume) zu Zentren für reaktionäre Kandidaten; die Priester und diensthabenden Pfarrer machen zwecks Wahlpropaganda Hausbesuche, verleumden die Republik und deren neue Unterrichtsgesetze; sie erklären, daß jene, die für die Freigeister, die derzeitige Regierung oder Freimaurer - als "Banditen", "Gesindel" und "Diebe" beschrieben - stimmen, sich der Todsünde schuldig machen.

Einer erklärt, daß einer Ehebrecherin leichter vergeben werde als jenen, die ihre Kinder in

Laienschulen schicken, ein anderer: daß es besser sei, ein Kind zu erwürgen, als das Regierungssystem zu unterstützen, ein dritter: daß er jenen, die für die Anhänger des Regierungssystems stimmen, die Sterbesakramente verweigern werde. Die Drohungen werden wahr gemacht: republikanische und antiklerikale (kirchenfeindliche) Geschäftsleute werden boykottiert; Mittellosen wird jede Hilfe verweigert und Arbeiter werden entlassen."

Diese Auswüchse seitens eines immer mehr vom jesuitischen Ultramontanismus beeinflussten Klerus sind um so weniger akzeptabel angesichts der Tatsache, daß sie "von Geistlichen ausgehen, die, da das Konkordat noch in Kraft ist, von der Regierung bezahlt werden".

Auch ist die Mehrheit der öffentlichen Meinung über den Druck auf die Gewissen alles andere als erfreut, wie oben erwähnter Autor schreibt:

"Wie bis jetzt zu sehen war, ist das französische Volk in seiner Gesamtheit religiösen Fragen gegenüber gleichgültig, und die Pflege religiöser Praktiken können wir nicht mit wahren Glauben verwechseln. ... Tatsache ist, daß die politische Landkarte Frankreichs identisch ist mit dessen religiöser Landkarte. ... Man kann sagen, daß die Franzosen in Gebieten, wo der Glaube stark ist, für katholische Kandidaten stimmen; andernorts wählt man bewußt kirchenfeindliche Abgeordnete und Senatoren. ... Klerikalismus, also kirchliche Autorität in Sachen Politik, mit der üblichen Bezeichnung "Priesterregierung", wollen letztere nicht.

Ein Großteil der Katholiken hat genug von der Tatsache, daß der Priester, diese lästige Person, über Predigtanweisungen und Beichtvorschriften Gedanken, Meinungen, Handlungen, Essen und Trinken, ja sogar die Intimitäten (Intimsphäre) des Ehelebens kontrolliert und sich so in das Verhalten der Gläubigen einmischt; durch Wahrung ihrer Selbständigkeit als Bürger beabsichtigen sie, seine Herrschaft wenigstens einzuschränken."

Auch heute würden wir gerne noch diesen Selbständigkeitssinn wahrnehmen.

Doch wenn auch jener "Großteil der Katholiken" eine derartige Meinung besaß, so würden die Ultramontanen keineswegs abrüsten und nehmen bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Kampf gegen das verhaßte Regierungssystem wieder auf. Eine Zeitlang dachten sie, sie hätten den "Mann der Vorsehung" in der Person General Boulangers (Georges Boulanger, 1837-1891), im Jahre 1886 Kriegsminister, gefunden, der, seine persönliche Propaganda außerordentlich gut organisiert habend, nach einem zukünftigen Diktator aussah.

"Zwischen dem General und den Katholiken", schrieb Adrien Dansette, "wird ein stillschweigendes Abkommen getroffen, das im Laufe des Sommers Gestalt annimmt. ... Er hat außerdem soeben ein Geheimabkommen mit royalistischen (königstreuen) Parlamentsmitgliedern, wie z.B. Baron de Mackau (Armand de Mackau, 1832-1918) und Graf de Mun (Albert de Mun, französischer Sozialpolitiker, 1841-1914), treuen Kirchenverteidigern in der Versammlung, geschlossen. ...

Der phlegmatische Innenminister Constans (Ernest Constans, 1833-1913) droht damit, ihn verhaften zu lassen und der Diktatorenanwärter flieht am 1. April des Jahres 1889 mit seiner Geliebten nach Brüssel.

Mit dem "Boulangismus" (der autoritär-nationalistischen Bewegung der Konservativen (am Hergebrachten Festhaltenden, die sich nur ungern auf Neuerungen einlassen), Radikalen und Bonapartisten (Anhängern des autoritären Herrschaftsstils Napoleons I. und Napoleons III., die sich um Boulanger gesammelt hatten,) geht es von nun an rasch bergab. Frankreich wurde nicht eingenommen: es erholt sich wieder. ... Bei den Stimmabgaben am 22. September und 6. Oktober des Jahres 1889 erleidet der "Boulangismus" eine vernichtende Niederlage. ..."

Aus der Feder desselben Historikers können wir lesen, was bezüglich dieses Abenteurers die Haltung des Papstes war; d.h. Leos XIII., der im Jahre 1878 die Nachfolge Pius' IX., des Syllabuspapstes, angetreten hatte, und der so tat, als riete er den Gläubigen Frankreichs, sich auf die Seite des republikanischen Regierungssystems zu stellen:

"Im August (1889) gibt der deutsche Botschafter beim Vatikan vor, der Papst sehe in dem Ge-

neral (Boulangier) den Mann, der die französische Republik zu Fall bringen und den Thron wiederherstellen würde; wir können einen Artikel lesen, in welchem sich der "Moniteur de Rome" (der "Römische Beobachter"; damaliges päpstliches Amtsblatt) mit der Hoffnung trägt, daß der Diktatorenanwärter die Macht übernehmen und die Kirche "sehr davon profitieren können" werde. ...

General Boulanger schickt einen seiner ehemaligen Offiziere nach Rom, mit einem Brief an Leo XIII., worin er dem Papst verspricht, "daß an dem Tage, wo er das Schwert Frankreichs in seinen Händen hielte, er sein Möglichstes zur Wahrnehmung der Rechte des Papsttums tun würde."

Solcherart war der Jesuitenpapst; sein Übermaß an "Liberalismus" (Prinzipienlosigkeit) wurde von den radikalen Geistlichen mißbilligt!

Die boulangistische (die die autoritär-nationalistische Bewegung der Konservativen, Radikalen und Bonapartisten um Boulanger betreffende) Krise machte das von der religiösen Partei unter dem Deckmantel des Nationalismus gegen die Laienrepublik betriebene Vorgehen deutlich genug. Hatten doch die farblose Art der Hauptperson wie auch der Widerstand der Mehrheit der Nation den Versuch trotz dieser ganzen Agitation zunichte gemacht. Dennoch hatten sich diese chauvinistischen Methoden als sehr effektiv, vor allem in Paris, erwiesen und sollten bei einer anderen, besseren Gelegenheit genutzt werden.

Es kam dies zustande - oder wurde es hervorgerufen? - und die Schüler Loyolas standen natürlich an der Spitze dieser Bewegung. "Dies sind ihre Freunde", schrieb Pierre Dominique, "ein bigotter (frömmelnder) Adel, eine Voltaire ablehnende Bourgeoisie und viele Militärs (hohe Offiziere). Sie werden insbesondere auf die Armee einwirken und das Ergebnis wird die berühmte Allianz von "Säbel und Weihwedel" (Weihwedel oder Aspergill: liturgisches Gerät zum Besprengen mit Weihwasser) sein. ...<<

Der US-Stahlindustrielle Andrew Carnegie (1835-1919) erläuterte im Jahre 1889 die Vorteile von monopolartigen Großunternehmen (x149/54): >>Das Gesetz des Wettbewerbs ... mag zwar für den einzelnen gelegentlich hart sein, für die Menschheit ist es jedoch zum Besten, weil es auf jedem Gebiet das Überleben der Tüchtigsten sicherstellt.

Daher akzeptieren und begrüßen wir große Ungleichheit der Lebensbedingungen, die Konzentration von Industrie und Handel in den Händen von wenigen und das Gesetz des freien Wettbewerbs zwischen ihnen, ... da sie für den künftigen Fortschritt der Menschheit nicht nur günstig, sondern notwendig sind. ...

Der Sozialist oder Anarchist, der die gegenwärtigen Verhältnisse umstürzen will, greift in Wirklichkeit die Grundlage der Zivilisation überhaupt an ...<<

Im Jahre 1889 erhielt Japan eine neue Verfassung und wurde von einem mittelalterlichen Lehnsstaat in einen modernen Beamtenstaat (nach dem preußischen Vorbild) umgewandelt. Das Heer wurde nach deutschem System aufgestellt und die Flotte nach dem britischen Muster errichtet. Damals wurden in Japan zahlreiche europäische Wissenschaftler, Handwerker und Offiziere beschäftigt, um das Land zu modernisieren.

In Japan gab es damals naturgemäß auch kritische Stimmen (x069/81): >>Trotz der berühmten westlichen Freiheit ist die echte Individualität dort durch die Suche nach Reichtum zerstört; Glück und Frohsinn werden dem unstillbaren Wunsch, immer mehr zu besitzen, geopfert. Der Westen rühmt sich, sich vom mittelalterlichen Aberglauben gelöst zu haben; aber was ist denn dieser Götzenkult des Reichtums, der an dessen Stelle getreten ist?

Die gegenwärtige Aufgabe Asiens besteht darin, die asiatischen Sitten zu wahren und wiederzubeleben. Aber um das zu tun, muß es sich zunächst selbst erkennen und sich seiner Eigenart bewußt werden, denn die Schatten der Vergangenheit sind die Verheißung der Zukunft.<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.09.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3</u> . Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte</u> . Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2</u> . Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV</u> . Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.

x070	Jähmig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte</u> . Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x081	Frevert, Hans (Hg.): <u>Verachtet - Gehetzt - Verstoßen</u> . Die Verfolgung des Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute</u> . 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: <u>Daten der Weltgeschichte</u> . Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts</u> . 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x181	Recheis, Käthe, und Georg Bydlinki: <u>Weisheit der Indianer</u> . Indianertexte der Gegenwart. München 1995.
x190	Everett, Susanne: <u>Die Geschichte der Sklaverei</u> . Augsburg 1998.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte</u> . Wien/München/Zürich 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: <u>Preußens Krieg und Frieden</u> . Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): <u>Nationalhymnen</u> . Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5. Im vorigen Jahrhundert</u> . 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918)</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x244	Ripper, Werner (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 1. Von der griechischen Antike bis zum Ende des Absolutismus</u> . Frankfurt/Main, Berlin, München 1999.



x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4.</u> Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x263	Ripper, Werner u.a. (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 2.</u> Von der bürgerlichen Revolution bis zum Imperialismus. 1. Auflage der Neubearbeitung. Frankfurt/Main, Berlin, München 1974.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1.</u> 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER.</u> Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland.</u> Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte.</u> Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x364	Griffin, Des: <u>Wer regiert die Welt?</u> Leonberg 1992.

## Internet

x801	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 1. Band: A - Atlantid. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x802	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 2. Band: Atlantis - Blatth. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x808	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 8. Band: Hainl - Iria. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x815	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 15. Band: Sodb - Urali. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x821	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 1. Band: A - Astrab. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. <a href="http://www.retrobibliothek.de">http://www.retrobibliothek.de</a> - September 2013.
x846	Volkslieder: <a href="http://ingeb.org/Volksong.html">http://ingeb.org/Volksong.html</a> - September 2013.
x980	<a href="http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1">http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1</a> VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. -

	September 2020
x981	<a href="https://www.theologe.de/kaiser-konstantin_kirche.htm">https://www.theologe.de/kaiser-konstantin_kirche.htm</a> - Januar 2021
x982	<a href="https://www.theologe.de/theologe6.htm">https://www.theologe.de/theologe6.htm</a> - September 2020
x983	<a href="https://www.theologe.de/protestantismus_und_indianermord.htm">https://www.theologe.de/protestantismus_und_indianermord.htm</a> - September 2020
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2021
x1.001	<a href="https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf">https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf</a> ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.032	<a href="https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/">https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/</a> - November 2021